Paris brodelt S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Nr. 14 – 8. April 2016 Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell
Der Rote Kaiser von China
Wie Pekings starker Mann Xi Jinping die Repressionen noch verstärkt 2

Deutschland
Schwarz-rot-grüner Block
Zur Abwehr der AfD scheint bald jede Koalition möglich zu werden 3

Hintergrund
Kuba und die USA
Trotz Öffnung bleiben viele ungelöste Fragen zwischen Washington und Havanna 4

Preußen / Berlin
Der Kampf hat begonnen
Vor den Wahlen im September bringen sich Berlins Parteien in Stellung 5

Ausland
Der Vorsprung schrumpft
Brexit-Befürworter holen auf 6

Kultur
King Kong in Indien
Kiplings »Dschungelbuch« in neuer Version 9

Geschichte
Mehr als Stagnation
Vor 50 Jahren gelangte Breschnew ans Ziel 10





Ausweichen auf andere Routen nach Europa: Afrikaner besetzen Grenzzaun im spanischen Melilla Bild: action press

In eine dunkle Zukunft

In Nordafrika warten Hunderttausende auf die Gelegenheit zum Übersetzen

Die Wanderströme wechseln bloß die Route. Die Politik und die meisten Medien leugnen dennoch weiter die eigentliche Gefahr.

Nun also wieder Lampedusa: Kaum ist das EU-Türkei-Abkommen zur Verteilung oder Rückführung von Asylbewerbern in Kraft, verlegt sich die gut geölte Schlepper-Industrie auf die Alternativroute über Italiens Südküste. In Libyen warten angeblich bis zu 800 000 Menschen auf eine Gelegenheit zur Überfahrt. Die Zahl der Anlandungen in Italien hat diesen März bereits ein Vielfaches des Vorjahresmonats erreicht.

Es handelt sich dabei definitiv nicht um Kriegsflüchtlinge, sondern um das Resultat der apokalyptischen Bevölkerungsexplosion in Afrika. Keine Volkswirtschaft der Welt könnte auch nur ansatzweise so schnell wachsen, wie es nötig wäre, um die Heerscharen neuer Bürger ins Arbeitsleben zu integrieren, die afrikanische Mütter und Väter alljährlich in die Welt setzen.

Die lauthals hinausposaunte „Willkommenskultur“ lockt jene, denen zu Hause wegen der Bevölkerungsexplosion keine Chance winkt, in Massen besonders nach Deutschland. Die deutsche Politik unter Führung von Angela Merkel hat das Land in die existenzielle Gefahr gestürzt, überrollt zu werden.

> Bilder von halbleeren Aufnahmezentren sollen uns beruhigen

Die großen Medien, die staatlichen TV-Kanäle voran, versuchen derweil, den Deutschen Beruhigungspillen zu verabreichen. Plötzlich nimmt die Berichterstattung über halbleere Erstaufnahmezentren breiten Raum ein. Damit soll suggeriert werden: Keine Gefahr, sie können kommen, es wird alles reibungslos laufen, denn die Kapazitäten sind ja da.

Diese bewusste Verengung des Problems auf Fragen wie Erstaufnahme, Versorgung oder amtliche Erfassung ist ein Ablenkungsmanöver. Das alles ist auf lange Sicht vollkommen zweitrangig.

Es drängen in gewaltiger Zahl Menschen nach Europa und Deutschland, die sich in der Mehrheit nie integrieren werden. Dies belegt die Erfahrung mit ihren Landsleuten und Glaubensbrüdern, die teils schon seit Jahrzehnten hier leben.

Das für den Normalbürger Unfassbare besteht darin, dass die Politik, unterstützt von den meisten Medien, das Offenkundige mit solcher Verbissenheit ignoriert, ja, das offene Benennen dieser Wahrheit mit aller Macht zu diffamieren trachtet.

Dahinter steckt das Dogma, dass alle Menschen im Grunde gleich gestrickt seien und man den Zuwanderern mit den „rückständigen“ Vorstellungen zu Staat, Kultur und Gesellschaft nur auf die Sprünge helfen müsse, damit sie „unsere Werte“ schätzen und übernehmen lernen. Über diese Mischung aus Naivität, Verbohrtheit und Hochmut ist bereits das alte Rom gestolpert.

Fällt Merkel und den Ihren nicht bald eine machtvolle Opposition in den Arm, führen sie Deutschland in eine dunkle Zukunft. Da wird mehr zerbrechen als die EU oder die Sozialsysteme – sehr viel mehr. *Hans Heckel*

Rauben und Plündern

Erschreckende Zahlen – Deutschland wird zum Einbrecherparadies

Dass die millionenfachen Zuwanderer aus dem Orient und umzu alles andere als die ersehnten Fachkräfte sind, ist inzwischen wohl auch dem Gutgläubigsten klar. In einem Bereich allerdings scheinen viele der Fremden hochqualifiziert. Deutschland wird überschwemmt von professionellen Einbrechern. Die polizeiliche Kriminalstatistik meldet für 2015 167 136 erfasste Fälle von Wohnungseinbrüchen, 9,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Besonders betroffen ist Hamburg, wo die Statistiker eine Zunahme von 20 Prozent registrierten.

Deutschlandweit setzt sich damit der Trend der vergangenen Jahre fort. 2014 drangen kriminelle Täter 152 123 Mal mit Gewalt in fremde Wohnungen ein. Damals schon war es der höchste Stand seit 15 Jahren. Politik und Polizei scheinen unterdessen machtlos. Dabei sind die Tätergruppen sogar weitgehend bekannt. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) macht vor allem die georgische Mafia verantwortlich. „Sie sprechen in der Heimat gezielt Verbrecher an, um in Deutschland auf Beutezug zu gehen. Hier beantragen sie – ohne Aussicht auf Erfolg – Asyl und brechen in den acht bis zwölf Monaten, in denen sie im Asylverfahren stecken, ein“, erklärt BDK-Chef André Schulz. Andere Täter stammen aus Serbien und Nordafrika, weiß Schulz. Sehr oft seien es auch Roma-Clans aus Albanien und dem Westbalkan, die sich durch deutsche Wohnungen rauben und plündern. Polizist Schulz: „Wir sind ein reiches Land inmitten eines grenzenlosen Europas. Das weckt Begehrlichkeiten.“

> Die Täter nutzen das Asylrecht aus

Das Leid der Betroffen ist unterdessen groß. Zum materiellen Schaden kommt das bittere Gefühl, selbst in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher zu sein. Viele Einbruchsopfer leiden noch Jahre später an den psychischen Folgen der Tat. *Frank Horns*

Gute Kontakte

LO ermöglicht Ausstellung in Königsberg

Steht es mit den deutsch-russischen Beziehungen derzeit nicht zum Besten, wenn gegenseitige Sanktionen, Anschuldigungen und ein Rückgang der Wirtschaftsbeziehungen das Geschehen der großen Politik bestimmen, so gibt es auch immer wieder Bemühungen unter Partnern, die Anlass zur Hoffnung geben, dass die Freundschaft zwischen Deutschen und Russen Bestand haben wird.

> Dem »neuen Kalten Krieg« widerstanden

Dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Russen möglich ist, beweist aktuell die Eröffnung der Ausstellung „Tilsit – Stadt ohne Gleichen“ im Staatlichen Archiv des Königsberger Gebiets. Es sind die Früchte einer langjährigen Zusammenarbeit der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und der Mitarbeiter des Archivs, von Heimatforschern, Museumsdirektoren und Leitern anderer gesellschaftlicher Einrichtungen, die in bislang sieben von der LO ausgerichteten „Deutsch-Russischen Foren“ ihren Ursprung nahmen. Inzwischen haben sich freundschaftliche Beziehungen gebildet, die den Kontakt auch in der Zeit zwischen den Foren nicht abbrechen lassen. *MRK*

(siehe Bericht Seite 13)

Manuel Ruoff:

Nicht nur Licht

Wie Helmut Kohl hatte Hans-Dietrich Genscher (1927–2016) das Glück, dass friedliche Revolution, Mauerfall und deutsche Vereinigung in seine Amtszeit fielen. Im Gegensatz zu Kohl hat er jedoch den Vorteil, dass der sich daraus ergebende Glanz nicht durch eine Spendenaffäre überschattet ist. So konnte bereits zu seinen Lebzeiten das Image des Sympathieträgers mit gelbem Pullover sowie nicht nur den Ohren, sondern auch der Gutmütigkeit des Elefanten entstehen.

Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Wirken des Liberalen nicht immer unumstritten war. Als Innenminister fallen in seine Zuständigkeit das missglückte Krisenmanagement beim Geiseldrama während der Olympischen Sommersiele in München 1972 und das Belassen Günter Guillaumes im Umkreis des Kanzlers trotz Hinweisen auf dessen Spionagetätigkeit für die DDR.

Während der Kanzler gehen musste, stieg der Innenminister zum Vizekanzler und Außenminister auf. Neue Akzente setzte er im neuen Amt kaum. Die entscheidende Kursänderung in der Ostpolitik mit dem Verzicht auf das Staatsziel der Wiedervereinigung und Rückgewinnung der Ostgebiete war bereits durch seinen Amtsvorgänger Walter Scheel mit Bundeskanzler Brandt vorgenom- men worden. Genscher beschränkte sich nun weitgehend auf das Verwalten, wobei er zum Glätten von Wogen gerne Scheckbuchdiplomatie betrieb, ein Begriff, der untrennbar mit seinem Namen verbunden bleibt.

Den von Brandt und Scheel eingeschlagene Kurs in der Ostpolitik behielt er auch nach der sogenannte Wende von 1982 bei, die weniger eine außenpolitische als eine finanz- und wirtschaftspolitische war. Folgerichtig hatte auch nicht er, sondern Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die programmatische Begründung für den Koalitionswechsel geliefert. Als FDP-Bundesvorsitzender zeichnete jedoch er für den Wechsel verantwortlich, und viele Sozialdemokraten haben ihm diesen nie verziehen.

Wenn Genscher auch für Kontinuität in der Außenpolitik stand, so fallen doch zwei prominente Ereignisse in seine Amtszeit, in denen die Bundesregierung dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Vorrang vor der Wahrung des Status quo eingeräumt hat. Das war neben der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik die frühzeitige Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens. Ersteres ist zwar bekannter, war aber nicht primär sein Verdienst, letzteres hingegen schon.

MELDUNGEN

Hoher Schaden durch Islamisten

Washington – Durch die Gewalt der Islamistengruppe Boko Haram sind in Nigeria Schäden in Höhe von 5,2 Milliarden Euro entstanden. Das geht aus einer vorläufigen Bilanz der Weltbank hervor. Für die Studie wurden unter anderem die Bereiche Bildung, Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Wirtschaft und Handel überprüft. Dem Bericht zufolge wurden seit Beginn der islamistischen Gewaltakte allein im Bundesstaat Borno, der Hochburg von Boko Haram, 20000 Menschen getötet. Außerdem wurden dort fast 30 Prozent der Wohnungen, 5335 Klassenräume oder ganze Gebäude von 552 Schulen zerstört oder beschädigt. Dazu kommen mehr als 1200 Behördengebäude sowie Polizeiwachen, Gefängnisse und Gesundheitszentren. *J.H.*

Bundeswehr bleibt in Somalia

Berlin – Der Bundestag hat mit großer Mehrheit beschlossen, die deutsche Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM in Somalia um ein Jahr zu verlängern. Laut Antrag der Bundesregierung ist die Mission Teil des „Strategischen Rahmens für das Horn von Afrika", mit dem die EU das Land beim Aufbau staatlicher Institutionen, beim Demokratieaufbau und bei Befriedung und Aussöhnung sowie der Bewältigung der Folgen des langjährigen Bürgerkriegs unterstütze. Die Mission leiste in diesem Kontext „einen substanziellen Beitrag zur Reform des Sicherheitssektors durch Unterstützung des Aufbaus der somalischen Streitkräfte und fördert dadurch die Befriedung und Stabilisierung Somalias". Die Linkspartei, die gegen den Antrag stimmte, kritisiert, dass Deutschland mit EUTM ein Regime unterstütze, das Todesurteile verhänge, Minderheiten verfolge und die Scharia als Rechtsgrundlage eingeführt habe. Die Regierung in Mogadischu habe den wenigen Christen im Land verboten, Weihnachten zu feiern. *J.H.*

Freispruch erster Klasse

Den Haag – Das UN-Kriegsverbrechertribunal hat den serbischen Ultranationalisten Vojislav Seselj freigesprochen, nachdem dieser bereits elf Jahre in Untersuchungshaft verbracht hatte. Seine Verantwortung für Verbrechen gegen Kroaten und Muslime sei in keinem der neun Anklagepunkte erwiesen, begründete das Gericht den Freispruch erster Klasse. Seselj wurden unter anderem Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Laut Anklage, die 28 Jahre Haft gefordert hatte, war er während der Balkankriege in den 90er-Jahren an der Ermordung und Vertreibung zehntausender bosnischer und kroatischer Zivilisten in Serbien, Bosnien und der Wojwodina beteiligt. Seselj hatte sich 2003 selbst dem Gericht gestellt und war 2014 aus gesundheitlichen Gründen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. An der weiteren Verhandlung und der Urteilverkündung nahm er nicht mehr teil. Seit seiner Gründung vor über 20 Jahren hat das UN-Kriegsverbrechertribunal zum früheren Jugoslawien 161 Personen angeklagt. 80 wurden verurteilt, gegen zwölf laufen noch Verfahren. Ein Prozess gegen zwei Angeklagte musste neu geführt werden, einer davon war Seselj. *U.M.*

Der Rote Kaiser Xi Jinping

Der chinesische Staats- und Parteichef hat die innenpolitischen Repressionen noch verschärft

Der chinesische Staatspräsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), Xi Jinping, regiert mit harter Hand. Er will vor allem die Macht der Partei sichern. Dafür unterdrückt er jede Opposition. Seine Politik der Zentralisierung könnte zugleich die Wirtschaft lähmen.

„Chinas Präsident macht es wie Mao", hieß es auf der Titelseite der jüngsten Ausgabe des US-amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time". Als Titelfoto war ein Bild Xi Jinpings zu sehen, hinter dem Mao Tse-tung zum Vorschein kommt. Mit Mao, dem wohl größten Massenmörder der Geschichte, kann man Xi Jinping natürlich nicht vergleichen. Das „Time"-Magazin wies aber zu Recht auf den neuen Personenkult um Xi Jinping hin sowie auf die gegenüber seinen Amtsvorgängern stark gestiegene Machtfülle. Xi ist KP-Generalsekretär, Staatspräsident, Vorsitzender der Zentralen Militärkommission und Vorsitzender mehrerer „Zentraler Führungsgruppen". Dazu gehören die Führungsgruppen für Finanzen und Wirtschaft, für „Cyber-Sicherheit und Informatisierung" und für Militärpolitik sowie die „Zentrale Reform-Führungsgruppe". Innenpolitisch verfolgt Xi einen Kurs der Re-Ideologisierung und verschärfter Unterdrückung.

Der 1953 geborene „Prinzling" Xi gehörte als Sohn des Revolutionsveteranen Xi Zhongxun stets zum roten Parteiadel, wenngleich sein Vater während Maos Kulturrevolution in Ungnade fiel und auch der Sohn darunter zu leiden hatte. An der Pekinger Tsinghua-Universität studierte Xi Chemie und wurde in Jura promoviert. Verheiratet ist er mit der populären Armee- und Volkssängerin Peng Liyuan.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erklärte vor der Chinareise von Bundespräsident Joachim Gauck, das harsche Vorgehen lokaler Behörden gegen Christen erinnere an die Kulturrevolution. In der ostchinesischen Provinz Zhejiang seien seit April 2014 rund 2000 Kreuze von christlichen Kirchen entfernt worden. Xi Jinping war von 2002 bis 2007 Parteichef in Zheijang, die Lage dort wird ihm vertraut sein. Die Unterdrückung der Uiguren in der Provinz Xinjiang hält ebenso unvermindert an wie die der Tibeter. Auch der Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo ist weiterhin inhaftiert. Immer wieder werden Rechtsanwälte, Journalisten und Blogger verhaftet.

Alle Gruppen in der Gesellschaft, die versuchen, unabhängig Interessen zu formulieren, werden systematisch überwacht. Der Spielraum der Medien wurde noch enger. Der Peking-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung", Kai Strittmatter, erklärte im Berliner Mercator-Institut für China-Studien (Merics), die Kontrolle des Internets und der Sozialen Medien durch das Regime funktioniere hervorragend. „Anders als noch 2013", so Strittmatter, „fürchtet die Kommunistische Partei längst nicht mehr die Sozialen Medien, sondern liebt sie". Denn sie habe erkannt, dass sie mit den Sozialen Medien das „beste Instrument" zur Überwachung und Lenkung des Volkes besitzt.

> Die Partei nutzt Soziale Medien zur Überwachung

Seit seinem Amtsantritt als Generalsekretär der Kommunistischen Partei im Jahr 2012 geht Xi verschärft gegen Korruption vor. Dabei ist jedoch oft unklar, inwieweit es nur um die Ausschaltung von Gegnern geht. Da für KP-Generalsekretäre zwei fünfjährige Amtsperioden üblich wurden, könnte Xi bis 2022 im Amt bleiben.

Wie der Leiter von Merics, Sebastian Heilmann, erklärt, ist Xi Jinping von der Partei ausdrücklich zu seiner neuen Politik ermächtigt worden. „Als Xi an die Macht kam, war die Partei am Verfallen. Selbst Parteimitglieder erklärten damals, das System könne so nicht mehr lange funktionieren", so der China-Experte. Die Etablierung eines „starken Mannes" in der Parteispitze habe offenbar anfangs breite Unterstützung im Politbüro gefunden. Handlungsblockaden und Entscheidungsträgheit wie unter seinem Amtsvorgänger Hu Jintao sollten unter Xi Jinping vermieden werden.

Inzwischen gebe es in China eine große Verunsicherung darüber, inwieweit dezentrale Eigeninitiative von der Parteiführung überhaupt noch erwünscht und ohne politisches Risiko möglich sei. Unter Xi sei eine Abkehr von der bisherigen Reformmethodik erfolgt. Diese hatte viel Dynamik und Flexibilität dadurch erreicht, dass Initiativen von unten, von lokalen Instanzen, auch Privatunternehmen und aus der Gesellschaft heraus zugelassen wurden. Heilmann bezweifelt, ob Xis Politik der Zentralisierung und Machtkonzentration zugunsten der KPCh das Land mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen weiter voranbringen könne.

Bundespräsident Gauck hat während seiner Chinareise den geringen Spielraum gut genutzt, um auch Kritik anzubringen. Doch nachdem er in der deutschen Botschaft etliche Menschen- und Bürgerrechtler hatte empfangen können und sich auch in der Zentralen Parteihochschule kritisch über den Marxismus ausgelassen hatte, wurde das Regime nervös. Für seine Rede an der Tonjie-Universität in Schanghai wurde ihm plötzlich nur noch ein Hörsaal mittlerer Größe mit knapp 250 Zuhörern zugestanden. Viele Studenten mussten draußen bleiben. Dafür wurde mehr Verwaltungspersonal in den Raum geschickt. Seine Rede wurde von den chinesischen Medien totgeschwiegen.

Als im März auf einer chinesischen Website in einem anonymen Schreiben – es war mit „loyale Parteimitglieder" unterzeichnet – scharfe Kritik an der Politik Xis geäußert und sein Rücktritt gefordert wurde, wurden gleich mehrere Personen verhaftet. Zudem wurden chinesische Exil-Journalisten wie der in Deutschland lebende Kolumnist der Deutschen Welle Chang Ping unter Druck gesetzt, indem man ihre Familienangehörigen in China verhaftete. Chang Ping bestritt, etwas mit dem Internet-Schreiben gegen Xi zu tun zu haben und erklärte in einem Interview: „Auf der einen Seite zeigt sich Xi sehr selbstbewusst, auf der anderen hat er aber Angst, die Kontrolle zu verlieren." *Michael Leh*



Vom „Prinzling" zum Roten Kaiser: Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping Bild: Getty

»Historische Mission beendet«

Die letzten Juden verlassen den Jemen, während die Christen bleiben und ermordet werden

Juden haben im Jemen bereits 1000 Jahre vor der Ankunft des Islam gelebt. Jemen erlebte im 6. Jahrhundert mit dem Königreich Himyar eine der wenigen Versuche einer jüdischen Herrschaftsbildung weltweit. Seit 2500 Jahren hatten ununterbrochen Juden im Jemen gelebt. Jetzt wurde bekannt, dass Israel in Zusammenarbeit mit den USA in einer Kommando-Aktion im Auftrag der Jewish Agency 19 der letzten im Jemen lebenden Juden nach Israel ausgeflogen hat.

Die geretteten Juden stammten aus der Hauptstadt Sanaa, die seit über einem Jahr von den schiitischen Huthi-Rebellen kontrolliert wird, und der alten Königsstadt Raydah, die zurzeit umkämpft ist. Der Jemen, der nur wenige Hundert Kilometer von den beiden Entstehungsstätten des Islams, Mekka und Medina, entfernt liegt, galt lange als sehr viel weltoffener als das abgeschottete Saudi-Arabien. Da er an wichtigen internationalen Handelswegen lag, galten die Juden, aber auch christliche Händler in dem Land an der Weihrauchstraße immer als willkommen.

Erst mit der Gründung des Staates Israel 1948 änderte sich das. Die jemenitischen Juden wurden für die Vertreibung der Palästinenser mit verantwortlich gemacht. Auch sie mussten nun ihre jahrtausendealte Heimat verlassen. Zwischen 50000 und 60000 jemenitische Juden hat die israelische Luftwaffe damals in der heimlichen Aktion „Magischer Teppich" aus dem Jemen nach Israel ausgeflogen. Vor allem im Showgeschäft hatten jemenitische Juden, die 2000 Jahre zu anderen Juden kaum Kontakte hatten, darum eigene ganz alte Traditionen bewahrten und sich deshalb sehr stark von allen anderen jüdischen Gruppen unterscheiden, großen Erfolg. Eine ganze Reihe israelischer Sänger und Sängerinnen jemenitischer Herkunft hatten jedoch in der arabischen Welt mehr Erfolg als in Israel, ein Zeichen dafür, dass sich auch Israel schwertut mit der Integration der eigenen Glaubensbrüder von der arabischen Halbinsel.

> Einige christliche Ordensgemeinschaften haben sich erst in den vergangenen Jahren in dem arabischen Land niedergelassen

Seit Beginn des arabischen Frühlings 2011 gehörte der Jemen mit zu den Zentren dieser Umsturzbewegung. Ähnlich wie in Syrien hat sich jedoch im Jemen sehr schnell ein religiöser Konflikt über den politischen gestülpt und das Land so in einen Glaubenskrieg gestürzt. 2015 begann der Golf-Kooperationsrat mit Sitz in Riad und den Mitgliedern Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate mit einer Militärintervention, der es allerdings bislang nicht gelang, die Verhältnisse dauerhaft zu verändern. Neben den beiden politischen Fraktionen gelang es sehr schnell auch dem Islamischen Staat mit seinem Gespür für zerfallende Staatswesen, im Jemen Fuß zu fassen. Er und andere dschihadistische Gruppen nutzten den Konflikt aus, um ihr eigenes Süppchen zu kochen.

Nathan Scharanski, Leiter der Jewish Agency und in der Sowjetunion einst selbst wegen seiner Religion verfolgt, sprach vom „Ende einer historischen Mission" im Jemen. Rund 50 Juden sind nach Angaben der Jewish Agency noch im Jemen geblieben, davon 40 in Sanaa. Sie lebten dort in einer geschlossenen Anlage neben der US-Botschaft und würden von jemenitischen Behörden geschützt, hieß es.

Während die letzten Juden den Jemen verlassen, sind in den letzten Jahren einige christliche Ordensgemeinschaft neu in den Jemen gegangen, darunter vor allem der von Mutter Teresa gegründete Frauenorden Missionarinnen der Nächstenliebe. Anfang März wurden vier Schwestern dieses Ordens, die in der Hafenstadt Aden ein Altenheim betreuten, von Islamisten hingerichtet. Bereits 1998 waren drei Schwestern in Hodeida ebenfalls von Islamisten ermordet worden. Aden war lange Zeit eine weltoffene Handelsmetropole mit einem großen internationalen Hafen. Nachdem der Südjemen 1967 von Großbritannien unabhängig geworden war, wurde er lange von Kommunisten regiert, die weltweit agierenden Terroristen Unterschlupf boten. Nach einigen erfolglosen Anläufen gelang im selben Jahr wie in Deutschland die Wiedervereinigung. 1990 schlossen sich die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) und die Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen) zur Republik Jemen zusammen. Jedoch kam das Land auch danach nicht wirklich zur Ruhe. Immer wieder kam es zu Entführungen von Ausländern und lokalen Aufständen, die auch dadurch bedingt waren, dass die Regierung den Stammesverbänden große Autonomie einräumte und diese nicht effektiv kontrollierte. Dieses Chaos haben sich in den letzten Jahren die verschiedenen Dschihadistengruppen zunutze gemacht, um ihren Einfluss mit Hilfe der autonomen Stammesverbände in dem einstigen Herz der Arabischen Halbinsel, das als einzige Region Arabiens bereits vor dem Islam eine christliche und eine jüdische Hochkultur kannte, auszudehnen. *Bodo Bost*

Parteienkartell untergräbt sich selbst

Zur Abwehr der AfD scheint bald jede Koalition möglich – selbst die von CDU und Linkspartei

Die sich in Baden-Württemberg anbahnende Koalition zwischen Grünen und CDU wird häufig als „Modell für die Zukunft“ bezeichnet. Der wirkliche Vorgriff auf eine kommende politische Entwicklung könnte indessen demnächst in Sachsen-Anhalt Wirklichkeit werden.



Einst undenkbar, nun Realität: Durch Koalitionen bisheriger Gegner droht ein politischer Einheitsbrei Bild: pa

In dem mitteldeutschen Bundesland läuft es nach einem fulminanten Erfolg der AfD und spektakulären Verlusten der beiden Volksparteien CDU und SPD nämlich auf eine sogenannte Kenia-Koalition hinaus. Benannt nach den Landesfarben des afrikanischen Staates, würde in einem solchen Bündnis erstmals Schwarz, Rot und Grün koalieren und eine Landesregierung bilden.

Nötig wird die ungewöhnliche Dreierkoalition aus Sicht von SPD und CDU, weil es dem Politneuling AfD gelungen ist, in Sachsen-Anhalt auf Anhieb mit rund 24 Prozent zur zweitstärksten Kraft hinter der CDU aufzusteigen. Weil bei der Landtagswahl die schwarz-rote Koalition von Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) ihre Mehrheit verloren hat, ist ein Weiterregieren nur noch mit den Grünen oder aber der Linken möglich.

Naheliegend ist vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Kenia-Koalition die Frage, welche Bündnisse man notfalls in den Parteizentralen von SPD und CDU zimmern wird, wenn die Zustimmung bei den Wählern noch weiter auf Talfahrt geht und parallel die AfD als stärkste Kraft aus Wahlen hervorgeht. Auf der Tagesordnung könnte diese Frage bereits in wenigen Monaten stehen. Aus Sicht der etablierten Parteien, die Linkspartei inklusive, bahnt sich nämlich im September bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern ein neues Desaster an.

Schon eine im Februar durchgeführte Umfrage sah die CDU in Mecklenburg-Vorpommern unter der 30-Prozent-Marke, die SPD lag nur noch bei 22 Prozent. Die Grünen müssten mit fünf Prozent um ihren Wiedereinzug ins Parlament bangen. FDP und NPD wären mit jeweils vier Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, für die Linke wurden 19 Prozent prognostiziert. Die AfD lag da bereits bei 16 Prozent.

Inzwischen hat sich die damals ablesbare Tendenz nochmals verstärkt: Speziell die Union ist bei einer jüngst veröffentlichten Emnid-Umfrage auf den tiefsten Wert seit 2012 gefallen. Der AfD wiederum haben die jüngsten Wahlsiege am 13. März nochmals Auftrieb gegeben. Umgerechnet auf die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern kündigt sich den Altparteien damit ein Debakel an.

Nicht auszuschließen ist, dass die AfD ihr in Sachsen-Anhalt erzieltes Spitzenergebnis im Norden noch übertreffen kann, SPD, CDU und Linke aber einen noch tieferen Absturz erleben. Verpassen obendrein die Grünen den Einzug in den Schweriner Landtag, steht nicht einmal eine schwarz-rot-grüne Option offen. Nicht auszuschließen ist dann wohlmöglich, dass die Wähler die Premiere einer weiteren Farbenkombination erleben.

> Zum Schluss könnte die »Alternative« noch stärker werden

Erst vor Kurzem hat der „Linke“-Spitzenpolitiker Gregor Gysi mit einem Appell an die Union und seine eigene Partei überrascht, sie sollten sich für Regierungsbündnisse öffnen. Die Erfolge „rechtspopulistischer“ Parteien in Europa und in Deutschland erforderten, „dass alle springen“, so Gysis Begründung. Momentan mag der Vorstoß noch sehr fremd wirken. Halten die Wahlerfolge der AfD aber an, könnte Gysis Idee früher oder später Realität werden, wie die einst undenkbar erscheinenden schwarz-grünen Koalitionen.

Zu rechnen ist sogar damit, dass die aktuell zusammengezimmerten Bündnisse sehr stabil sein werden. Erfahrungsgemäß führt die Angst vor einem Platzen der Koalition dazu, dass untereinander eher moderate Töne angeschlagen werden. Die Furcht, dass bei vorzeitigen Neuwahlen die Alternative für Deutschland noch stärker wird, dürfte diesen Effekt noch verstärken.

Stabilisierend auswirken kann sich zudem ein anderer Faktor. In der Regierungszeit von Angela Merkel hat es eine weitere Sozialdemokratisierung der CDU gegeben. Sieht man von den Sonderfällen CSU und FDP einmal ab, haben sich die etablierten Parteien in ihrer Programmatik inzwischen so stark angenähert, dass sie sich oftmals nur noch in Details oder Fragen der Umsetzung unterscheiden. Resultat ist eine weit verbreitete Parteienverdrossenheit samt steigender Zahl von Nichtwählern.

Nur auf den ersten Blick scheinen die etablierten Parteien mit ihren Koalitionsspielen einen Königsweg gefunden zu haben, um trotz schwindender Zustimmung weiter an der Regierungsmacht festhalten zu können. Tatsächlich dürfte sich diese Form der Machtsicherung als kontraproduktiv erweisen.

Es besteht die Gefahr, dass das politische System der Bundesrepublik in den kommenden Jahren zunehmend verkrustet und erstarrt. Gleichzeitig droht die Verklumpung der etablierten Parteien zu einem Regierungskartell, ein hohes Frustrationspotenzial auf die Kernwählerschaft zu entfalten und die AfD abermals zu stärken. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Asyl-Kosten verdoppeln sich

Berlin – Die Aufwendungen der Bundesländer für die Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration für Zuwanderer, Asylbewerber und Flüchtlinge werden sich 2016 gegenüber dem Vorjahr auf rund 17 Milliarden Euro verdoppeln, meldet das „Handelsblatt“. Damit geben die Länder bereits zwischen drei und acht Prozent ihres gesamten Haushalts allein für diese Personengruppen aus. Vom Bund fordern die Ministerpräsidenten daher abermals mehr Geld. Bislang gibt Berlin den Ländern 670 Euro pro Monat und Person. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidenten Malu Dreyer (SPD) schlägt nun vor, dass die Bundesregierung einen zweistelligen Milliardenbetrag oben drauf legt, da die Länder die finanziellen Lasten kaum mehr tragen könnten. *H.H.*

Weniger fixiert auf NS-Zeit?

Berlin – Der Entwurf des Parteiprogramms der AfD sorgt weiter für Zündstoff, diesmal bei der Geschichtspolitik. Der Vorstand der AfD bemängelt in seinem Leitantrag, eine „aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus“, die er „zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung“ aufbrechen will, „die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte umfasst“. Politiker von Union, SPD und FDP weisen das Ansinnen empört zurück. Für den kulturpolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Marco Wanderwitz (CDU), muss der NS „ganz besonders im Fokus bleiben“. Die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, verurteilte den AfD-Vorschlag ebenfalls scharf. Unterstützung bekam die AfD dagegen vom Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus. *H.H.*

»Lügner und Betrüger«

AfD beschließt Auflösung ihres Landesverbandes Saarland

Der Bundesvorstand der Alternative für Deutschland (AfD) hat sich zu einem in der deutschen Parteiengeschichte sehr ungewöhnlichen Vorgang entschlossen. Das Gremium entschied sich nach mehreren Sitzungen, den etwa 300 Mitglieder starken Landesverband Saarland aufzulösen. Als Grund für diesen Schritt nannte die AfD „schwerwiegende Verstöße gegen die politische Zielsetzung und die innere Ordnung der Partei“.

Vorausgegangen waren Recherchen des Nachrichtenmagazins „Stern“, die eine Unterwanderung des Verbands sowie erhebliche Kontakte ins rechtsextreme Milieu zu Tage brachten. Im Zentrum der Kritik stehen der bisherige Landesvorsitzende Josef Dörr und einer seiner Stellvertreter, Lutz Hecker. Beide sollen Kontakte zur NPD und zu islamfeindlichen Bündnissen unterhalten haben. Zudem soll Dörr mit der regionalen Wählervereinigung „Freie Bürger Union“ über eine Listenverbindung zur Landtagswahl im kommenden Jahr verhandelt haben. Das Führungspersonal der FBU rekrutiert sich nachweislich hauptsächlich aus ehemaligen NPD-Funktionären. Der Bundesvorstand sah hierin einen Verstoß im Sinne des Paragraphen 8 der Bundessatzung, der es der Bundespartei ermöglicht, Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände einzuleiten, sofern diese „auf grobe Art und Weise gegen die Ordnung und die Zielsetzung der Partei verstoßen“.

Kritiker dieses Schritts werfen der Parteiführung vor, über das Ziel hinausgeschossen zu sein, wäre eine Abberufung des Landesvorstands doch auch eine Möglichkeit gewesen.

> Dem Verband wird mangelnde Distanz zur NPD vorgeworfen

Die Gegner Dörrs, allen voran der frühere Geschäftsführer Olaf Vieweg sowie der Merziger Kreisvorsitzende Michael Schettle, begrüßten dagegen die Maßnahme. „Es geht darum aus der AfDörr wieder eine AfD Saar zu machen“, sagte Vieweg. Dörr, so der ehemalige Geschäftsführer, habe die Partei wie sein Privateigentum behandelt und rund 40 Mitglieder mit einer E-Mail-Adresse angemeldet. Diese bezahlen offenbar nur den Mindestbeitrag. Es gibt Gerüchte, Dörr würde diesen Betrag übernehmen. Vieweg erklärte, man müsse „erst einmal feststellen, wer reguläres AfD-Mitglied sei“.

Der Bundesvorstand hat nun auch ein Parteiausschlussverfahren gegen die beiden Funktionäre eingeleitet, nachdem sich das für das Saarland zuständige Mitglied Dirk Driesang vergeblich um eine gütliche Einigung bemüht hatte: „Doch die Einsicht war gleich Null“, sagte er. Gleichzeitig wurde ein fünfköpfiger Notvorstand eingesetzt, dem unter anderem Schettle und Vieweg angehören, aber auch der ehemalige Landesvorsitzende der Jungen Alternative, Marc Tecquert. Der hatte seine Ämter aus Protest gegen Dörrs Amtsführung bereits vor Monaten niedergelegt und diesen als „Lügner und Betrüger“ bezeichnet. Ende April soll der Verband schließlich neugegründet werden, sofern das Bundesschiedsgericht nicht den alten Vorstand wieder ins Amt hievt.

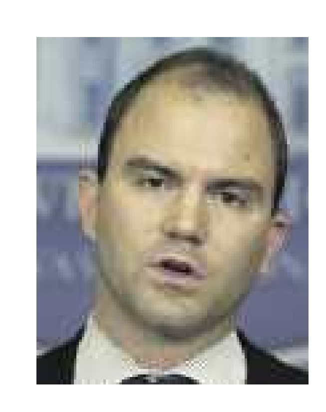
„Wir werden kämpfen“, sagte Dörr und erhielt Rückendeckung von der Patriotischen Plattform, die den Beschluss heftig kritisierte. Parteichef Jörg Meuthen widersprach umgehend: „Es gab und gibt gute Gründe für unsere Entscheidung.“ *Peter Entinger*

Zeitzeugen



Josefina de la Caridad Vidal Ferreiro – Die Generaldirektorin der Abteilung Vereinigte Staaten im kubanischen Außenministerium und Angehörige des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei ist Berufsdiplomatin. Sie spricht Englisch, Französisch sowie Russisch, hat in Moskau promoviert und in Paris sowie ab 1999 in Washington an der Ständigen Vertretung Kubas gearbeitet. 2003 verließ sie freiwillig zusammen mit 14 von George W. Bush ausgewiesenen kubanischen Diplomaten die USA. 2012/3 warb sie dort dennoch für eine Annäherung zwischen beiden Staaten und wurde 2015 Hauptverhandlungsführerin bei den bilateralen Gesprächen.

Barack Obama – Wegen eines Stimmungsumschwunges innerhalb der kubanischen Exilgemeinde in den USA begann der 44. Präsident der Vereinigten Staaten mit der vorsichtigen Annäherung an die Republik Kuba und beendete die 54-jährige Eiszeit zwischen beiden Staaten. Am 9. April vergangenen Jahres traf er sich zum ersten Mal mit Raúl Castro beim jährlichen Amerika-Gipfel in Panama und dann wieder im November bei den Vereinten Nationen in New York.



Benjamin J. Rhodes – Der 1977 geborene Politik- und Kunstwissenschaftler gilt trotz seines geringen Alter als äußerst einflussreicher Berater von Präsident Obama in Fragen der Sicherheitspolitik und schreibt seit 2007 dessen Reden zu außenpolitischen Fragen. Am Wilson Center hatte er sich zuvor mit Fragen zum Irak und den Anschlägen in New York 2001 befasst. Rhodes begann im Juni 2013 die Geheimverhandlungen mit der kubanischen Seite. Diese gewannen seit Obamas Besuch im Vatikan im März 2014 durch die Vermittlung von Papst Franziskus an Fahrt, als dieser den kubanischen Kardinal Jaime Ortega y Alamino mit einem Brief nach Washington schickte.



Papst Franziskus – Beim Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama im Vatikan im März 2014 erfuhr der Pontifex als erstes Staatsoberhaupt der Welt von den Geheimverhandlungen zwischen Washington und Havanna und erklärte sich sofort bereit, diese bilaterale Annäherung aktiv zu unterstützen.

Nach Obamas Kuba-Besuch

Fünf ungelöste Fragen stehen weiterhin zwischen Washington und Havanna

Als der 44. Präsident der USA am 20. März in seiner modernen Air Force One auf dem uralten Flugplatz von Havanna landete, begann der erste Besuch eines Oberhauptes der Vereinigten Staaten in Kuba seit dem Januar des Jahres 1928, als Calvin Coolidge dort auf einem Kriegsschiff eintraf. 2011 war mit Jimmy Carter immerhin ein ehemaliger US-Präsident auf der Zuckerinsel gewesen.

Das Treffen zwischen Obama und Castro im Palast der Revolution in der kubanischen Hauptstadt war das Ergebnis von rund 18-monatigen Geheimverhandlungen, die zur Bekanntgabe der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern am 17. Dezember 2014 und der Wiedereröffnung der jeweiligen Botschaften am 20. Juli 2015 nach mehr als einem halben Jahrhundert Feindschaft führten.

Es war in der Tat ein historischer Moment. Doch nach wie vor stehen fünf Dinge im Raum, die eine wirkliche Annäherung zwischen Kuba und den USA behindern. „Es wird keine normalen Beziehungen ... geben, solange die wirtschaftliche, kommerzielle und finanzielle Blockade bestehen bleibt“, machte die kubanische Regierung klar. Obama hatte diese zwar in letzter Zeit flexibilisiert, aber das letzte Wort in dieser delikaten Angelegenheit hat der Kongress der Vereinigten Staaten, der mit großer Wahrscheinlichkeit in diesem Jahr nicht für eine Aufhebung der Sanktionen stimmen wird. Ein wichtiger Schritt wird aber die Wiederzulassung von Direktflügen vor Ende des Jahres sein.

Guantánamo ist ebenfalls ein heikles Problem. Denn die Schließung des dortigen Gefängnisses, ein von Obama nicht erfülltes Wahlversprechen, und die Rückgabe dieses extraterritorialen Gebietes sind zwei grundverschiedene Dinge. Da es sich hierbei um Fragen der Verteidigung und nationalen Sicherheit handelt, finden die Verhandlungen eher diskret statt.

Die Frage der gegenseitigen Reparationsansprüche gestaltet sich ebenso sehr komplex, denn Washington besteht auf einer Entschädigung für von der kommunistischen Regierung in Kuba beschlagnahmtes US-Vermögen und Eigentum, während Havanna riesige aus dem Embargo resultierende Ansprüche geltend macht.

> Obamas und Castros Tage als Staatslenker sind gezählt

Obwohl Kuba auf einer Anerkennung seiner „partizipatorischen Volksdemokratie“ besteht, hoffen die USA auf eine demokratische Entwicklung nach westlichem Vorbild. Obama hatte daher ein Treffen mit Oppositionellen zur Voraussetzung für seinen Besuch gemacht und betont, dass er nicht an der Aufrechterhaltung des Status quo interessiert sei, sondern Fortschritte im Leben der einfachen Kubaner sehen möchte.

Die seit 1966 bestehenden, für Kubaner sehr großzügig ausgelegten Einreisebestimmungen in die USA haben in letzter Zeit dazu geführt, dass kubanische Staatsbürger verstärkt dorthin drängen, was mehrere lateinamerikanische Länder vor erhebliche Probleme stellt. Es scheint an der Zeit, diese Sonderregelungen zu überdenken.

Obama wurde von Abgeordneten sowohl der Demokraten als auch der Republikaner begleitet und hat nach Ansicht von Experten kurz vor Ende seiner Amtszeit eine unumkehrbare Entwicklung in Gang gesetzt, die zu einer weiteren bilateralen Normalisierung beitragen wird. Zumal Mitte April der 7. Kongress der Kommunistischen Partei Kubas stattfindet, auf dem zum ersten Mal seit fast 60 Jahren ein neuer starker Mann gewählt werden wird, der nicht mehr den Namen Castro trägt.

Markus Matthes



Vor dem „Palast der Revolution“: Barack Obama (l.) und Raúl Castro mit Dolmetscherinnen Bild: action press

Der Tourismus: Eine Branche mit Potenzial

Der US-Hotelkonzern Starwood wird nach all den Jahren das erste US-amerikanische Unternehmen sein, das in Kuba investieren darf. Dank einer Sondergenehmigung des US-Finanzministeriums ist die Renovierung von zwei Luxushotels in Havanna mit der Aussicht auf ein drittes Projekt unter Dach und Fach. Kurioserweise steht die Gruppe aber offenbar kurz vor der Übernahme durch chinesische Investoren, denen bereits das Waldorf Astoria in New York gehört und die 13 Milliarden US-Dollar geboten haben sollen.

Der kubanische Tourismusmarkt wirkt immer attraktiver, wie die Steigerung der US-amerikanischen Besucherzahlen auf der Karibikinsel um 77 Prozent im letzten Jahr deutlich macht. Seit Mitte März bedürfen Reisen auf die Karibikinsel auch nicht mehr der Genehmigung des Amtes zur Kontrolle ausländischer Vermögenswerte des US-Finanzministeriums. Trotzdem bestehen nach wie vor Beschränkungen, Erlaubt sind beispielsweise der Besuch von Sportveranstaltuntgen oder Reisen zum Zwecke der Mission oder für journalistische Recherchen. Der herkömmliche Tourismus ist nach wie vor nicht erlaubt.

> Zunehmend Gäste aus den USA

Die kubanische Regierung hatte in den Jahren 2010/2011 im Rahmen wirtschaftlicher Reformen den Immobilienmarkt mehr oder weniger freigegeben. Dadurch können heutzutage ganze Häuser entweder in Euros oder CUC, einer frei konvertierbaren Währungseinheit, die in etwa dem US-Dollar entspricht, erworben werden. Viele dieser Objekte werden zu noblen und damit für viele Einheimische unerschwinglichen Restaurants umgebaut.

Von dieser neuen Freiheit profitieren nur Kubaner, die lange im Ausland gelebt haben beziehungsweise über Kontakte zu Ausländern verfügen. Die große Masse der gewöhnlichen Bürger bleibt also nach wie vor außen vor, und dies könnte zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft mit erheblichen sozialen Spannungen führen.

M.M.

Zehn US-Präsidenten früher

Dwight D. Eisenhower brach 1961 die Beziehungen zu Havanna ab

Durch die bis heute nicht vollständig geklärte Versenkung des US-Kriegsschiffes „Maine“ im Hafen von Havanna am 15. Februar 1898 und die daraus resultierende Intervention der Vereinigten Staaten in den kubanischen Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien begann das schwierige Verhältnis zwischen zwei ungleichen Nachbarn.

Der Vertrag von Paris vom 10. Dezember jenes Jahres beendete die über 400-jährige spanische Kolonialherrschaft und die Insel wurde ohne Mitspracherecht der Kubaner bis 1902 dem US-amerikanischen Militär zugesprochen. Vor dessen Abzug wurde auf Druck der USA das sogenannte Platt-Amendment in die kubanische Verfassung eingefügt. Es erlaubte den USA, in Kuba militärisch zu intervenieren, und führte dazu, dass in der Bucht von Guantánamo seit 1903 eine Marinebasis der Vereinigten Staaten existiert.

Im Laufe der nächsten Jahrzehnte wuchs der wirtschaftliche Einfluss US-amerikanischer Konzerne immer mehr, während die politische Instabilität letztendlich in der Diktatur von Fulgencio Batista

> Vorausgegangen war die Enteignung von US-Besitz auf Kuba

mündete, der nach 1933 1952 zum zweiten Mal durch einen Staatsstreich an die Macht kam. Die zunehmende kommunistische Bedrohung der Diktatur äußerte sich 1953 im Angriff auf die Moncada-Barracken, an dem Fidel und Raúl Castro beteiligt waren. Beide gelangten nach zwei Jahren Gefängnisaufenthalt nach Mexiko. Dort stellten sie mit dem argentinischen Arzt Ernesto „Che“ Guevara eine Revolutionsarmee auf, die von der Sierra Madre in Inneren Kubas aus einen Guerillakrieg gegen Batista begann. Am 1. Januar 1959 floh dieser in die Dominikanische Republik und Fidel Castro zog siegreich in Havanna ein.

Washington erkannte die revolutionäre Regierung zunächst an, aber die beiderseitigen Beziehungen verschlechterten sich rapide, denn die in US-Besitz befindliche Ölindustrie wurde von den neuen Machthabern verstaatlicht, nachdem sich diese geweigert hatte, russisches Öl zu raffinieren. Daraufhin verhängte der 34. Präsident der USA, Dwight D. Eisenhower, ein nahezu totales Handelsembargo und brach am 3. Januar 1961 die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

M.M.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Der Kampf hat begonnen

Berlin vor den Wahlen im September: Selbst innerhalb der Koalition wird der Ton rauer



Partner und Rivalen: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (r., SPD) mit CDU-Chef und Innensenator Frank Henkel am 17. März auf der Senatsbank des Berliner Abgeordnetenhauses

Bild: pa

Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September lässt die Parteien nervös werden. Rot-Schwarz droht, die Mehrheit zu verlieren.

Der heiße Kampf um Wählerstimmen hat begonnen. Die CDU will Stimmen von der AfD gewinnen, wie ihr Landesvorsitzender Frank Henkel der Presse mitteilte. Er kündigte eine „klare und harte Auseinandersetzung“ an, Wähler sollten aber nicht „pauschal dämonisiert“ werden. Die Angesprochenen antworten ihm in den neuesten Umfragen, denen zufolge selbst die Große Koalition Rot-Schwarz keine Mehrheit mehr in Berlin hat.

Derzeit schauen in Berlin alle Augen im politischen Betrieb auf die anstehenden Parteitage – den eigenen und den der als Protestpartei gescholtenen AfD. Deren Landesparteitag brachte die junge Formation am 3. März auf Wahlkampfkurs. Berlins AfD schrieb sich dabei eher gemäßigte Forderungen ins Programm. Die von den etablierten Parteien auf Bundesebene zuletzt mit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz bedrohte Formation setzt sich auf Landesebene bewusst einen sachlichen Kurs, der die „Alternative“ für noch mehr Wähler attraktiv machen soll.

Nur mit knapper Mehrheit scheiterte auf ihrem Treffen ein Beschluss zur Legalisierung der Droge Cannabis. Islamkritik, Kritik an der „Klimaschutz“-Politik und an der staatsnahen Berichterstattung mancher Medien spielen keine zentrale Rolle. Die AfD findet weitergefasste, allgemeine Grundsätze.

Damit ist der politische Reifungsprozess bei der von allen bisher im Abgeordnetenhaus vertretenen Alt-Parteien zum Gegner erklärten Gruppe weiter fortgeschritten. Die Unruhe der Etablierten wächst: Kürzlich erteilte die Basis von Grünen und Linkspartei ihren Spitzen vor der heißen Phase des Landeswahlkampfs einen herben Denkzettel. Mit historisch niedriger Rückendeckung von je knapp über 60 Prozent wurden sie bestätigt. Mangelndes Vertrauen aus den eigenen Reihen bremst somit den Wahlkampfstart.

> CDU will vor allem der AfD Stimmen abjagen

Zudem stagnieren die Umfragewerte fast aller Etablierten. Die jüngsten Werte des Forsa-Instituts verorten die CDU bei 19 Prozent – nur rund ein Prozentpunkt über dem Wert von 2011, als Henkel Spitzenkandidat wurde. Erfolg sieht anders aus. Auch die SPD verliert demnach seit Jahresbeginn weiteren Boden, sackt auf 27 Prozent. Die Grünen stehen bei 18 Prozent. Allein die FDP hat sich seit Januar über die Fünfprozenthürde gearbeitet, erntet sechs Prozent in der neuesten Umfrage. Die AfD erhielte neun Prozent, wenn jetzt Wahlen wären. Eine andere Umfrage sieht sie sogar bei zehn Prozent. Dabei ist zu beachten, dass die AfD bei den vergangenen Landtagswahlen um bis zu sieben Prozentpunkte besser abgeschnitten hatte, als von den letzten Umfragen vor dem Urnengang prognostiziert worden war. Die vertretene Bandbreite verschiebt sich damit im Trend deutlich weg von linken Inhalten.

Mit Henkels noch im Februar demonstrierter „Gelassenheit“ ist es vorbei. Der in der Zuwanderung wegen des Chaos am Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) und wegen des in Filzvorwürfen steckengebliebenen „Masterplans Integration“ in die Kritik geratene Politiker soll bei einem Parteitag am 8. April zum CDU-Spitzenkandidaten gekürt werden. Seine Partei hat in den Sonntagsumfragen seit Dezember deutlich an Boden verloren. Auch hatten einzelne CDU-Politiker Zuwandererheime in ihrem Wahlkreis diskret verhindern wollen.

Henkel gibt sich davon unbeeindruckt: „Wir wollen stärkste Partei werden ... Daraus leitet sich auch der Anspruch ab, den Regierenden Bürgermeister zu stellen.“ Doch der CDU gehen die Partner aus – für die Fortsetzung der Großen Koalition könnte es nicht reichen, bei Berlins Grünen ist Henkel wegen der Einrichtung von Gefahrengebieten, der Drogenpolitik und seiner Haltung bei der Inneren Sicherheit kein bevorzugter Partner.

Der größte Gegner der aktuellen Koalition ist allerdings sie selbst: Dem von ihr verantworteten Flughafenbau (BER) stehen weitere Kosten und Verzögerungen bevor, die Unterbringung von Zuwanderern und ihre Betreuung droht ein Dauerbrennpunkt zu bleiben. Damit spitzt sich auch die allgemeine Krise bei Mieten und Wohnungen zu.

Die SPD macht diese Gemengelage nervös. Bürgermeister Michael Müller setzt sich aktuell im Streit um den gemeinsamen „Masterplan Integration“ vom Partner CDU ab. Die interne Kritik der CDU am roten Filz bei der Auftragsvergabe verwarf Müller als „gedanken- und verantwortungslos“. Müller wirft Henkel vor, er würde „nicht einschreiten, wenn engste politische Vertraute die Institutionen Senatskanzlei, Regierender Bürgermeister und das Rote Rathaus durch diese Debatte versuchen zu beschädigen“. Eine erneute Große Koalition nach der Wahl will Müller nicht ausschließen, doch die Option sei „sehr, sehr schwierig“.

Berlins CDU-Generalsekretär Kai Wegner erwidert, Müller habe „den Eindruck, dass Berlins SPD nervös ist, nicht unbedingt widerlegt“. Der SPD steht der große Parteitag zur Wahlvorbereitung am 30. April noch bevor. Das Grußwort wird die Bundes-Generalsekretärin Katarina Barley halten. Sie hat sich soziale, linke Themen auf die Fahne geschrieben und sagte jüngst zur umstrittenen Zuwanderungspolitik im Bund: „Frau Merkel ist im Team SPD.“ Müller hingegen wird es angesichts hoher Ausgaben und magerer Erfolge schwer fallen, auf diesem Weg zu punkten. *Sverre Gutschmidt*

Gefährliche Ecke

Von Vera Lengsfeld

Friedrichshain war ein Arbeiterbezirk. Hier befand sich eine der Hauptschlagadern des industriellen Berlins. Die Überreste des einst riesigen Reichsbahn-Ausbesserungswerks (RAW) zeugen von dieser Vergangenheit. In der DDR begann ein 40-jähriger Verfall. Schon Ende der 60er Jahre wurde bedauert, wer in den Straßen um die Warschauer Straße herum wohnte. Hier gab es neben dem Prenzlauer Berg die meisten undichten Dächer, den größten Verfall der Altbausubstanz.

Nach der Vereinigung änderte das Viertel sehr schnell sein Gesicht. In die Erdgeschossräume der sanierten Häuser zogen Boutiquen, Kneipen, Restaurants, Bioläden, Galerien und kleine Theater ein. Aus dem heruntergekommenen Areal wurde ein Anziehungspunkt für Touristen aus nah und fern.

Allerdings behielt das RAW-Gelände sein düsteres Aussehen. Hier haben sich allerlei „alternative“ Projekte festgesetzt, die nicht nur geduldet, sondern auch staatlich finanziert werden. Daneben gibt es Klubs, von denen einer passend „Suicide Circus“ (Selbstmord-Zirkus) heißt, die vor allem „Industrial“- und „Techno“-Musik bieten, also von jungen Leuten frequentiert werden.

Seit fast zwei Jahrzehnten hat sich eine wachsende Drogenszene angesiedelt, die inzwischen von Afrikanern beherrscht wird. Immer wieder kommt es zu Gewaltausbrüchen und sexuellen Übergriffen. Landesweit bekannt wurde der beinahe tödliche Überfall auf den Freund einer bekannten linken Sängerin. Am Tag vorher waren zwei niederländische Touristen krankenhausreif geprügelt worden. Das war vor zwei Jahren. Seitdem sind ein paar Büsche gerodet und ein neues Beleuchtungskonzept realisiert worden. Die Polizei wollte das Areal strenger kontrollieren. Geholfen hat das alles nicht viel.

Letzte Woche flammte die Diskussion um das RAW-Gelände wieder auf, als eine Betroffene mit ihren Erlebnissen an die Öffentlichkeit ging. Die Frau verließ nach Mitternacht einen Klub und geriet in einen Albtraum. „Ein Typ folgte mir und fragte, ob ich Drogen kaufen wollte“, berichtete Romi R. „Ich habe ihn gebeten, mich in Ruhe zu lassen ... Er nannte mich eine Rassistin, weil ich mit ihm, einem Schwarzen, keinen Sex wollte.“ R. floh in einen Dönerladen. Weil ihr Handy leer war, bat sie den Verkäufer, die Polizei zu rufen. Der lehnte ab. Auch niemand von den Gästen war bereit, ihr zu helfen.

„Draußen sammelte der Typ seine Dealerfreunde. Einer ... schrie mich an – ich sei eine dreckige Schlampe, sie würden mich mit dem Messer ... aufschlitzen, sobald ich den Laden verlasse.“

Schließlich rief ein Paar aus Israel die Polizei. Die kam erst, als die Dealer bereits verschwunden waren. Berliner Alltag 2016.

»Warum immer so hässlich?«

Star-Architekt Kollhoff fordert neues »Aufbau-Pathos« für Berlin

In Berlin werden mehr Wohnungen gebaut, wie neue Zahlen zeigen. Doch der Engpass am Wohnungsmarkt ist bei Weitem nicht überwunden. Der Architekt Hans Kollhoff fordert nun ein nationales Bauprojekt für Berlin. Sein Vorbild ist der Stalinismus, die Karl-Marx-Allee.

Hans Kollhoff ist an der Spree kein Unbekannter. Der international renommierte Architekt baute in Frankfurt, Amsterdam und Berlin – hier den 25 Etagen hohen Kollhoff-Tower im Quartier Potsdamer Platz. Im Jahr 2009 war er im Wettbewerb um das wiederaufzubauende Berliner Schloss Zweitplatzierter und klagte – vergebens.

Der Architekt ist zudem verantwortlich für den Masterplan zur baulichen Entwicklung des Alexanderplatzes. Für den seit rund 20 Jahren gültigen Entwurf musste Kollhoff inzwischen einige Änderungen akzeptieren: Seine noch 2015 verkündete Vorstellung zusätzlicher Hochhäuser wurde nach breiter Kritik auf acht reduziert. Konkrete Baupläne existieren nur für zwei der Wolkenkratzer. Der Denkmalschutz setzte zudem gegen Kollhoffs ursprüngliche Idee den Erhalt von DDR-Architektur am Alex durch.

> Verblüffendes Vorbild: Die alte Stalinallee

Nun kritisiert er, im Vergleich mit Bauten der Moderne in Europas Metropolen biete Berlin „abgehalfterten sozialen Wohnungsbau“. Im Westen der Stadt sei nach dem Krieg der Architekt Hans Scharoun verantwortlich für die „lächerlichen Ideen“ gewesen. Diese Ideen seien auf dessen „Obsession zurückzuführen, auf paradiesisch gesäubertem Grund neu anzufangen“. Beim Blick auf Bauten im Ostteil hingegen „fährt einem die Erkenntnis schockartig in die Glieder, welche gewaltige städtebauliche und architektonische Leistung die ehemalige Stalinallee ist“. Hier stehe „das einzige Beispiel deutscher Stadtbaukunst und Architektur, die an die große Tradition des 19. Jahrhunderts anknüpfen konnte und den Vergleich nicht zu scheuen brauchte mit den europäischen und amerikanischen Großstädten“.

Kollhoff fragt in Anlehnung an die 1961 in Karl-Marx-Allee umbenannte Straße nach einem neuen „Aufbau-Pathos“. „Es soll hier nicht dem Sozialismus das Wort geredet werden, aber das Bauen in der Demokratie muss nicht zwangsläufig provisorisch, ungemütlich und, ja, hässlich daherkommen.“ Von den Volksvertretern seien nun „prinzipielle Entscheidungen“ gefragt. Laut Kollhoff stehe ein grundlegender Wandel im Berliner Bauen bevor. *SG*

Grüne Zuversicht

Magdeburg: Neue Koalition nimmt Form an

Nach der Verfassung von Sachsen-Anhalt muss bis Ende April eine Landesregierung stehen. Da die CDU keine Neigung zeigt, aus der bürgerlichen Mehrheit mit der AfD eine entsprechende Koalition zu formen, müssen die Christdemokraten nun mit der SPD und den Grünen eine Landesregierung bilden. Sonst drohen Neuwahlen.

> Bis Ende April muss die Regierung stehen

Während SPD und CDU schon seit 2006 zusammen regieren, opponierten die Grünen in den vergangenen Jahren besonders heftig gegen die Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik des Landes. Die Grünen haben mit dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -nutzung geworben, die Verzögerung (und damit die Verteuerung) des Weiterbaus der Nord-Süd-Autobahn A 14 unterstützt und redeten einem Ende der „Sparpolitik“ das Wort. Die Partei ist auch gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks.

Schließlich treten die Grünen für eine vermehrte Zuwanderung von „Flüchtlingen“ nach Sachsen-Anhalt ein. Landeschefin Claudia Dalbert nannte die Forderung von CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff nach Obergrenzen „populistisch und unverantwortliche Panikmache“. Sie will stattdessen „willkommen heißen und insgesamt alles dafür tun, dass Sachsen-Anhalt attraktiv für Zuwanderung wird“.

Co-Landeschefin Cornelia Lüddemann sagte, sie sehe gute Chancen, bei den Sondierungsgesprächen grüne Inhalte einzubringen. Das setzt voraus, dass die CDU sich den grünen Forderungen beugt. Sonst müssten die Grünen viele ihrer Ziele über Bord werfen, um an die ersehnten Ministerposten zu gelangen. *Hans Lody*

Gefahr für die Spree

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall will aus dem Ende 2015 stillgelegten Tagebau Cottbus-Nord mit 126 Millionen Kubikmetern auf 1900 Hektar Fläche den größten künstlichen See Deutschlands machen. Geplant sind die „längste Strandpromenade zwischen Rostock und Rimini“, Marinas, Wasserski-Anlagen und Naturschutzgebiete. Der See soll aus der Spree gespeist werden und der endgültige Wasserspiegel bei 62,5 Metern über dem Meeresspiegel liegen. Das Gewässer soll den Namen „Ostsee“ erhalten und bewusst Assoziationen wecken, denn es ist von bis zu 80 Zentimeter hohen Wellen auf dem Binnensee die Rede. Dieser touristische Traum ruft allerdings auch Kritiker auf den Plan. Sie befürchten eine hohe Eisenkonzentration und hohe Sulfatwerte in dem in die Spree zurückgeleiteten Wasser. Zudem bestehe durch die große Wasserfläche die Gefahr hoher Verdunstung, die zum Austrocknen der Spree führen und die Trinkwasserversorgung Berlins gefährden könne. *J.H.*

MELDUNGEN

Gute Aufträge wegen Krieg

Moskau – Russland verdient gut am Syrienkrieg, wo es seine neueste Waffengeneration im Einsatz präsentiert. Nach Angaben Putins seien die Auftragsbücher russischer Rüstungsbetriebe mit 56 Milliarden US-Dollar gut gefüllt. Das sagte der russische Präsident während einer Sitzung der Kommission für die militärtechnische Kooperation mit dem Ausland. Russland belege stabil Platz zwei unter den weltgrößten Waffenlieferanten. Zu den Abnehmern russischer Militärtechnik zählen neben den GUS-Staaten Indien, Ägypten, Vietnam, China und Algerien. Neue Waffenmärkte würden derzeit in Afrika, Lateinamerika, Südasien und im Nahen Osten erschlossen, während die militärtechnische Kooperation mit Europa gegen null tendiere. *MRK*

Gerücht um Gaddafi-Tochter

Maskat – Die Tochter des 2011 gestürzten und ermordeten libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi, Aisha al-Gaddafi, schmiedet unbestätigten Informationen zufolge Pläne für eine Wiedererrichtung des Gaddafi-Regimes unter ihrer Führung. Nach einem Zwischenstopp in Algerien lebt die 1976 geborene Aisha seit 2012 im Oman. Die als aufbrausend geltende Gaddafi-Tochter ruft demnach ihre Landsleute auf, gegen die Rebellen und die Nato, welche das Regime ihres Vaters gestürzt hatten, die Waffen zu erheben. Sie will laut den Meldungen in den kommenden Monaten eine „geheime Regierung“ aus prominenten Libyern bilden. Die einstige Armee ihres Vaters kritisiert sie angeblich scharf. Deren Angehörige seien korrupt gewesen, hätten für den gekämpft, der sie bezahlt. Damit indes kritisiert sie auch die Politik ihres Vaters, der sich vielfach auf ausländische Söldner gestützt hatte. *H.H.*

Brexit-Befürworter holen auf

Massenzuwanderung von außerhalb und innerhalb der EU spielt Brüssels Gegnern in die Karten

Aktuelle Umfragen sprechen dafür, dass Großbritanniens Verbleiben in der Europäischen Union keineswegs sicher ist. Wenige Monate vor dem Referendum über den Ausstieg des Landes aus der EU haben die Befürworter eines solchen Schrittes stark hinzugewinnen können.

Nach einer kürzlich veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos Mori liegen die Gegner eines EU-Austritts nur noch mit wenig Vorsprung vor den Befürwortern eines sogenannten Brexit. So sprachen sich 49 Prozent der im März Befragten für einen Verbleib in der EU aus. Abgenommen hatte dieses Lager damit fünf Punkte im Vergleich zum Februar. Für einen Ausstieg waren dagegen 41 Prozent nach 36 Prozent vor einem Monat.

Politische Beobachter führen eine Reihe von Gründen für das starke Aufholen der EU-Skeptiker an. Nicht überzeugt hat viele Briten, was Premier Cameron bisher an Zugeständnissen mit Brüssel ausgehandelt hat, um einen EU-Austritt zu verhindern. Eine große Rolle spielt ebenso der Eindruck, den die EU momentan hinterlässt.

In Brüssel wirkt man überfordert, eine Lösung für die anhaltende illegale Massenzuwanderung, aber auch für Probleme im Zuge der innereuropäischen Migration zu finden. Umfragen zufolge sehen mehr als die Hälfte der Briten gerade die Zuwanderung als das größte Problem für Großbritannien an. Vor diesem Hintergrund wiegt der aufgetauchte Verdacht schwer, dass Großbritanniens Zuwanderungsstatistik eine riesige Lücke aufweist, möglicherweise sogar über Jahre bewusst manipuliert wurde.

Bereits am 10. März musste das britische Office for National Statistics (ONS) zugeben, dass die angegebene Zahl der ins Land gekommenen EU-Ausländer erheblich von der Zahl der ausgegebenen Sozialversicherungsnummern abweicht. So sollen sich seit Juni 2010 nur rund 904 000 EU-Ausländer in Großbritannien niedergelassen haben. Ausgegeben wurden aber für den fraglichen Zeitraum 2,2 Millionen Sozialversicherungsnummern für EU-Ausländer. Für das Jahr 2015 klaffen die Zahlen besonders auseinander: Offiziell zogen 257 000 EU-Bürger ins Vereinigte Königreich, jedoch fanden gleichzeitig 630 000 Menschen aus den EU-Staaten Aufnahme in das staatliche Versicherungssystem. Darunter befinden sich 209 000 Rumänen und Bulgaren, obwohl sich angeblich im gleichen Zeitraum nur 55 000 Bürger dieser beiden Länder auf der Insel niedergelassen haben sollen. Inzwischen wird gefordert, dass öffentlich gemacht wird, wie viele „aktive“ Sozialversicherungsnummern existieren, mit denen auch tatsächlich Steuern bezahlt oder Sozialleistungen beansprucht werden. Für Misstrauen hat inzwischen zusätzlich gesorgt, dass sich die Finanzbehörde Her Majesty's Revenue and Customs (HMRC) unter Berufung auf Kostengründe seit drei Monaten konsequent weigert, geforderte Informationen herauszugeben.

Staatliche Stellen stehen im Verdacht, das Ausmaß der Zuwanderung zu verschleiern

Inzwischen werden im Zusammenhang mit einem Brexit auch mögliche außenpolitische Aspekte diskutiert, etwa die Frage, welche Zukunft Gibraltar nach einem Ausstieg Großbritanniens aus der EU hat. Spanien hat den Anspruch auf das bereits im Frieden von Utrecht 1713 verlorengegangene Gebiet nie aufgegeben.

Nicht zuletzt in Gibraltar selbst sind Befürchtungen aufgekommen, Spanien könnte die Gelegenheit nutzen, nach einem britischen EU-Ausstieg die Insel wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Stützen können sich solche Befürchtungen auf Äußerungen wie die von Spaniens Außenminister José Manuel García-Margallo y Marfil. Der Politiker der Partido Popular hatte mit dem Bau eines Grenzzauns zu Gibraltar gedroht, falls es zu einem Brexit kommen sollte. Eine Grenzschließung könnte drastische Folgen haben – für Gibraltar, aber auch für viele Spanier. Offiziell arbeiten in dem britischen Überseegebiet 10 000 Grenzgänger, zumeist aus der spanischen Nachbarstadt La Linea. Geschätzt wird, dass noch einmal die gleiche Zahl von Spaniern unangemeldet in Gibraltar arbeitet, etwa als Haushaltshilfen.

Dass die Mehrheit der Einwohner Gibraltars für einen Verbleib in der EU ist, dürfte allerdings nicht nur an den spanischen Revanchephantasien liegen. Gibraltar genießt innerhalb der EU einen Sonderstatus samt lukrativer Privilegien. So gibt es in dem britischen Überseegebiet mit seinen nur sieben Quadratkilometern Fläche keine Mehrwertsteuer. Zudem hat Gibraltar den Status einer Freihandelszone, angesiedelte Unternehmen werden pauschal nur mit zehn Prozent versteuert. Als Folge haben Tausende Unternehmen, etwa aus dem Finanzsektor, offiziell ihren Sitz nach Gibraltar verlagert, um von den Sonderkonditionen zu profitieren.

Nicht sicher vor diesem Hintergrund ist, ob Gibraltar sich mit seinem Mutterland von der EU verabschieden würde, wenn im Juni die Befürworter eines Austritts siegen. Bereits im vergangenen Jahr wurde berichtet, dass für den Fall eines Brexit Gibraltar eine eigene, besondere Mitgliedschaft in der EU anstreben könnte. *Norman Hanert*



London, Ecke Great George und Parliament Street: Sitz der britischen Finanzbehörde HMRC Bild: Mauritius

Schulterschluss mit Teheran

Das Kurdenproblem lässt die Türkei die Nähe des Iran suchen

Als der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu vom EU-Türkei Gipfel am 18. März nach Hause flog, wartete dort schon der iranische Außenminister Mohammad Jawad Zarif auf ihn. Erst zwei Wochen zuvor war Davutoglu selbst in Teheran gewesen, um eine Verbesserung der iranisch-türkischen Beziehungen einzuleiten. Die beiden Staaten sind zwar religiös verfeindet und stehen im Syrienkrieg auf unterschiedlichen Seiten, aber sie haben mit den Kurden ein gemeinsames Problem.

Durch die sich häufenden Attentate der PKK und ihrer Trittbrettfahrer im Herzen der Türkei sowie die Ausrufung einer autonomen kurdischen Region in Nordsyrien hat die Lösung des Kurdenproblems in den Augen Ankaras eine neue Dringlichkeit gewonnen. Der Iran ist zwar im Gegensatz zur Türkei ein mehrheitlich von Schiiten bewohnter Staat, aber der Iran hat auch ein Kurdenproblem und er erscheint im Augenblick der einzige Staat mit einer großen kurdischen Minderheit zu sein, der in der Lage ist, diese in Schach zu halten. Von daher hat sich Davutoglu sicher auch neue Hinweise in Teheran erhofft, was das Erfolgsrezept der Iraner im Umgang mit ihren Kurden ist, die zu Zeiten des Schahs noch zu den rebellischsten zählten, was man heute kaum noch glauben mag.

Sicher weiß man auch in Ankara, dass ein Schlüssel zur Lösung der Kurdenfrage im Bürgerkrieg in Syrien liegt. Nur wenn dieser beendet wird – und Ankara hat in den letzten Jahren dazu wenig getan, ganz im Gegenteil – können auch die Kurdenregionen wieder zur Ruhe kommen. Da der von Ankara gefürchtete neue Kurdenstaat den Zerfall Syriens mit seiner großen kurdischen Minderheit im Norden voraussetzt und Teheran einer, wenn nicht gar der stärkste Verbündete des syrischen Machthabers Baschar al-Assad ist, war ein Bekenntnis zum territorialen Bestand Syriens in seiner heutigen Form ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen zwischen beiden Ländern.

Beide Staaten vereint eine starke kurdische Minderheit

Wie aus Delegationskreisen verlautete, soll die Türkei sogar, was die Personalie Baschar al Assad betrifft, bedeutende Zugeständnisse gegenüber dem Iran gemacht haben. Man sei bereit, Baschar für eine Übergangsperiode zu dulden, heißt es aus gut informierten Kreisen, wenn man von der Türkei nicht verlange, dies öffentlich zu erklären. Auch den illegalen Waffenhandel und Ölschmuggel durch sein Territorium wird die Türkei jetzt stärker kontrollieren. Die Türkei soll sogar gegenüber Teheran ihre Vermittlerdienste angeboten haben, um die abgebrochenen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Die Iraner sollen ihrerseits angeboten haben, ihren Einfluss bei Waldimir Putin geltend zu machen und die am Boden liegenden russisch-türkischen Beziehungen wieder zu kitten.

Die Kurden tragen bislang die Hauptlast des Kampfes gegen den Islamischen Staat, aus dem sich die Türkei in den letzten Monaten seit dem Eingreifen Russlands mehr und mehr herauszieht. Die Türkei vertritt weiterhin ihr Projekt einer Pufferzone in Nordsyrien, der einen Keil zwischen die beiden kurdischen Siedlungsgebiete Syriens treiben soll. Dieses Projekt, das zunächst die Unterstützung Washingtons gefunden hatte, wurde jedoch in letzter Zeit mehr und mehr fallen gelassen, gerade weil die USA und auch Moskau die Kurden für ihre Pläne zur Neugestaltung des Nahen Ostens brauchen. *Bodo Bost*

Terrorziel Kernkraftwerke

Insbesondere Frankreich mit seinen vielen AKW ist bedroht

Der Anti-Terror-Beauftragte der Europäischen Union, Gilles de Kerchove, hat vor einem Angriff auf belgische Atomanlagen gewarnt. „Ich wäre nicht überrascht, wenn in den nächsten fünf Jahren das Internet genutzt würde, um einen Angriff zu verüben“, so de Kerchove gegenüber der belgischen Zeitung „La Libre Belgique“. Der EU-Beauftragte sieht die Gefahr, dass Attentäter durch einen Hakker-Angriff die Kontrolle über die Schaltzentrale eines Atomkraftwerks übernehmen.

Einige Indizien sprechen tatsächlich dafür, dass Islamisten Nuklearanlagen in Europa bereits als Terrorziele ansehen. Wie von niederländischen Medien im Oktober 2014 enthüllt wurde, hat ein belgischer Dschihadist drei Jahre lang als Techniker im Hochsicherheitsbereich von Belgiens ältestem Kernkraftwerk Doel nahe Antwerpen gearbeitet. Beunruhigend ist, dass der gebürtige Marokkaner alle Sicherheitsprüfungen durch die belgischen Behörden problemlos überstanden hatte. Der 26-Jährige wurde beschäftigt, obwohl er zu den besonders aktiven Mitgliedern der radikal-islamischen Terrororganisation „Sharia 4 Belgium“ gehörte. Im Jahr 2014 machte sich der Kernkraftwerkstechniker mit belgischem Pass sogar nach Syrien auf, wo er bei einem Kampfeinsatz für den Islamischen Staat getötet wurde.

Im Februar dieses Jahres ist einem Bericht der belgischen Tageszeitung „De Standaard“ zufolge bei einer Razzia in der Wohnung eines Terrorverdächtigen eine zehnstündige Videoaufnahme vom Haus eines hohen Mitarbeiters der belgischen Nuklearbehörde gefunden worden. Der zu seinem Schutz nicht identifizierte Mann soll in Belgiens Nuklearzentrum in Mol arbeiten. Die dortige Anlage zählt weltweit zu den größten Produktionsanlagen für radioaktive Isotope. Diese gelten als ein mögliches Mittel, um eine sogenannte schmutzige Bomben zur Verstrahlung größerer Flächen bauen zu können.

EU-Beauftragter warnt vor Angriff über das Internet

Auch wenn es momentan Belgien ist, das meist im Zusammenhang mit Anschlagsvorbereitungen auf nukleartechnische Anlagen genannt wird, könnte Frankreich viel gefährdeter sein. Dort befinden sich, verteilt über das ganze Land, 58 kommerziell genutzte Reaktoren in Betrieb. Mehrfach hat sich gezeigt, dass ähnlich wie in Belgien auch die französischen Behörden bei der Überwachung von bereits identifizierten militanten Islamisten versagt haben.

Auch wenn dies bislang nicht groß in der Öffentlichkeit thematisiert wird, können Kernkraftwerke ein leichtes Ziel für Terroristen abgeben. Inzwischen gibt es nämlich sehr effektive bunkerbrechende Waffen, sogenannte Bunker-Buster, die tragbar sind. Kleingruppen von Terroristen, die im Besitz solcher Waffen sind, könnten immensen Schaden anrichten. Ziel eines Anschlags bräuchte dabei nicht einmal der eigentliche Reaktor zu sein, die Peripherie von Nuklear-Anlagen würde bereits genügen. So hat sich im Fall der Katastrophe von Fukushima gezeigt, dass Reaktoren zwar grundsätzlich durchaus ein starkes Erdbeben überstehen können, sich dann aber ein Ausfall der Notstromversorgung als wunder Punkt entpuppt. Um die Gefahr durch tragbare bunkerbrechende Waffen auszuschließen, wären eigentlich militärische Sperrgebiete rund um die Kernkraftwerke notwendig. *N.H.*

Hollande setzt alles auf eine Karte

Frankreichs Präsident macht eine erneute Kandidatur von einer liberalen Arbeitsmarktreform abhängig

Der französische Staatspräsident François Hollande setzt alles auf eine Karte. Eine heftig umstrittene Arbeitsmarktreform soll eine Trendwende herbeiführen. Davon macht er eine erneute Kandidatur im kommenden Jahr abhängig.

Die Beliebtheitswerte des Präsidenten befinden sich seit einer gefühlten Ewigkeit im Keller. Lediglich sein Krisenmanagement nach den beiden Terroranschlägen in Paris im vergangenen Jahr verschaffte ihm eine kurze Atempause. Doch innenpolitisch kommt er nicht auf die Beine. Die wirtschaftlichen Daten sind besorgniserregend, im Schatten der Flüchtlingskrise könnte in Frankreich ein neuer Brandherd innerhalb der EU entstehen. Die Arbeitslosigkeit hat unlängst ein neues Rekordniveau erreicht. Ende Februar waren mehr als 3,59 Millionen Menschen ohne Job gemeldet. Das sind 2,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die europäische Statistikbehörde Eurostat sah die Quote Ende Januar mit 10,2 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die 4,3 Prozent in Deutschland.

Die französische Regierung will nun mit einem neuen Gesetz die starren Regeln des französischen Arbeitsrechts durch mehr Flexibilität ersetzen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen die Möglichkeit haben, auf Betriebsebene über die Ausgestaltung von Arbeitszeiten zu verhandeln. Für Arbeitsministerin Myriam El Khomri ist das „ein neuer Elan für die soziale Demokratie“. Dem linken Flügel der regierenden Sozialisten ist es der Tabubruch schlechthin. Er fürchtet, auf diesem Weg könne der Abschied von der 35-Stunden-Woche quasi durch die Hintertür beschlossen werden. El Khomri bezeichnete den Entwurf als ausgewogen. Er enthalte Erleichterungen für Unternehmen, zugleich aber auch neue Rechte für Arbeitnehmer. So sollten zum Beispiel Schulabbrecher stärker unterstützt werden, teilte sie dem Pariser Büro der Deutschen Presse-Agentur (dpa) mit.

In der vergangenen Woche streikten in Frankreich die Bahnen und öffentliche Verkehrsunternehmen, Schulen und Universitäten blieben geschlossen. Insgesamt kam es in 200 Städten zu Demonstrationen und Streik-Aktionen. Am vergangenen Sonnabend gingen in der Hauptstadt mehrere Zehntausend Menschen auf die Straße. Teilweise wurde der Rücktritt von Premierminister Manuel Valls und Präsident Hollande gefordert.

> Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung spricht von einer »(sozial)politischen Bombe«

Die ehemalige Arbeitsministerin in seinem Kabinett, Martine Aubry, führt die Proteste an. Sie gilt in Frankreich als „Mutter der 35-Stunden-Woche“ und sprach von „einer Schande für die politische Linke“. Als Hollande kürzlich eine große Pariser Landwirtschaftsmesse eröffnete, flog Kuhmist und es hagelte Schimpfwörter wie „Mistkerl“, „Idiot“ und „Nichtsnutz“. „Tritt zurück“, schrien wütende Bauern, die schwarze T-Shirts mit der Aufschrift trugen: „Ich bin Viehzüchter, ich sterbe.“

Die Landwirte sind eine weitere große Baustelle Hollandes. Sie klagen über zu niedrige Milchpreise, für die sie die Europäische Union verantwortlich machen, und fordern von der Politik Zuschüsse in Milliarden-Höhe. Dabei gilt Frankreich schon jetzt als „Europameister“ innerhalb der Union, was Transferleistungen angeht.

Hollande und seine Regierung sind offenbar bemüht, die Ausgaben des Staates zu senken und die Rolle der Unternehmer zu stärken. So entspricht der Gesetzesentwurf weitgehend einem Vorschlag des Unternehmerverbandes Medef.

„Zu viel ist zu viel!“, schrieben Ex-Parteichefin Martine Aubry und eine Reihe weiterer linker Kritiker in einem offenen Brief: „Es zeichnet sich nicht mehr nur das Scheitern seiner fünfjährigen Amtszeit ab, sondern eine dauerhafte Schwächung Frankreichs.“ Eine Internetpetition gegen das Gesetz unterzeichnete innerhalb von drei Wochen mehr als eine Million Menschen. Die Tageszeitung „Le Parisien“ führte eine repräsentative Befragung durch, wonach 70 Prozent der Franzosen das Gesetz ablehnen.

Die Stimmung verschlechtert sich von Woche zu Woche. Kürzlich kam es während einer Demonstration zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei. Ein Video scheint den Schlag eines Polizisten gegen eine von anderen Beamten festgehaltene Person zu dokumentieren. Daraufhin flogen bei einer weiteren Demonstration Pflastersteine gegen Beamte. Im französischen Fernsehen wurden bereits Parallelen zu den Unruhen im Jahre 1968 gezogen. „Der politische Effekt des Gesetzes ist desaströs“, erklärte Professor Henrik Uterwedde vom Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg gegenüber der dpa. Eine Analyse des Pariser Büros der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung bezeichnet die Reform als „(sozial)politische Bombe“ und sagt die „voraussichtlich härteste Zerreißprobe der Legislaturperiode“ für die französische Linke voraus.

Während sich die Linke zerlegt, bemühen sich die Oppositionsparteien um Zurückhaltung. Ursprünglich befürworteten die Konservativen die Reform. Nach dem Aufkommen der Proteste verwiesen sie dann darauf, dass es sich um „eine regierungsinterne Angelegenheit“ handele. Auffallend ruhig ist es derzeit auch um Marine Le Pen und ihren Front National. Ihre Nichte, die Parlamentsabgeordnete Marion Maréchal-Le Pen, bezeichnete das Gesetz zunächst noch „als gute Idee, um die Wirtschaft anzukurbeln“. Die Tante pfiff sie kurzerhand zurück: „Es ist nicht an der Zeit, um Dummheiten zu erzählen.“ Die Stimmung sei zurzeit derart positiv für die Rechtspartei, dass Nichtstun am besten sei, heißt es in ihrem Umfeld.

Peter Entinger



Hollandes Reform bringt in Frankreich viele auf die Straße: Proteste in Nantes Bild: action press

MELDUNGEN

EU-Firmen flirten mit Russland

Moskau – Während sich viele deutsche Unternehmen wegen Sanktionen und Wirtschaftskrise aus Russland zurückgezogen haben, gibt es auch europäische Firmen, die planen, einen Teil ihrer Produktion nach Russland zu verlegen. Schoeller-Allibert, ein niederländischer Hersteller von Kunststoff-Mehrwegverpackungen etwa, sucht derzeit neue Produktionskapazitäten in St. Petersburg, Wladimir und Nischnij Nowgorod. Wegen des schwachen Rubel wird Russland aber auch für Modeketten als Produktionsstandort wieder attraktiv. Das Modehaus Zara überlegt, in Russland produzieren zu lassen. Verhandlungen laufen auch mit Hennes & Mauritz. *MRK*

Maulkorb für Kammern

Leipzig – Allgemeinpolitische Äußerungen von Industrie- und Handelskammern sind nicht mit dem Kammerzwang vereinbar. Das hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Damit gab es einem Windkraft-Unternehmer aus Münster recht, der den Austritt seiner Kammer aus dem Dachverband Deutscher Industrie- und Handelskammertag verlangt hatte, da dieser sich wiederholt zu umwelt-, bildungs- und sozialpolitischen Fragen geäußert hatte. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.556.582.388 €
Vorwoche: 2.026.485.850.933 €

Verschuldung pro Kopf:
24.878 €
Vorwoche: 24.877 €

(Dienstag, 5. März 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Nun auch der Tourismus

Die türkische Volkswirtschaft schwächelt an vielen Stellen

Im Schatten der innenpolitischen Zuspitzung verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage in der Türkei zunehmend. Als regelrechtes Desaster gilt inzwischen bereits das Tourismusjahr 2016. Wie von „hurriyetdailynews“ berichtet wurde, rechnet man in der Branche inzwischen mit Einnahmeverlusten, die sich bis zum Jahresende auf umgerechnet zwölf Milliarden US-Dollar aufsummieren könnten.

Regelrecht weggebrochen sind in den vergangenen Monaten vor allem die Buchungszahlen russischer Touristen, die bislang die größte Gruppe der Türkeibesucher stellten. Als Ursache angeführt wird der Abschuss eines russischen Militärflugzeugs durch die türkische Armee im Herbst vergangenen Jahres. Inzwischen haben die jüngsten Terroranschläge dazu geführt, dass nun auch noch viele deutsche Touristen wegbleiben. Medienberichten zufolge liegen die Buchungen für die kommende Sommersaison 40 Prozent unter dem Wert des Vorjahres.

Für die Türkei kündigen sich damit auch auf wirtschaftlichem Gebiet sehr schwierige Zeiten an. Eine Krise der Tourismusindustrie hat nämlich das Potenzial, wie ein Brandbeschleuniger in einer ohnehin wirtschaftlich angeschlagenen Türkei zu wirken. So sind im Fremdenverkehr sieben Prozent der türkischen Erwerbsbevölkerung beschäftigt. Der Tourismus steuert bislang immerhin vier Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet, stehen inzwischen Tausende von Tourismusbetrieben zum Verkauf.

Es ist damit zu rechnen, dass die eingebrochenen Buchungszahlen auch auf andere Sektoren wie die Landwirtschaft durchschlagen werden. Die Einnahmeverluste im Fremdenverkehr drohen, die chronisch negative Leistungsbilanz weiter zu verschlechtern. Bislang hatten die Einnahmen aus dem Tourismus sie etwas abgefedert.

> Staatsschulden, Zahlungsbilanzdefizit, Teuerung

Unter Druck geraten wird damit wahrscheinlich auch die ohnehin schwächelnde türkische Währung. Schon jetzt liegt die Teuerungsrate deutlich über der von der Zentralbank anvisierten Zielmarke von fünf Prozent. Dass im Januar die Inflationsrate sogar bei 9,6 Prozent gelegen hat, wird von Experten der österreichischen „Raiffeisen Capital“ auf eine massive Anhebung des Mindestlohns und administrative Preisfestlegungen zurückgeführt. Bemerkbar gemacht hat sich damit ein Wahlversprechen, das die Regierungspartei AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan vor den Wahlen im November 2015 gegeben hatte. Zwar half die damals zugesagte Erhöhung des Mindestlohns um 30 Prozent der AKP, die absolute Mehrheit im Parlament zurückzugewinnen, gelitten hat dadurch allerdings die Wettbewerbsfähigkeit der Türkei. Inzwischen will man in Ankara offenbar Unternehmen, die wegen der zusätzlichen Kosten in Schwierigkeiten geraten, mit Steuergeldern subventionieren. Da inzwischen auch schon Staatshilfen für den Tourismussektor angekündigt wurden, könnte dies zu weiteren Belastungen des Staatshaushalts führen.

Um Staatsschulden günstig finanzieren zu können, warnt Erdogan – dabei unterstützt von regierungsnahen Medien und Ministern – die Zentralbank des Landes regelmäßig davor, die geldpolitischen Zügel wieder zu straffen, und dieses trotz der hohen Inflationsrate. *Norman Hanert*

Lebensmittel per Mausklick?

Noch besuchen die Deutschen lieber den Supermarkt

Für Millionen von Deutschen gehört es seit Jahren zu einem festen Ritual. Wer zu faul ist zum Kochen, nimmt den Zettel eines Lieferservice zur Hand und bestellt. Früher ging dies bevorzugt per Telefon, seit Jahren boomt die Bestellung per Mausklick. Parallel dazu floriert auch der Online-Handel mit Kleidung und Einrichtungsgegenständen.

Nur ein neues Geschäftsmodell steckt immer noch in den Kinderschuhen. Nur elf Prozent der Erwachsenen in Deutschland haben sich schon einmal normale Supermarkteinkäufe nach Hause liefern lassen, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur (dpa) ergab. Das Institut für Handelsforschung (IFH) in Köln schätzt den Anteil der im Netz bestellten Lebensmittel am Gesamtumsatz im laufenden Jahr auf gerade einmal 1,1 Prozent.

Dabei finden sich immer mehr Investoren, die bereit sind, in diesen Geschäftszweig zu investieren. „Unter den fünf größten Wagniskapitalinvestitionen in Deutschland waren 2015 nach Erhebungen der Beratungsgesellschaft Ernst & Young (EY) gleich drei Food-Unternehmen“, schreibt die „Schwäbische Zeitung“.

Einer der Profiteure ist das Unternehmen „Hello Fresh“, das insgesamt 185 Millionen Euro akquirierte. Die Firma flutet derzeit die Sozialen Netzwerke mit Werbeanzeigen. Das Unternehmen aus Berlin liefert im Abonnement bebilderte Kochanleitungen samt genau portionierten ausgewählten Zutaten direkt nach Hause. Doch bei der Lieferung hapert es offenkundig. Das Nachrichtenmagazin „Stern“ hat den Service getestet und ist zu dem Schluss gekommen, „dass er für Berufstätige nicht unbedingt geeignet ist“. Die Lieferung war tagelang unterwegs, „gerade im Sommer dürfte es schwierig sein, frische Dinge zu transportieren“, heißt es.

> Am Ende wird sich der Markt wohl über den Preis regeln

Was das Geschäft mit dem Essen für Investoren so attraktiv mache, sei die einfache Skalierbarkeit des Geschäftsmodells, sagte Peter Lennartz von Ernst & Young der dpa: „Umsatz und Gewinn steigen mit der Zahl der Kunden, ohne dass die Kosten im gleichen Maße wachsen.“ Max Thinius, Sprecher des Forums Lebensmittel beim Bundesverband E-Commerce und Versandhandel, glaubt, dass viele Logistikunternehmen bei der Lieferung von Lebensmitteln bereits Lernprozesse absolviert hätten. „Der Kunde möchte seine Bestellung in der Regel nicht möglichst schnell gebracht bekommen, sondern zu einem bestimmten, von ihm festgelegten Zeitpunkt“, sagt Thinius. Einen tiefgekühlten Fisch kann man zwar quer durch die Stadt transportieren, doch was passiert, sollte der Kunde wider Erwarten nicht zu Hause sein? „Das ist die entscheidende Frage“, sagt Thinius, der von einem Wachstumsmarkt spricht.

So betreiben die Handelsketten Rewe, Edeka und Tengelmann bundesweit Lieferdienste. Online-Händler wie Lebensmittel.de und Food.de beliefern aus Zentrallagern die Republik. Selbst Amazon will sein Lebensmittelangebot ausbauen. Marktanalysten glauben, dass bis 2020 bis zu 15 Prozent der Lebensmittel übers Internet verkauft werden.

Am Ende wird sich der Markt wohl über den Preis regeln. Ein Vergleich zeigt: Aufgrund von Liefergebühren und „Frischezuschlägen“ kostet ein Online-Einkauf zwischen vier und zwölf Euro mehr als ein Supermarktkauf. *P.E.*

Stellvertreterkrieg

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Zwischen den Ex-Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan gibt es seit über 20 Jahren Streit um das Gebiet Berg-Karabach, das zwar völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört, in dem aber mehrheitlich christliche Armenier leben, weshalb auch Armenien Anspruch auf die Region erhebt.

Am vergangenen Wochenende kam es in der Region nun überraschend zu schweren Kampfhandlungen, denen 30 Menschen zum Opfer fielen. Überraschend ist der Zeitpunkt und die Heftigkeit, mit der die Konfliktseiten aufeinanderprallen. Vereinzelt hat es immer wieder Schusswechsel in dem „eingefrorenen“ Konflikt gegeben, der nun nach 22 Jahren wieder aufzuflammen droht.

Merkwürdig, dass dies gerade jetzt geschieht, wo die beiden großen Nachbarstaaten Russland und Türkei wegen des Abschusses eines russischen Kampfjets an der türkisch-syrischen Grenze miteinander im Dauerclinch liegen. Merkwürdig auch, dass kurz vor den Gefechten beide Staatsoberhäupter, der armenische Präsident Sersch Sargsjan und sein aserbaidschanischer Amtskollege Ilham Alijew, gleichzeitig in Washington weilten, um am Nukleargipfel teilzunehmen.

Da stellt sich unwillkürlich die Frage, wer ein Interesse an einer Neuauflage des Bergkarabach-Konflikts haben könnte? Sowohl Russland, die Türkei als auch die USA könnten den Konflikt geschürt haben, um sich im geostrategischen Machtgerangel zur Schutzmacht einer der Konfliktparteien aufzuschwingen. Der Kaukasus ist ein Vielvölkergebiet, in dem die unterschiedlichsten Interessen aufeinandertreffen.

> West und Ost ringen um Einfluss

Aserbaidschan versteht sich selbst als „Brücke zwischen Asien und Europa“. Aufgrund seiner Lage zwischen Europa und Zentralasien hat das Land nicht zuletzt auch als Erdölexporteur geopolitische Bedeutung. Aserbaidschan ist Bestandteil der West-Ost-Achse (USA, Türkei, Georgien, Aserbaidschan), Armenien dagegen der konkurrierenden Nord-Süd-Achse (Russland, Armenien, Iran).

Russland versteht sich als Schutzmacht Aremeniens und unterhält eine Militärbasis dort. In den vergangenen Jahren hat Moskau Armenien großzügig mit Waffen ausgestattet. Aserbaidschan hat in den vergangenen fünf Jahren ebenfalls kräftig aufgerüstet. Ein Großteil seiner Waffen kaufte Baku in Russland.

Es ist zu befürchten, dass im Kaukasus ein neuer Stellvertreterkrieg vom Zaun gebrochen werden könnte, denn der überwiegend islamische Staat Aserbaidschan hat gute Beziehungen zur Türkei. Der türkische Präsident Erdogan tönte unmittelbar nach den Kampfhandlungen, er sei bereit, Aserbaidschan „bis zum Letzten“ zu verteidigen.

Wladimir Putin ist dagegen um eine Beilegung des Konflikts bemüht. Er zeigte sich zutiefst besorgt über die Gewalteskalation in den beiden Ex-Sowjetrepubliken. Nicht ohne Grund: Neben den Kriegen in den zur russischen Einflussphäre zählenden Ländern Syrien und Ostukraine kann Moskau sich angesichts der angespannten Wirtschaftslage keinen weiteren Krieg leisten.

Das dürfte den USA sehr zupass kommen, die zurzeit die Osterweiterung der Nato in russischen Grenzregionen massiv betreiben.

Bleierne Zeiten

Von Hans Heckel

Er wollte das Sowjetreich stabilisieren, als Leonid Breschnew vor 50 Jahren vollends die politische Spitze der roten Supermacht erklommen hatte (siehe S. 10). Tatsächlich führte er sein Land und den gesamten Ostblock in eine Phase von Stagnation und Niedergang. Die Führung vergreiste, Fehlentwicklungen wurden laufen gelassen statt umzusteuern, dringende Reformen verschleppt.

Am Ende jener „bleiernen Zeit“ war die Sowjetunion dermaßen ausgelaugt und marode, dass selbst der beherzte Gorbatschow sie nicht mehr retten konnte. Die andere rote Großmacht China hat vorgemacht, dass dieser Untergang keineswegs zwangsläufig war. So aber bleibt die Phase der sowjetischen Stagnation ein Lehrstück, das illustriert, was mit einem System geschieht, wenn dringliche Reformen unterbleiben und falsche Entwicklungen nicht rechtzeitig angegangen werden: Es scheitert.

Das Moskauer Beispiel ist beileibe nicht das einzige seiner Art in der Geschichte. Frankreich etwa machte eine solche Phase nach dem Ableben des „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV. durch. Das Resultat waren Staatspleite und Revolution von 1789.

> Mit Angela Merkel auf den Spuren von Leonid Breschnew

Just zu jener Zeit war das sonst so dynamische Preußen gerade in seine eigene „bleierne“ Epoche gesunken. Nach dem Tode des überragenden „Alten Fritz“ 1786 wagten es seine Nachfolger nicht, an dessen Erbe kreativ weiterzuarbeiten durch eigene Reformen. Die Quittung erhielten sie 1806 mit der blamablen Niederlage gegen Napoleon.

Und wie steht es mit Deutschland heute? Die Parallelen sind alarmierend: Seit Amtsantritt von Kanzlerin Merkel ist keine einzige zukunftsweisende Reform mehr in Gang gesetzt worden.

Stattdessen wird auf längst erkannte Fehlentwicklungen damit reagiert, dass man unter erheblichem Aufwand Zeit kauft, um einer überfälligen Wende noch eine Weile ausweichen zu können, wodurch alles immer schlimmer wird. Die Euro-Krise ist nicht gelöst, sondern mit Milliarden zugekleistert, bis sie uns unweigerlich um die Ohren fliegt. Die Energiewende hat sich als kostentreibender, im negativen Sinne „nachhaltiger“ Rohrkrepierer entpuppt. Was geschieht? Nichts. Renten- und Sozialsysteme steuern zielgenau auf ihre Unfinanzierbarkeit zu und müssen eines Tages kollabieren, wenn alles so weitergeht. Gegenmaßnahmen? Fehlanzeige.

Eine Neuerung Merkels ist ihre wahnwitzige Asylpolitik. Dieses Abenteuer könnte man vergleichen mit dem kostenträchtigen Eingriff des französischen Königs in den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg oder Breschnews Afghanistan-Attacke, die den Ruin ihrer Regime nur noch beschleunigt haben. Wie heißt es? Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.



In mehr als zehn Jahren Kanzlerschaft nicht eine einzige zukunftsweisende Reform umgesetzt: Angela Merkel während einer Sitzung ihres Kabinetts am 16. März in Berlin

Bild: action press

Gegenwind



Was Marktwirtschaft und Kapitalismus trennt

Von Florian Stumfall

Ungenaue Begriffe und ungenaues Denken führen eine innige Wechselbeziehung miteinander. Das macht sich deutlich und folgenschwer bemerkbar in der Politik und hier am meisten bei der Beschreibung der Gesellschaftsordnungen. Bis vor einem Vierteljahrhundert galt ein sehr einfaches Bild: Im Osten regiert der Sozialismus, im Westen der Kapitalismus; der Rest der Welt spielte im Kampf der Ideen keine genuine Rolle und wurde von den Kontrahenten allenfalls als Glacis oder Rekrutierungs-Potenzial von Menschen und Ressourcen betrachtet.

Wie die meisten Simplifikationen trifft diese Zweiteilung den Sachverhalt nicht zufriedenstellend. Vom Sozialismus als politisch-ökonomischem Ordnungsprinzip ist nicht mehr viel die Rede – zu groß war die historische Pleite, die er hingelegt hat. Also scheint es, als habe sein Gegenstück, die Marktwirtschaft, obsiegt und sei nun die unbestrittene ordnungspolitische Leitlinie. Gerade in Deutschland hat dieser Glaube viele Anhänger, denn hier bildete seit dem Jahr 1949 die von Alfred Müller-Armack entworfene und von Ludwig Erhard in der Praxis verwirklichte Soziale Marktwirtschaft den rechtlichen Rahmen für das von aller Welt so genannte Wirtschaftswunder.

Müller-Armack verstand diese Ordnung als eine Absage sowohl an den Sozialismus als auch an das ungeregelte Laissez-faire, wie man es vom sogenannten Manchester-Kapitalismus her kannte. Sie ist gekennzeichnet durch das Zusammenwirken des freien Marktes mit dem rahmengebenden Staat. Wichtigste Aufgaben des Staates sind es dabei, einerseits durch eine wirksame Kartellgesetzgebung den Wettbewerb auf dem Markt zu sichern, zum anderen, wo nötig, für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Dabei hat sich der Staat marktkonformer Mittel zu bedienen. So die grundsätzliche Vorstellung. Kennzeichen eines freien Marktes sind das Privateigentum auch an den Produktionsmitteln, das Spiel von Angebot und Nachfrage, die freie Preisbildung, damit die Rolle des Marktes als Indikator der Knappheit von wirtschaftlichen Gütern.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Kapitalismus unterscheidet sich grundsätzlich von der Marktwirtschaft, insbesondere der ursprüngliche der angelsächsischen Art. Dieser Kapitalismus ist eine Ordnung der Oligopole und der Kartelle mit Tendenz zur Zentralisierung. Die Rolle des Staates ist im Kapitalismus der Wirtschaft untergeordnet.

Apologet des Kapitalismus ist John Maynard Keynes, der dem Staats-Interventionismus das Wort geredet hat. Er schreibt dem Staat die Fähigkeit zu, durch Geldflüsse eine Lenkungsaufgabe zu erfüllen. Die Hochfinanz, die in den USA solche Geldflüsse zum eigenen Nutzen über die Fed bereitstellt, leitet davon die Pflicht des Staates ab, in ihrem Interesse zu verfahren. Damit ergibt sich eine systematische finanzielle Abhängigkeit des Staates von den großen Banken.

Die Überordnung der Hochfinanz über die Politik äußert sich auch noch auf eine andere Weise. Wer heute in den USA Kandidat für das Amt des Präsidenten werden will, braucht dazu mindestens eine Milliarde Dollar. Es ist klar, dass niemand eine solche Summe aufbringen kann ohne die Wall-Street-Hochfinanz, es sei denn, er gehört ihr selbst an. Diese hat es also in der Hand, wer US-Präsident werden kann und wer nicht, wobei der Unterschied zwischen den beiden Parteien keine Rolle spielt.

Wer die Ordnungsprinzipien der Marktwirtschaft und des Kapitalismus miteinander vergleicht, wird feststellen müssen, dass sich die beiden voneinander nicht graduell, sondern prinzipiell unterscheiden. Stimmgewaltiger Zeuge dafür ist ein Mann, der nur den Kapitalismus und nicht die Marktwirtschaft gekannt hat und so unwissentlich der Patron der Gleichstellung der beiden Ordnungen geworden ist: Karl Marx. Eine seiner Prognosen, eine der wenigen, die eingetroffen sind, ist diejenige, wonach im Kapitalismus die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Die soziale Dissonanz in den USA ist ein erschreckender Beleg für die Richtigkeit dieser Marx'schen Vorhersage. Unrichtig ist indes, sie auf die Marktwirtschaft anzuwenden. Dort, wo sie als Soziale Marktwirtschaft politische und ökonomische Wirklichkeit geworden ist, nämlich in der Bundesrepublik Deutschland der Nachkriegszeit, gründete sich das sprichwörtliche Wirtschaftswunder wesentlich auf den Mittelstand, und dort, wo die Strukturen noch in Ordnung sind, hält das bis heute an. Mittelstand – das bedeutet nicht nur, dass die Tendenz – Reiche werden reicher, Arme ärmer – unzutreffend ist, sondern auch, dass eine nur von der Leistung abhängende Durchlässigkeit den sozialen Aufstieg von unten nach oben erlaubt.

Die Unterschiede zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus werden auch auf dem großen Feld manifest, auf dem Wirtschaft und Politik einander begegnen. Die Marktwirtschaft kann dort am leichtesten und am wenigsten gehindert ihre Funktionen entwickeln, wo ein freiheitliches politisches Umfeld herrscht, das heißt, um es kursorisch zu sagen, das Prinzip der Mehrheitsentscheidung gilt. Anders beim Kapitalismus. Er ist die ökonomische Ausformung einer Oligarchie, eine Plutokratie mithin. Den Rahmen für diese Ordnung setzt nicht der Staat, sondern setzen Banken, Hedges-Fonds und große Konzerne. Funktion des Staates ist es, diesen Betreibern Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Eine Gegenüberstellung gibt den Blick frei auf überraschende Zusammenhänge. So werden einige Gemeinsamkeiten zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus sichtbar.

Beide Systeme bestimmen in elitären Gremien das wirtschaftliche Geschehen unter weitgehender Ausschaltung der Marktkräfte.

In beiden Systemen wird der Wettbewerb ausgeschaltet.

Beide Systeme konzentrieren den Reichtum des Staates und führen die Verarmung der breiten Mehrheit herbei.

In beiden Systemen herrscht ein freiheits-bedrohendes Zusammenspiel von Politik und Ökonomie, wenn auch mit verschiedenen Dominanzen.

In aller Knappheit ist also festzustellen: Im Sozialismus bestimmt der Staat die Wirtschaft, im Kapitalismus lenkt die Hochfinanz die Politik, in der Marktwirtschaft setzt der Staat den rechtlichen Rahmen, in dem die Wirtschaft gedeihen kann.

Auch wenn die Marktwirtschaft als ein eigenständiges Drittes erkannt ist, bleibt die Gefahr bestehen, die ihr durch ihre Position gegenüber dem Sozialismus und dem Kapitalismus dräut. Auf der einen Seite besteht die Neigung zu sozialem Überschwang, der, nicht finanzierbar, zudem durch marktfremde Mittel herbeigeführt wird.

Insbesondere die erfolgreichste und dem Menschen angemessenste Ausformung, die Soziale Marktwirtschaft, droht zwischen zwei fremden Ordnungen zerrieben zu werden, woran nicht zuletzt die ordnungspolitische Ahnungslosigkeit der Politiker und die Willfährigkeit Schuld trägt, mit der sie sich ihrem Publikum anbiedern – in zunehmendem Maße im Interesse des Kapitalismus.

Florian Stumfall

King Kong im indischen Urwald

Das »Dschungelbuch« in neuer Aufmachung – Moglis Abenteuer als 3-D-Kinofilm und in Neuübersetzung

Erfolgreiche Werke benötigen scheinbar in regelmäßigen Abständen eine Auffrischung. Im Fall des „Dschungelbuchs“ soll nicht nur eine animierte 3-D-Verfilmung den erfolgreichen Zeichentrickfilm von 1967 in Rente schikken, sondern auch eine Neuübersetzung den kolonialen Staub von Rudyards Kiplings indischem Urwald-Abenteuer blasen.

In Deutschland kam kaum ein Kleinkind an der filmischen „Dschungelbuch“-Version aus den 1960er Jahren vorbei. Fast 27 Millionen Kinozuschauer sollen es insgesamt gewesen sein, weltweit spielte der Film 400 Millionen Dollar ein. Kein Wunder, dass die Disney Filmproduktion ihren größten deutschen Kinohit möglichst lange auskosten wollte. Erst vor zwei Jahren wurde der Streifen im frei empfangbaren Fernsehen gezeigt.

Nach fast 50 Jahren war der Film auch in Deutschland, wo er erfolgreicher und kultiger war als überall sonst auf der Welt, finanziell ausgequetscht wie eine Zitrone. Also wurde es Zeit, die Geschichten um das Menschenkind Mogli und seinen tierischen Dschungelfreunden Baghira, dem Panther, Balu, dem Bären, oder Kaa, der Schlange, die sich gegen den bösartigen Tiger Shir Khan zur Wehr setzen, aufzumöbeln. Den terminlich passenden Anlass dazu bot der 150. Geburtstag des Mogli-Schöpfers Rudyard Kipling am 30. Dezember vergangenen Jahres (die *PAZ* berichtete).

Den heute mit Actionspielen an Computern, Spielekonsolen und Smartphones aufgewachsenen Jugendlichen mussten neue Anreize geboten werden, damit sie sich für eine Kolonialgeschichte um ein indisches Kaspar-Hauser-Kind begeistern können. Im Vergleich zur Internetkonkurrenz erscheint die alte Musical-Nummer von Disney altbacken und betulich. Wen schockt es schon, wenn Mogli neben der Elefantenkompanie strammzustehen versucht, wenn er dem Charme der hypnotisch blickenden Schlange Kaa erliegt oder mit den mitfühlend regierenden Aasgeiern Buzzy, Dizzy, Ziggy und Flaps mitfliegt? Wo heute Rap-Musik angesagt ist, heiterte der Trickfilm von 1967 die Zuschauer mit amüsanten Gesangseinlagen auf. Titel wie „Ich wäre gern wie Du“ des Affenkönigs King Louis und „Probier's mal mit Gemütlichkeit“ des von Klaus Havenstein gesprochenen Bären Balu wurden auch dank der originellen Synchronarbeit von Heinrich Riethmüller bis heute zu Ohrwürmern.

Das „Dschungelbuch“ der neuen Generation, das als 3-D-Film unter dem Originaltitel „The Jungle Book“ weltweit am 14. April in die Kinos kommt, kann die alten Klassiker nicht vergessen lassen. Und so hämmerten die Macher die beiden Hits aus dem Vorgängerfilm mit fast schon brachialer Gewalt in ihr Actionabenteuer ein. Sie wirken völlig fehl am Platz. Ein Bushido-Rap hätte in diesem Höllentrip durch den indischen Dschungel besser gepasst. Aber in diesen Topf sollte alles verrührt werden, was geht: Melodramatik, Komödie, düsteres Action-Feuerwerk und entspannte Musical-Einlagen.

Dieser Kompott wird schon dadurch wässrig, dass mit dem jetzt 13-jährigen Neel Sethi als Mogli die einzige Realfigur auf animierte Tricktiere trifft, die beim Sprechen die Schnauze nicht halten können. Das in den Dialogen enthaltene Pathos geht jedenfalls wider die tierische Natur. Hier wird deutlich, dass Regisseur Jon Favreau weniger das Komödien- als das Actionfach beherrscht. Mit „Iron Man“ oder „Cowboys & Aliens“ hat er zuvor Blei-scheppernde Filmkracher gedreht. „Jungle Book“ sollte eine Mischung aus beidem sein: heiterer Kinderfilm mit knallharten Bandagen. Da zertrampelt dann der riesenhafte Affe King Louis wie ein aus dem Horrorstreifen entlaufener King Kong eine ganze Tempelanlage. Und das Ende entwickelt sich zu einem üblichen feuerspeienden Showdown zwischen Mogli und Shir Khan.

Am Ende siegt das Actionspektakel, bei dem die Bilder wie bei einem Computerspiel an einem vorbeiziehen. Für feine Seitenhiebe auf den britischen Kolonialismus, für den auch Mogli steht, indem er sich in einer ihm fremden Welt behauptet, ist da kein Platz mehr. Und abgesehen von Baghira, Balu oder dem Wolfsrudel werden auch die anderen liebgewonnenen Figuren aus dem alten Film in die Ecke gedrängt. Kaa, die von Jessica Schwarz gesprochene Riesenschlange, hat nur einen Kurzauftritt; aus der Elefantenarmee sind spießige Dickhäuter geworden, und die Geierfamilie fliegt gar nicht erst ein. Sicher sieht es in 3-D spektakulär aus, wenn sich Mogli von Baum zu Baum schwingt. Aber das allein lohnt den Gang ins Kino nicht.

Dafür lohnt ein Blick ins Buch. Der Steidl Verlag hat „Das Dschungelbuch Teil 1 & 2“ in der Neuübersetzung von Andreas Nohl mit Nachwort und Anmerkungen jetzt neu herausgebracht (528 Seiten, 28 Euro). Anders als bei früheren Ausgaben werden dabei alle Mogli-Geschichten im ersten Teil erzählt. Die übrigen Tiererzählungen ohne Mogli, die sonst wild dazwischenlagen, sind separat im zweiten Teil gesammelt. So wird Teil 1 mit der Erzählung „Im Rukh“ abgeschlossen, in der man erfährt, wie es Mogli erging, nachdem er – was im Film übrigens unter den Tisch gekehrt wird – den Dschungel verlassen hatte: Er wurde als Erwachsener Wildhüter. *Harald Tews*



Mächtige zahme Hauskatze: Mogli (Neel Sethi) und sein Beschützer, der Panther Baghira — Bild: 2015 Disney Enterprises

MELDUNGEN

Der dreimalige Dichter Rückert

Schweinfurt – Anlässlich des Rückert-Jahres veranstalten drei Schweinfurter Museen Sonderausstellungen im Zusammenhang mit Friedrich Rückert. Der 1788 in Schweinfurt geborene Dichter und Orientalist (siehe *PAZ* vom 11. Mai 2013) starb vor 150 Jahren, am 31. Januar 1866. In „Ritter und Nazarener. Friedrich Rückert und die Mittelalterfantasien“ geht es im Museum Georg Schäfer um Bildwerke, mit denen sich der Dichter auf seiner Italienreise beschäftigt hat (bis 31. Juli). Die Kunsthalle feiert den „Weltpoeten Friedrich Rückert“ (8. April bis 10. Juli). Und das Museum Otto Schäfer zeigt Radierungen zu Rückerts Werken (17. April bis 14. Juli): www.rueckert-weltpoet.de *tws*

Schweizer an der Weser

Bremen – Noch bis zum 24. April findet das Bremer „Jazzahead Festival“ statt. Unter dem Motto „schweizsuissesvizzerasvizra“ stellt sich dabei das Partnerland Schweiz in Musiktheater, Tanz, Figurentheater, Filmen, Ausstellungen, Lesungen und Konzerten vor: www.jazzahead.de *tws*

Frühlingsgefühle der Autoren

Frankenau – Schauspielerin Martina Gedeck, Philosoph Peter Sloterdijk, Publizist Giovanni di Lorenzo, Kulturhistoriker Ulrich Raulff und Krimiautorin Ingrid Noll sind die prominentesten Gäste des diesjährigen „Literarischen Frühlings“ in Nordhessen. Vom 9. bis zum 17. April findet die Lese-Veranstaltung in der „Heimat der Brüder Grimm“ im Landkreis Waldeck-Frankenberg statt: www.literarischer-fruehling.de *tws*

Schwanengesang mit Teddy

Ein »Wiedersehen mit Brideshead« – Schöpfer starb vor 50 Jahren

Schon lange vor der englischen Erfolgsserie „Downton Abbey“ faszinierte ein ähnlich aufwendiger TV-Schwanengesang auf eine Adelswelt das Fernsehpublikum. 1981 war die elfteilige Serie „Brideshead Revisited“ der große Straßenfeger in England, der als „Wiedersehen mit Brideshead“ auch in Deutschland dank der Filmgrößen Sir John Gielgud, Sir Laurence Olivier und Jeremy Irons ein Riesenerfolg wurde. Damals nahmen sich einige Studenten den exzentrischen Filmhelden Lord Sebastian zum Vorbild, der mit seinem Teddybären Aloysius durch die heiligen Universitätshallen von Oxford stolzierte, und kamen mit einem Plüschtier in die Seminare.

Spätestens seit der Filmserie gilt der auf ihr basierende gleichnamige Roman als Klassiker der britischen Literatur. Kritiker zählen ihn zu den besten 100 englischsprachigen Romanen des 20. Jahrhunderts. Sein Autor, der vor 50 Jahren gestorbene Evelyn Waugh, schuf damit ein auf autobiografischen Erfahrungen beruhendes Werk für die Ewigkeit.

Im Buch wird in Rückblenden die Geschichte des schon betagten Soldaten Charles Ryder erzählt, dessen Kompanie im Zweiten Weltkrieg auf den Adelssitz von Brideshead stationiert wird, wo er als junger Mann kurz nach dem Ersten Weltkrieg häufig zu Besuch war. Es war die Heimat des mit ihm befreundeten Studienkollegen Sebastian – der Adelsspross mit dem Teddybär –, dessen von Alkoholismus und katholischer Herkunft geprägtes Schicksal Ryder in den Bann zieht.

Parallel zum sozialen Aufstieg des aus bürgerlichen Verhältnissen stammenden Ryder als gefeierter Kunstmaler vollzieht sich der Abstieg seines adeligen Freundes und seiner Familie in

> Autor Waugh sagte: »Ein Künstler muss reaktionär sein«

Suff und religiösem Selbsthass. So scheitert an letzterem auch die Liebe zwischen Ryder und Sebastians Schwester Julia.

Waugh selbst bezeichnete „Wiedersehen mit Brideshead“ als sein „katholischstes Buch“. Als der Autor es 1944 schrieb, war er selbst längst zum Katholizismus konvertiert – ein mutiger Schritt im protestantischen England. Für den Emporkömmling aus der gehoben Mittelschicht, der trotz allem dem Untergang der Aristokratie nachtrauerte, war es auch Ausdruck von Widerstand. „Ein Künstler muss reaktionär sein“, schrieb Waugh, „er muss sich vom allgemeinen Tenor seiner Zeit abheben, statt im Strom mitzuschwimmen.“

Und so inszenierte sich der Romantiker Waugh als bornierter und versnobter Selbstdarsteller mit viktorianischem Hörrohr, der Hitler sowie Mussolini verehrte und der dennoch als 36-Jähriger sofort in den Krieg zog, um sein Vaterland zu verteidigen. Als damals schon berühmter Autor größtenteils satirischer Romane wie „Auf der schiefen Bahn“ („Decline and Fall“, 1928), „Lust und Laster“ („Vile Bodies“, 1930) und „Eine Handvoll Staub“ („A Handful of Dust“, 1934) hätte er es jedenfalls nicht nötig gehabt, die Uniform anzuziehen. Nach seinem „Brideshead“-Erfolg trug er seine katholische Botschaft in schwächeren Werken vor. Am 10. April 1966 starb er 62-jährig an einem Herzinfarkt. Angeblich stürzte der Katholik im Bad kopfüber in eine Toilettenschüssel. Es war ein Ostersonntag. *H. Tews*

Waughs Werke sind bei Diogenes erschienen. Der Verlag brachte 2013 die Neuübersetzung von „Wiedersehen mit Brideshead“ heraus (544 Seiten, 29 Euro). Im April ist zudem der Weltkriegsroman „Ohne Furcht und Tadel“ erschienen (992 Seiten, 39 Euro).

Kunst, die im Weg steht

Ausstellung gibt Einblick in das Lebenswerk von Markus Lüpertz

Bildhauer und Maler, Dichter und Jazz-Musiker, Hobby-Fußballer und besessener Kunst-Arbeiter – es gibt sicherlich viele Attribute, die auf Markus Lüpertz zutreffen. Dem aus dem nordböhmischen Reichenberg stammenden Düsseldorfer Kunstprofessor ist im Duisburger MKM Museum Küppersmühle die Ausstellung „Lüpertz Kunst, die im Wege steht“ gewidmet. Noch bis zum 29. Mai zeigt man dort mehr als 80 Arbeiten aus allen wichtigen Schaffensphasen. Der Fokus liegt dabei auf der Malerei. Skulpturen, Reliefs und Druckstöße kommen hinzu.

Der Auftakt der Ausstellung soll einen Einstieg in das Gesamtschaffen vermitteln. So gibt es das Werks-Duo „Tod und Maler“ (1973) und die zwei Arbeiten aus den 1980er Jahren „Das Ende des Orpheus“ sowie die Skulptur „Prometheus“ zu sehen. Der anschließende Ausstellungsraum führt dann in Lüpertz' künstlerische Werk aus den 1960er Jahren ein. Als „dithyrambisch“, also überschwänglich, glückstrunken, begeistert beschreibt der Künstler, der am 25. April seinen 75. Geburtstag feiert, sein Schaffen in dieser Zeit. Bilder wie „Baumstamm – dithyrambisch“, „Wäsche auf der Leine“ und das von Kunstwissenschaftlern als Schlüsselwerk bezeichnete 12,50 Meter lange Gemälde „Westwall“ oder die 20-teilige Arbeit „Gegen Abend besetzen Störche Lüpolis“ (1977) seien als Beispiele genannt.

„Die Konzeption der Ausstellung ist wesentlich geprägt von Zyklen, die sowohl gemeinsam wie auch unabhängig voneinander in Einzelräumen aufeinandertreffen“, erklärt Pressesprecherin Kerstin Weinhold. Der 33-teilige „Dädalus-Zyklus“, der Werkkomplex „5 Bilder über den Faschismus, 4 Bilder über den Krieg“ und die Serie „Männer ohne Frauen (Parsifal)“ sind dementsprechend ebenso in der Ausstellung zu sehen wie Großformate wie „Die Schiene“ oder der 54-teilige „Traum des Künstlers“.

„Die Küppersmühle hat den größten Bestand an Lüpertz-Werken, den ein Museum besitzt“, erklärt Götz Adriani als Kurator der Ausstellung, „wir konnten also aus den Vollen schöpfen. Alles passte zusammen. Lüpertz hat sich bei seiner Arbeit immer mit der Kunstgeschichte beschäftigt. Er ist ein Wegbereiter, der rund 55 Jahre durchgehalten hat. Er präsentiert – mit anderen – die deutsche Kunst im Ausland.“

Der nach der Flucht mit der Familie aus Böhmen in Rheydt, heute ein Teil von Mönchengladbach, gelandete Künstler machte sich nach seinem Kunststudium besonders einen Namen als Professor an der Kunstakademie Düsseldorf, deren Rektor er von 1988 bis 2009 war. Doch auch in den Jahren danach war er immer noch künstlerisch aktiv. Lüpertz lebt und arbeitet in Berlin, Düsseldorf und Karlsruhe. *Andreas Rüdig*



Lüpertz' „Dädalus-Zyklus“ von 2002 — Bild: Henning Krause/MKM

MKM Museum Küppersmühle für Moderne Kunst, Innenhafen Duisburg, Philosophenweg 55, 47051 Duisburg, geöffnet Mittwoch 14 bis 18 Uhr, Donnerstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr, Montag und Dienstag geschlossen. Eintritt: 6 Euro. Internet www. museum-kueppersmuehle.de

Mehr als nur Stagnation

Vor 50 Jahren begann in der Sowjetunion die sogenannte Ära Breschnew

Die sogenannte Ära Breschnew wird heute oft spöttisch als das „Goldene Zeitalter der Stagnation“ bezeichnet. Tatsächlich jedoch gab es unter dem vor 50 Jahren berufenen Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion nicht nur Stillstand, sondern auch spürbare positive wie negative Veränderungen.

Leonid Iljitsch Breschnew gehörte seit 1952 dem Zentralkomitee und damit dem engeren Führungszirkel der KPdSU an. Diesen Aufstieg verdankte der Diplomingenieur und ehemalige Politoffizier der Roten Armee seinem Gönner Nikita Chruschtschow, unter dessen Ägide er 1957 beziehungsweise 1963 noch zum Vollmitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei avancierte. Trotz Chruschtschows Protektion sägte Breschnew permanent am Stuhl des Kremlchefs und stand schließlich am 14. Oktober 1964 bereit, als dieser von konservativen Kräften gestürzt wurde und der Posten des Parteioberen neu zu vergeben war. Der Grund hierfür lag darin, dass er die jähzornige, unberechenbare Art Chruschtschows fürchtete: „Das ist keine Führung, das ist ein Karussell“, klagte Breschnew wiederholt.

Im Anschluss an die Entmachtung des vormals mächtigsten Mannes an der Spitze der KPdSU setzte sich der neue Erste Sekretär während weiterer interner Machtkämpfe gegen anfangs ebenfalls noch recht einflussreiche Mitverschwörer und Konkurrenten wie den UdSSR-Ministerpräsidenten Alexej Kossygin oder den Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Nikolai Podgorny, durch. Dies gelang ihm vor allem deshalb, weil er als Apparatschik ohne besondere Eigenschaften galt und mit seiner Bedächtigkeit als wohltuendes Gegenstück zum sprunghaften Chruschtschow erschien. Darüber hinaus pflegte Breschnew einen recht umgänglichen, ungewohnt kollektiven Führungsstil und versprach Partei und Volk das, wonach sich nach den vorhergehenden Reformwirren alle am meisten sehnten: Wohlstand, Sicherheit und Stabilität sowie „Vertrauen in die Kader“. Dabei war gerade Letzteres Musik in den Ohren der leitenden Genossen, die bisher ständig hatten befürchten müssen, gedemütigt und nach Gutdünken eines einsam entscheidenden Cholerikers abgesetzt zu werden.

> Vielen Apparatschiks galt Breschnew mit seiner Bedächtigkeit als wohltuendes Gegenstück zum sprunghaften Chruschtschow

Aufgrund dessen wurde Breschnew am 8. April 1966, dem letzten Tag des XXIII. Parteitags der KPdSU, zum Generalsekretär des Zentralkomitees gekürt. Das stellte insofern eine richtungsweisende Formalie dar, als dieser Titel zuvor nur an Josef Stalin gegangen war. Damit begann die „Ära Breschnew“, in der die Sowjetunion weitgehend unter den Einfluss des abtrünnigen Kronprinzen Chruschtschows geriet.

Breschnew sorgte als erstes für eine durchgreifende Restalinisierung im Lande. An die Stelle der Kritik an dem Diktator trat die erneute Verherrlichung seiner „Heldentaten“ während des „Großen Vaterländischen Krieges“. Und Dissidenten wurden wieder genau wie früher mundtot gemacht und hart gemaßregelt – wenngleich im Normalfall nicht mehr erschossen. Zugleich sorgte Breschnew im Verein mit Kossygin für eine Verbesserung des Lebensstandards der Sowjetbürger, um die „Überlegenheit“ des Sozialismus zu demonstrieren, was ihm eine gewisse Popularität verschaffte. So wurden die Löhne und Renten angehoben sowie der Wohnungsbau angekurbelt. Außerdem verbesserte sich die Versorgungslage aufgrund verschiedener Reformen in der Landwirtschaft und der neuen Freiheiten für die Betriebe, die Konsumgüter produzierten. Allerdings stagnierte diese positive Entwicklung schon ab Mitte der 1970er Jahre wieder, was ganz maßgeblich aus den steigenden Rüstungsanstrengungen resultierte, mit denen die Sowjetunion ihre Position als militärische Supermacht festigte – aber eben um den Preis des Verzichts auf größere materielle Verbesserungen für die eigene Bevölkerung und einer Verschlechterung des internationalen Klimas.

Vor allem suchte Breschnew die Konfrontation mit den USA, die sich gerade aufgrund ihres immer mehr aus dem Ruder laufenden Vietnam-Engagements in einer Schwächephase befanden. Ebenso formulierte er im November 1968 die Breschnew-Doktrin, mit der der kurz zuvor erfolgte Einmarsch in die Tschechoslowakei begründet wurde: Wenn der Sozialismus in einem „Bruderland“ bedroht sei, müsse Moskau intervenieren, da es die Verantwortung für den Schutz und die gedeihliche Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft trage. Hierdurch brachte der Kremlchef dann freilich China, Albanien, Rumänien und Jugoslawien gegen die UdSSR auf. Des Weiteren verleitete die Breschnew-Doktrin 1979 zum Einmarsch in Afghanistan, der nachfolgend in einem vietnamähnlichen Debakel endete.

Generalsekretär des ZK der KPdSU von 1966 bis 1982: Leonid Breschnew Bild: pa

Je länger „Ljonja“ , wie er sich kumpelhaft nennen ließ, im Amt blieb, desto mehr ähnelte der Kult um seine Person dem, was auch unter Stalin üblich war. Als KPdSU-Generalsekretär erhielt Breschnew viermal den Orden „Held der Sowjetunion“ (1966, 1976, 1978 und 1981), ohne je etwas wirklich Heldenhaftes geleistet zu haben. Dazu kam der Leninpreis für Literatur für seine Memoiren (1980) sowie die Beförderung zum Marschall (1976) und die Ernennung zum Staatsoberhaupt der UdSSR (1977). Dabei wurden bereits Ende 1974 erste Symptome einer Gehirnverkalkung sichtbar, welche die geistige Aufnahmefähigkeit Breschnews zunehmend herabsetzte. Den gleichen Effekt zeitigte die Schlaftablettensucht des KPdSU-Generalsekretärs. Aber er garantierte eben die „Stabilität in der Kaderfrage“, weshalb keiner der anderen Spitzenfunktionäre um seinen Posten fürchten musste, was den Altersdurchschnitt im Politbüro am Ende auf über 70 Jahre hochtrieb. Aus diesem Grunde hielt man den immer hinfälliger werdenden Breschnew vom Eintritt in den Ruhestand fern, bis er am 10. November 1982 an einem plötzlichen Herzstillstand im Schlaf starb – wohl nicht zuletzt deshalb, weil er drei Tage zuvor noch stundenlang bis zur völligen Erschöpfung die Militärparade auf dem Roten Platz anlässlich des 65. Jahrestags der Oktoberrevolution abgenommen hatte.

Infolge der massiven Verkrustung des Sowjetsystems unter Breschnew änderte sich dann auch nach seinem Tode nichts Wesentliches – insbesondere setzten die beiden Nachfolger die fatale Politik der imperialen Überdehnung fort. Das heißt, die Versuche der UdSSR, immer mehr Regionen der Welt zu kontrollieren, kollidierten mit ihren realen Möglichkeiten. Daran scheiterte und zerbrach sie letztendlich. Da half es auch nicht, dass Michail Gorbatschow noch im letzten Moment umzusteuern versuchte. *Wolfgang Kaufmann*

(siehe Kommentar S. 8)

Berlin und Florenz nehmen Wien in die Zange

Unter Vermittlung Frankreichs bereiteten Preußen und Italien vor 150 Jahren in einem Allianzvertrag den Angriff auf Österreich vor

Wie bei den beiden anderen war Preußens Ministerpräsident Otto von Bismarck auch beim Zweiten Einigungskrieg darauf bedacht zu verhindern, dass dem Gegner eine Großmacht zur Seite sprang. Vor 150 Jahren war die Lage diesbezüglich für Preußen günstig.

Anders als beim vorangegangenen Konflikt mit Dänemark waren bei dem mit Österreich keine Probleme seitens der britischen Gleichgewichtspolitik zu erwarten, da die norddeutsche Großmacht gemeinhin immer noch als schwächer denn die süddeutsche eingeschätzt wurde. Zudem war Großbritannien mit inneren Reformen und dem beginnenden Umbau seines Empire beschäftigt.

Ähnlich verhielt es sich mit Russland, das durch die Auswirkungen der Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 und die anderen Großen Reformen sowie seine Expansion in Zentralasien und im Fernen Osten genug zu tun hatte. Zudem hatten sich die Beziehungen des Zarenreiches zu Preußen und Österreich seit der Olmützer Punktation vom 29. November 1850 stark verändert. Damals hatte Preußens König Friedrich Wilhelm IV. auf Druck nicht nur Österreichs, sondern auch Russlands seine Pläne aufgeben müssen, Deutschland unter preußischer Führung zu einen. In jenen Jahren hatte Russland auch Österreich geholfen, die 48er Revolution in Ungarn niederzuschlagen. Nachdem sich jedoch der Kaiserstaat im Krimkrieg zwar formal neutral verhalten, aber eindeutig mit Russlands Feinden sympathisiert hatte, waren diese Beziehungen abgekühlt. Preußen hingegen hatte sich in jenem Krieg aller nichtdeutschen Großmächte gegen Russland tatsächlich neutral verhalten, und die Alvenslebensche Konvention, sprich die preußische Unterstützung Russlands bei der Niederschlagung des polnischen Januaraufstandes 1863, ‚hatte die preußisch-russischen Beziehungen zusätzlich verbessert. Schließlich hatte der Enkel von Friedrich Wilhelm IV. und Königin Luise, der 1855 als Alexander II. den Zarenthron bestiegen hatte, auch noch eine emotional enge Bindung zu seinem Onkel Wilhelm, der 1858 in Preußen die Regierungsgeschäfte übernahm.

Die große Unbekannte war jene Großmacht, die nach Russlands Niederlage im Krimkrieg dessen Stellung als erste Macht auf dem europäischen Kontinent übernommen hatte: Frankreich. Nicht umsonst galt der Kaiser der Franzosen als „Sphinx an der Seine“. Ein großes Stück Klärung brachte Bismarck ein Besuch bei Napoleon III. 1865 im Atlantikbad Biarritz. Dabei konnte der Ministerpräsident feststellen, dass der Franzose eine deutsch-deutsche Verständigung zwischen Preußen und Österreichern fürchtete, aber einem Bruderkrieg zwischen den beiden deutschen Großmächten nicht im Wege stand, diesen vielmehr positiv beurteilte. Für den Fall eines preußischen Sieges erwartete er zwar Kompensationen in Form der Verschiebung der französischen Staatsgrenze Richtung Rhein, aber das schien kein grundsätzliches Problem zu sein. Denn Napoleon bestand nicht auf deutsches linksrheinisches Territorium, und solange der Franzose sein Augenmerk auf Gebiete richtete, „wo Französisch auf der Welt gesprochen werde“, war Bismarck damit einverstanden. Soweit handelseinig, stellte Napoleon Bismarck seine guten Kontakte zum italienischen Nationalstaat zur Verfügung, dessen Geburtshelfer er gewesen war.

> Der Artikel 2 erhielt bereits das Drehbuch für die Entfesselung des Deutschen Krieges

Das 1861 gegründete Königreich Italien, das manche gar als sechste Großmacht des europäischen Konzerts der Mächte bezeichnet haben, hatte so schlechte Beziehungen zu Österreich wie gute zu Frankreich. So wie die Durchsetzung der kleindeutschen Lösung der deutschen Frage durch Preußen, ist auch die Lösung der italienischen Frage durch Sardinien-Piemont gegen das Habsburgerreich erfolgt. Und so wie Preußen an Österreichs Ansprüchen bezüglich Schleswig-Holstein, war Italien am österreichischen Venetien interessiert. Und so wie Preußen Österreichs Ansprüche bezüglich Schleswig-Holstein versuchte Italien Venetien der Donaumonarchie abzukaufen. Aber beide Königreiche bissen beim Kaiserstaat auf Granit. Und so reifte in Florenz wie Berlin die Entscheidung, sich mit Gewalt zu holen, worauf Österreich selbst gegen finanzielle Kompensationen freiwillig nicht verzichten wollte. Gemeinsam konnten Preußen und Italien Österreich in die Zange nehmen, ihm einen Zweifrontenkrieg aufzwingen.

Am 24. Februar 1866 signalisierte Florenz, damals Italiens Hauptstadt, da Rom noch bis 1879 im Kirchenstaat lag, Berlin Interesse an einem derartigen Kriegsbündnis gegen Österreich. Vier Tage später trat deshalb in Berlin ein um Militärs erweiterter Kronrat zusammen und fällte eine Vorentscheidung. Der Generalstabschef wurde beauftragt, in die italienische Hauptstadt zu reisen, um dort Bündnisverhandlungen aufzunehmen. Aber die ungeduldigen Italiener waren schneller. Ehe sich Helmuth von Moltke auf den Weg nach Florenz machen konnte, erschien bereits am 14. März 1866 General Giuseppe Govone zu Vertragsverhandlungen in Berlin.

> Durch den Vertrag musste Österreich von Beginn an gleich an zwei Fronten kämpfen

Als ein Verhandlungsproblem erwies sich die italienische Ungeduld. Die Italiener wollten sofort zuschlagen, während Bismarck den Angriff diplomatisch vorbereiten wollte. Das Ergebnis war ein Kompromiss. Preußen bekam ein Zeitfenster. Wenn Preußen innerhalb von drei Monaten ab Vertragsabschluss Österreich angriff, durfte es mit der Unterstützung Italiens rechnen, danach nicht mehr.

Auffallend ist die Diskrepanz in der Klarheit, mit der die italienischen und die preußischen Kriegsziele definiert wurden. So durfte Preußen solange keinen Separatfrieden schließen, bis Österreich in die Abtretung Venetiens eingewilligt hatte. Preußen hingegen hatte Anspruch auf die italienische Waffenbrüderschaft, bis es „österreichische Landstriche“ erhielt, „die an Bevölkerung“ Venetien gleichwertig sind.

Der sechste und letzte Artikel sah italienische Unterstützung für den Fall vor, dass Österreich seine beachtliche, in der Adria stationierte, Marine nutzen sollte, um die schwache preußische in heimischen Gewässern, nämlich in der Ostsee, zu bedrohen: „Wenn die österreichische Flotte, deren Rüstung jetzt sich vollzieht, vor der Kriegserklärung das Adriatische Meer verläßt, wird Seine italienische Majestät eine hinlängliche Zahl von Schiffen in die Ostsee senden, die dort Station nehmen wird, um zur Vereinigung mit der preußischen Flotte beim Ausbruch der Feindseligkeiten bereit zu sein.“

Praktischerweise wurde nach der Beteuerung von „Freundschaft und Bündniß zwischen Seiner Majestät dem König von Preußen und Seiner Majestät dem König von Italien“ bereits in Artikel 2 der Kriegsanlass formuliert: „Wenn die Unterhandlungen, welche Seine Majestät dem König von Preußen mit den anderen deutschen Regierungen in Absicht auf eine den Bedürfnissen der deutschen Nation entsprechende Reform der Bundesverfassung eröffnet hat, scheitern sollte, und in Folge dessen Seine Majestät in die Lage kämen, die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen, so wird Seine italienische Majestät, nach der von Preußen ergriffenen Initiative, sobald sie davon benachrichtigt sein wird, in Kraft des jetzigen Vertrages den Krieg gegen Österreich erklären.“

Am 8. April 1866 wurde der Allianzvertrag zwischen Österreichs nördlichem und südlichem Nachbarn geschlossen. Bereits am darauffolgenden Tag unterbreitete Preußen dem Bundestag in Frankfurt Reformvorschläge im Sinne des Artikels 2, sprich Vorschläge zu einer Reform der Bundesverfassung, deren Ablehnung den preußischen König in die Lage kommen ließ, „die Waffen zu ergreifen, um seine Vorschläge zur Geltung zu bringen“. Preußen beantragte nämlich die Einberufung eines aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Nationalparlaments. Damit warb Bismarck nicht nur um Deutschlands nationalliberale Bewegung, sondern provozierte auch Österreich, das auf seine Sonderstellung, die es als Präsidialmacht im Bundestag besaß, in dem vorgeschlagenen Parlament hätte verzichten müssen. *Manuel Ruoff*

Ihre Liebe wurde zum Politikum

Prinzessin Viktorias Wunsch, Alexander I. von Bulgarien zu heiraten, spaltete die preußische Herrscherfamilie

Ihre Mutter und ihre Großmutter mütterlicherseits waren für ihre Liebesheirat mit dem bulgarischen Fürsten Alexander I., ihr Vater, ihr Großvater väterlicherseits und vor allem dessen Kanzler waren dagegen. Letztere setzten sich durch, und sie heiratete schließlich einen Hochstapler. Die Rede ist von Prinzessin Viktoria von Preußen, deren Geburt im Neuen Palais zu Potsdam sich am 12. April zum 150. Mal jährt.

Im Gegensatz zu seinen älteren Geschwistern, nicht zuletzt Kaiser Wilhelm II., hatte das fünfte Kind von Kaiser Friedrich III. und dessen Ehefrau Victoria eine unbeschwerte Kindheit sowie eine enge und herzliche Beziehung zu seinen Eltern im Allgemeinen und zu seiner Mutter im Besonderen. Seine in Großbritannien regierende Großmutter besuchte es häufig. Ihr, die auch seine Patin war, hatte das Mädchen, das mit vollem Namen Friederike Amalia Wilhelmine Viktoria von Preußen hieß, auch seinen Rufnamen zu verdanken.

> Schließlich heiratete die Witwe einen Hochstapler

Als zweite von insgesamt vier Töchtern des Kronprinzen und späteren Kaisers und Königs wollte die Vermählung wohl überlegt sein. Ein portugiesischer Königssohn wurde als standesmäßig ebenbürtiger Partner ins Visier genommen, doch dann besuchte 1883 der Fürst von Bulgarien aus dem Hause Battenberg Berlin und es funkte so sehr zwischen den beiden, dass sie sich noch im selben Jahr verlobten.

Alexander I. stand zwar an der Spitze der Bulgaren, doch war der zumindest juristische Enkel des von 1830 bis 1848 regierenden Großherzogs Ludwig II. von Hessen und bei Rhein deutscher Abstammung. Wie sein Vater hatte auch Alexander in russischen Diensten gestanden. So nahm er am russisch-osmanischen Krieg von 1877/78 im Hauptquartier des Großfürsten Nikolaus teil. Nach dem russischen Sieg musste der osmanische Verlierer die Gründung eines Fürstentums Bulgarien auf seinem Territorium akzeptieren. Als Regenten für das neue Fürstentum verfielen die Russen auf Alexander, der nicht nur auf ihrer Seite im vorausgegangenen Krieg gekämpft hatte, sondern auch mit ihrem Herrscherhaus eng verwandt war: Zar Alexander II. hatte er zum Onkel.

Wenn Alexander auch sein Fürstentum den Russen zu verdanken hatte, so betrieb er doch als Regent eine selbstständige Politik und näherte sich Großbritannien an. Bei seinen vormaligen Gönnern fiel er dadurch so sehr in Ungnade, dass sie ihn 1886 zur Abdankung zwangen. Vor dem Hintergrund dieser rapiden Verschlechterung der Beziehungen Alexanders zu den Russen wäre eine Ehe mit der preußischen Prinzessin Viktoria ein Politikum ersten Ranges gewesen.

Die Mutter und die Großmutter in London waren dafür, dass Viktoria ihren Alexander heiraten durfte. Wir wollen hoffen, dass den beiden Victorias das Wohl des Nachwuchses am Herzen lag. Dafür spricht, dass das Verhältnis der Mutter und Großmutter zur Tochter beziehungsweise Enkelin tatsächlich relativ eng war. Andererseits war die Queen Engländerin und ihre Tochter zumindest eine geborene Engländerin, die nie wirklich in der preußischen Heimat ihres Ehemannes angekommen war, und die Angelsachsen hatten schon damals eine Freude daran, die Russen zu ärgern und die deutsch-russischen Beziehungen zu hintertreiben. Zudem war die Queen mit Alexander eng verwandt, war doch ihre jüngste Tochter Beatrice mit seinem Bruder Heinrich Moritz verheiratet.

Der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident hingegen hatte keine verwandtschaftliche, emotionale Bindung zur Prinzessin Viktoria und sah keine Veranlassung, den Briten den Gefallen zu tun, die ohnehin durch die Entwicklung auf dem Balkan belasteten deutsch-russischen Beziehungen durch eine Ehe zwischen den beiden zusätzlich zu belasten.

Alles hing nun vom Kaiser und König ab. Viktorias Großvater Wilhelm I., für den die Waffenbrüderschaft mit den Russen bei der Befreiung Europas vom napoleonischen Joch ein prägendes Jugenderlebnis war, schlug sich auf die Seite seines langjährigen und von ihm hoch geschätzten Kanzlers. Doch das Ende seines Lebens und damit auch seiner Regierungszeit erschien absehbar. Viel später als erwartet starb er 1888 schließlich tatsächlich hochbetagt.

Nun wurde sein Sohn Kaiser und König. Friedrich III. war liberal, grundsätzlich durchaus englandfreundlich und von seiner geliebten Ehefrau stark beeinflusst. Zum großen Unmut von Frau und Schwiegermutter setzte er jedoch in der Ehefrage die Politik seines Vaters fort. Damit schien es für die Beziehung zwischen Viktoria und Alexander keine Zukunft zu geben. Die Verlobung wurde gelöst.

Alexander tröstete sich relativ schnell. 1889 heiratete er in Frankreich eine Opernsängerin, bekam mit ihr einen Jungen und ein Mädchen und verschied unerwartet 1893 mit nicht einmal 37 Lebensjahren. Viktoria hingegen blieb kinderlos. Sie ging eine Vernunftehe mit dem Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe ein. 1890 war Verlobung. Die Hochzeitsreise führte das Paar nach Italien und Ägypten. Danach wurde das heutige Palais Schaumburg bezogen, der spätere Dienstsitz der ersten Bundeskanzler.



Bild: Archiv

Vor 150 Jahren geboren: Prinzessin Viktoria von Preußen 1908

In Bonn diente der Prinz im Husarenregiment König Wilhelm I. (1. Rheinisches) Nr. 7. Im Ersten Weltkrieg leitete er das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps in der heutigen Bundesstadt.

23 Jahre nach ihrer Liebe starb auch ihr Mann. Die einsame Witwe wurde nun immer exzentrischer. 1927 begegnete sie dem 34 Jahre jüngeren russischen Emigranten Alexander Zoubkoff. Der Hochstapler behauptete, ein durch die Revolution entrechteter russischer Adliger zu sein. Viktoria glaubte ihm und heiratete ihn bereits wenige Monate nach der Begegnung. In den darauffolgenden Monaten brachte ihr zweiter Mann einen erheblichen Teil ihres Vermögens durch und verließ sie dann mit dem verbliebenen Rest. Später kellnerte er in einem Restaurant, das mit einem Schild warb, auf dem geschrieben stand: „Hier bedient Sie der Schwager des Kaisers.“ 1936 starb er. Vorher jedoch hatte er noch seine Memoiren unter dem Titel „Mein Leben und Lieben“ verfasst.

Ihre Erinnerungen verfasste nun auch die verbitterte und verlassene Viktoria. Um zu Geld zu kommen, veröffentlichte sie sie im Bonner „General-Anzeiger“. 2005 erschienen sie in Buchform unter dem Titel „Was mir das Leben gab – und nahm“. Da war die Verfasserin bereits seit über einem Dreivierteljahrhundert tot. Sie starb am 13. November 1929 in Bonn.

Manuel Ruoff

Wie Preußen zum Vorbild bei der Post wurde

Vor 250 Jahren bewirkte Friedrich der Große mit einer detaillierten neuen Verordnung einen entscheidenden Modernisierungsschub

Als Friedrich II. 1740 den preußischen Thron bestieg, besaß das Königreich bereits ein recht gut geordnetes Postwesen. Dessen Anfänge reichten bis ins Jahr 1276 zurück. Damals hatte der Deutsche Orden mit der stationsweisen Beförderung von Briefen zwischen den Rittern begonnen. Später engagierte sich besonders Kurfürst Johann Sigismund für den Ausbau der landeseigenen Post, die unter anderem Linien nach Königsberg, Kleve, Mainz, Speyer, Wien und Warschau einrichtete.

Die offizielle Gründungsurkunde der brandenburgischen Staatspost war indes erst ein Dekret des Großen Kurfürsten vom 21. April 1646. Mit diesem setzte sich Friedrich Wilhelm über das kaiserliche Postmonopol hinweg, das de jure auch nach dem Westfälischen Frieden fortbestand, obwohl dieser zu einer weiteren Schwächung der Zentralgewalt im Reich geführt hatte. Im Mai 1660 verbot Kaiser Leopold I. nochmals ganz explizit die Einrichtung von Landesposten. Doch da war es bereits zu spät. Mit Rückendeckung Braunschweigs, Hannovers und Schwedens hatte Friedrich Wilhelm die eigene Post inzwischen energisch weiterentwickelt. So verfügte Preußen zum Zeitpunkt seines Todes am 9. Mai 1688 über 90 Postämter und 271 Postillione. Bis zum Geburtsjahr Friedrichs des Großen stieg deren Zahl auf 141 beziehungsweise 358, was 63 Postverbindungen von und nach Berlin pro Woche ermöglichte.

Auch der stets sparsame Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. kümmerte sich mit großer Hingabe um das Gedeihen der preußischen Post und ordnete 1723 an: „Sollen die Posten anlegen ... von Ort zu Ort. Ich will haben ein landt das kultiviret sein soll höret Post dazu“, denn diese sei für „den florissanten Zustand der Commercien hochnothwendig und gleichsam das Oel vor die ganze Staatsmaschine.“ Deshalb investierte er hier freimütig, was ihm sonst eher widerstrebte. Nur beim Straßenbau tat sich nichts, weswegen die Postwagen für die 565 Kilometer lange Strecke von Berlin nach Königsberg nach wie vor zwölf Tage benötigten. Nichtsdestotrotz erzielte die preußische Post bald jährliche Überschüsse von rund 200 000 Talern.

> Statt des zeitraubenden Umladens der Poststücke an jeder Station verkehrten nun auf allen Routen durchlaufende Wagen

Verantwortlich hierfür waren vor allem die Reformen nach dem Sturz des General-Erb-Postmeisters Graf Johann Kasimir Kolb von Wartenberg, dem 1711 der Geheime Staatsminister, Hofkammerpräsident und nunmehrige General-Postdirektor Ernst Bogislav von Kameke folgte. In dessen Amtszeit wurde die preußische Post zunächst dem General-Finanzdirectorium unterstellt und später durch einen allerhöchsten Erlass zur eigenständigen Behörde des Finanz-Departments innerhalb des General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domainen-Directoriums erhoben.

Das blieb sie aber freilich nur bis zum Machtantritt Friedrichs II., denn nun kam die Postverwaltung unter die Aufsicht des Fabrik- und Handels-Departments. Darüber hinaus sorgte der König für eine massive Erweiterung des preußischen Postnetzes. Das Ergebnis konnte sich durchaus sehen lassen. Als der Alte Fritz das Zeitliche segnete, verfügte Preußen über vier Oberpostämter in Berlin, Breslau, Stolzenberg und Königsberg, 760 Postanstalten, 246 Postämter und 510 Postwärterämter, die dem nächstgelegenen Postamt zum Zwecke der Abrechnung zugeordnet waren. Selbige Einrichtungen erzielten bereits 1740, also im ersten Regierungsjahr von Friedrichs II., 235 000 Taler Gewinn. Bis Friedrichs Todesjahr 1786 wuchs diese Summe kontinuierlich auf 613 000 Taler an. Insgesamt erwirtschaftete die preußische Post unter Friedrich dem Großen ein beachtliches „Surplus“ von 20 Millionen Talern, von denen acht in die persönliche Schatulle des Königs flossen.

> Die miserablen Verkehrsverhältnisse behielt der König allerdings aus finanziellen und militärischen Gründen bei

Die Grundlage hierfür schufen nicht zuletzt die Postverordnung vom 11. April 1766 sowie die Bestimmungen über die Postmeister vom 15. Juni desselben Jahres, in denen sämtliche Dienstvorgänge aufs Akribischste geregelt und mehrere höchst hinderliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt wurden. So entfiel nun beispielsweise das zeitraubende Umladen der Poststücke an jeder Station – jetzt verkehrten auf allen Routen durchlaufende Wagen. Außerdem strich Friedrich die zahlreichen Sonderregelungen in puncto Portobefreiung und verfügte eine wirklich „zureichende Besoldung“ der Postbediensteten, um deren Motivation zu steigern.

Die meisten sinnreichen Verbesserungen resultierten hierbei aus Vorschlägen der seit 1763 amtierenden französischen Post-Intendanten Jacques Marie Bernard und Gilbert de la Hogue sowie des Regisseurs sämtlicher Postanstalten Edème Nicolas Moret. Diese drei Beamten, die auf eine persönliche Empfehlung des französischen Königs Ludwig XV. hin eingestellt worden waren, trieben die Optimierung der preußischen Post in maßgeblicher Weise voran, während der übergeordnete Direktor weitgehend untätig blieb. Jedoch verübten sie auch vielerlei Betrügereien, weshalb Moret schon im Dezember 1766 gehen musste und Bernard gar aus Angst vor einer Verhaftung ins Ausland floh, wohingegen de la Hogue sich noch bis 1769 hielt.

Anschließend avancierte der Wirklich Geheime Etats- und Kriegsrat und Staatsminister Friedrich Wilhelm von Derschau zum neuen Generalpostmeister. Unter dessen Ägide meisterte das preußische Postwesen die organisatorischen Herausforderungen infolge der Ersten Teilung Polens und der nachfolgenden Eingliederung Westpreußens im Jahre 1772. In diesem Zusammenhang entstanden eine ganze Reihe neuer Verbindungen sowie das Postgesetz vom 26. November 1782.

Was allerdings blieb, war das Manko der miserablen Verkehrsverhältnisse und damit der Langsamkeit der Post. Daran änderte auch das Wege-Reglement Friedrichs II. vom Juni 1764 nichts Wesentliches, weil es dem König zutiefst widerstrebte, gepflasterte Fernstraßen nach französischem Vorbild anlegen zu lassen. Zum einen scheute er die Kosten von 40 000 Taler pro Meile. Zum anderen vertrat der Alte Fritz wie seine Vorgänger die Ansicht, dass schlechte, morastige Wege ein natürliches Hindernis für feindliche Truppen darstellten und unerwünschte Handelsimporte erschwerten.

In dieser Sache setzte dann erst unter Friedrich Wilhelm II. ein Umdenken ein, wodurch die Erfolgsgeschichte der preußischen Post ihre Fortsetzung erfahren konnte.

Wolfgang Kaufmann

Verbrecher-Straße

Zu: Wenn die Täter geehrt werden (Nr. 12)

Am 6. April 2013 veröffentlichte der Artikelautor Ingo von Münch in der *PAZ* bereits einen Beitrag, der sich mit Ilja Ehrenburg, Stalins größtem Hass-Propagandisten, befasste sowie der schier unglaublichen Tatsache, dass es in Rostock eine Straße gibt, die nach jenem Mann benannt ist.

Davon zu erfahren, war für mich Anlass genug, mich mit einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Rostock zu wenden, um ihm mein tiefes Unverständnis, ja meine Abscheu darüber zum Ausdruck zu bringen. Der Leiter des Büros des OB teilte mir unter anderem mit, dass die Benennung bereits 1987 erfolgt sei und eine Begründung für die Entscheidung nicht mehr gefunden werden könne. Verschiedene Anträge auf Umbenennung seien von der Bürgerschaft abgelehnt worden, und auch „die Anwohnerinnen und Anwohner“ hätten sich gegen eine Umbenennung ausgesprochen, „da dies u.a. mit erheblichen Kosten verbunden“ sei.

Nach drei Jahren nun legt von Münch erneut den Finger in die Wunde. Dass sein neuerlicher Versuch, unsere schöne Hansestadt von ihrem Makel zu befreien, Früchte tragen wird, ist zu bezweifeln. Es müsste aber doch endlich mal ein Ruck durch alle rechtschaffenen Hanseaten gehen, um diesem Spuk ein Ende zu bereiten. Ich rufe alle demokratisch gesinnten, nicht ideologisch verblendeten Rostocker auf, sich zusammenzutun und über Wochen, ja Monate Tag für Tag ein paar Stunden lang eine Mahnwache in der bewussten Straße abzuhalten mit Bannern, auf denen die schlimmsten der Ehrenburg-Hetzparolen für alle zu lesen sind. Gern würde ich das organisieren, wenn ich nicht weit weg, in der Region Bonn, lebte. Die Presse, das Fernsehen, ganz Deutschland müsste davon erfahren, und dann, glaube ich, würde eine Mehrheit der Menschen, die in jener Straße wohnen, einer Umbenennung zustimmen.

Dieter Neukamm, Windeck-Herchen

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@ preussische-allgemeine.de

Man sollte auf der Hut sein

Zu: In Wahrheit ein Desaster (Nr. 10)

Schon seit geraumer Zeit vertrete ich die Meinung, wenn Erdogan seine Augen schließt, sieht er sich als Führer des Osmanischen Reiches einschließlich des größten Teils von Europa.

Ein türkischer Restaurantinhaber erzählte mir, dass sich Erdogan regelmäßig mit Obama über weiteres politisches Vorgehen abstimmt. Das deckt sich mit der Erkenntnis von Herrn Poisson, der das wirtschaftliche und militärische Bestreben der USA zur Erhaltung ihres Weltmachtanspruches darstellt. Es geht nur darum, Europa wirtschaftlich zu schwächen. Die EU verhängt gegen Russland Wirtschaftssanktionen, die Amerikaner klatschen Beifall, um gleichzeitig ihr Handelsvolumen mit den Russen um zehn Prozent zu erhöhen. Wenn TTIP nicht für jeden zugänglich gemacht wird, geht Europa düsteren Zeiten entgegen. Wir Europäer sollten auf der Hut sein, uns nicht auf die Unterstützung durch die Briten verlassen und Einigkeit demonstrieren. Dümmliche Toleranz ebnet der Rücksichtslosigkeit den Weg.

Peter Karstens, Eckernförde

Die finale Niederlage abwenden

Zu: „Nazi-Keule“ ist abgeprallt (Nr. 11)

Das Leben kann so schön sein, um eine Werbung von VW zu verwenden. Aber es könnte noch besser sein, wenn die Wahlbeteiligung auf allen Ebenen die 85- bis 90-Prozent-Marke erreichen würde. Ganz ohne Gewalt, ohne Aufstand der Anständigen, ohne Revolution, auf ganz demokratischem Wege wäre Deutschland noch zu retten. Diese etablierten Parteien, die da meinen, das Recht und die Wahrheit gepachtet zu haben, die sich die Bundesrepublik Deutschland zur Beute gemacht haben, müssen abgewählt werden. Früher oder später, am besten so früh wie möglich, bevor der Schaden noch größer wird.

Deutschland hat zwei Weltkriege in den letzten 100 Jahren geführt und verloren. Jedesmal hat es sich aus den Niederlagen erholt. Aber diese aktuell gesteuerte islamische Invasion ist nachhaltig und wird Deutschland sowie Europa von Innen zerstören – auch ohne Schutt und Asche. Darum ist es an der Zeit, ein Zeichen zu setzen. Denn das Ende dieser selbst verursachten Krise ist nicht absehbar.

Wilhelm Jäkel, Damme



Dritter Anlauf: 1529 und 1683 belagerten die Türken vergeblich Wien. Gelingt ihnen jetzt mit anderen Mitteln die Eroberung Europas?

Bild: Zeitgenössisches Gemälde, Archiv

Erdogans strategische Eroberungspläne

Zu: In Wahrheit ein Desaster (Nr. 10)

Die Griechen stöhnen unter dem Flüchtlingszustrom. Aber um die Sicherung ihrer Außengrenzen haben sie sich bisher nicht gekümmert. Sie haben die Flüchtlinge einfach rechtswidrig durchgewunken.

Auch die Türkei hat im Grunde kein Interesse daran, den Flüchtlingsstrom nach Europa zu stoppen, weil Erdogan den Dschihad nach Europa tragen will. Deshalb darf man sich vom Flüchtlingsgipfel in Brüssel keinen Sand in die Augen streuen lassen. Die Behauptung, durch die Verhandlungen in Brüssel sei der irreguläre Zustrom vorbei, heißt im Klartext, er soll durch den regulären abgelöst werden. Das Angebot der türkischen Regierung, irreguläre Flüchtlinge zurückzunehmen, wenn die gleiche Anzahl Flüchtlinge regulär von Europa aufgenommen wird, führt nur zu einem Drehtüreffekt. Es wirkt schon lächerlich, wie sich die Europäer von den Türken über den Tisch ziehen ließen.

In den Medien wurde berichtet, dass dies der Merkel-Plan sei, den sie von einer „Denkfabrik“ hat ausarbeiten lassen. Kanzlerin Merkel hat ausdrücklich betont, dass durch den regulären Zugang nach Europa den Schlepperbanden der Kampf angesagt wird. Das entgegengetreten werden solle. Sie hat damit die Lieblingsidee der Linken und der Grünen aufgegriffen. Merkel will also den Flüchtlingszustrom nach Europa keineswegs verringern, sondern – ganz im Gegenteil – er soll legalisiert und dadurch verstetigt werden. Denn wenn die Schleppergebühren wegfallen, wird die Flucht nach Europa billiger und damit für einen noch größeren Personenkreis lukrativ.

Merkel hat auch eingestanden, dass die europäischen Länder dem Abkommen mit der Türkei zwar zugestimmt haben, aber ohne eine Garantie abgegeben zu haben, dass sie sich an der Verteilung der Flüchtlinge beteiligen werden. Es bleibt also zu befürchten, dass die legalisierten Migranten vorwiegend nach Deutschland kommen werden.

Nun droht noch eine weitere Gefahr von der Türkei. Mit der Aufhebung des Visazwanges und der Beschleunigung der EU-Beitrittsverhandlungen will die Türkei sich die Möglichkeit verschaffen, zehn bis 20 Millionen Türken nach Europa, und besonders nach Deutschland, strömen zu lassen. Seit Jahrzehnten ist klar, dass die Türken in der Migration ein Mittel sehen, doch noch das zu erreichen, was ihnen im 16. und 17. Jahrhundert durch die Niederlagen vor Wien misslungen ist, nämlich die Eroberung des Abendlandes. Islamsachverständige haben mir erklärt, dass besonders die junge Generation der Türken in osmanischen Großmachtträumen schwelge. Den Erpressungen der Türken liegen also strategische Eroberungspläne zugrunde. Unheilschwanger dräuen uns Untergangsgefahren, weil eine Frau ihren neurotischen Zerstörungstrieb gegen das eigene Volk richtet.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Langer Schlaf

Zu: Nahezu alle (Nr. 12)

Danke wiederum für den Wochenrückblick! Als Ergänzung zu den leider sehr realitätsnahen Gedanken von Hans Heckel sollte noch ein Gesichtspunkt benannt werden, der nicht erwähnt wurde: Deutschland, das sich längst als Schläferland bewährt hat, wird zunächst nicht unbedingt zu den vordringlichen Angriffszielen des Terrorismus gehören. Denn warum sollte man das eigene Nest zerstören, in dem es sich so wunderbar, von Steuergeldern verwöhnt und von regierenden Einheitspolitikern beschützt, leben und agieren lässt?

Wenn man dem eigenen Volk im wahrsten Sinne des Wortes „vorgaukelt“, dass das ein Verdienst der inneren Sicherheit und der tollen Integrationspolitik sei, dann ist auch das nur ein Bestandteil des Lügennetzes, das die einstige FDJ-Referentin und ihre willigen Helfer und Helfershelfer als Leichentuch über dieses Land ausbreiten.

Freilich – einmal wird auch der längste Schlaf dem Ende entgegengehen, aber dann haben wir ja noch Bestürzung, Kerzchen und Blümchen. Das dämliche Volk soll sich gefälligst auf die von der Einheitspolitik verursachten Folgen einstellen.

Manfred Kristen, Freital

Große Dummheit

Zum Leserbrief: Jetzt müssen andere sich integrieren (Nr. 6)

Das Nichtbenennen und Verschweigen von Straftaten richtig zu finden, wie das von dem Leserbriefautor dargestellt wird, zeugt von einer irrsinnigen Anschauung und einer Unbegreifbarkeit der Dinge, was hier gespielt wird. Immer noch zu denken, es seien Fachkräfte, die hier arbeiten wollen, ist ebenso eine Dummheit wie die Integrationslüge. Viele Menschen sollten sich einmal die Frage stellen, warum man das Land humanitär kaputtmachen will und wer daran Interesse hat.

Eddi Göller, Malsfeld

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 14 – 8. April 2016

MELDUNGEN

Mehr Gewicht für Regionen

Allenstein/Warschau – In Warschau hat sich eine ermländisch-masurische Parlamentarier-Gruppe gegründet. Sie besteht aus 19 Parlamentariern, die der PO-Abgeordnete Jacek Protas leitet. Hauptaufgabe der Parlamentarier ist neben der Schaffung guten Rechtes die Entwicklung der jeweiligen Region. Laut Protas benötige das südliche Ostpreußen in Warschau eine starke Repräsentation und eine kräftige Stimme unter den Politikern. Die Versäumnisse bei der Infrastruktur- und Ökonomie-Maßnahmen könnten gegenüber den reicheren Teilen Polens aufgeholt werden, wenn Politiker, die das Spezielle ihrer Region an der nahen Staatsgrenze kennen, sich gestärkt für die Interessen der Woiwodschaft einsetzen können. Neben den Abgeordneten aus dem südlichen Ostpreußen gehören der Gruppe auch Vertreter der benachbarten Regionen Westpreußen und Podlachien an. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl – Osterode, Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Zaluski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle, Nikolaiken, Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Bischofsburg [Biskupiec], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Brückenumbau. Straße Nr. 63: Arys – Johannisburg, Brükkenbau. Straße Nr. 65: Goldap – Treuburg [Olecko], Brückenbau. *E.G.*

Zusammenarbeit, die Früchte trägt

Ausstellungseröffnung »Tilsit – Stadt ohne Gleichen« im Königsberger Gebietsarchiv weckte reges Interesse

Für den 31. März hatten die Landsmannschaft Ostpreußen und das Staatliche Archiv des Königsberger Gebiets in die Räumlichkeiten des Archivs eingeladen. Anlass war die Eröffnung der vom Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, in ihrem Auftrag konzipierten und erstellten Ausstellung „Tilsit – Stadt ohne Gleichen“. Groß war die Zahl der Besucher, darunter zahlreiche Vertreter von Staat und Gesellschaft.







Ausstellungeröffnung im Staatlichen Archiv des Königsberger Gebiets: Generalkonsul Michael Banzhaf, LO-Sprecher Stephan Grigat, Wolfgang Freyberg vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Archivdirektorin Alla Fjodorowna (o. und u. v.l.n.r.) begrüßten die Ausstellungsgäste. Freyberg erklärt einem Fernsehteam eine Ausstellungstafel (u.r)

Bilder (3): J.T.

Am Donnerstag, 31. März, öffnete das Staatliche Archiv des Königsberger Gebiets seine Pforten zur Eröffnung der Ausstellung „Tilsit – Stadt ohne Gleichen“. Sie stellt eine weitere wichtige Etappe einer Ausstellungsserie des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen über die Geschichte ostpreußischer Städte dar. 2014 wurde der Reigen mit einer ähnlichen Schau zur Geschichte der Stadt Labiau [Polessk] eingeläutet. Und dieses Mal stand die Memelstadt Tilsit im Zentrum der Aufmerksamkeit, eine Stadt, die große Bedeutung für die deutsche, russische und die europäische Geschichte hat. Das Projekt wurde dank der aktiven Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen und der Stadtgemeinschaft Tilsit möglich.

An der Eröffnung nahmen Heimatforscher, Journalisten, Kulturschaffende und viele, die sich für die Geschichte ihres Heimatkreises interessieren, teil. In dem Ausstellungssaal blieb kein Platz leer.

Alla Fjodorowna, die Direktorin des Gebietsarchivs, erinnerte an die reiche und interessante Geschichte der Stadt, die mit verschiedenen Völkern verbunden ist und deren Wurzeln bis ins frühe 14. Jahrhundert zurückreichen. Sie hob hervor, dass die Ausstellung von langjährigen Freunden erstellt wurde, nämlich von den deutschen Kollegen des Kulturzentrums Ostpreußen, und sie dank der Trägerschaft der Landsmannschaft Ostpreußen ermöglicht wurde.

Bei der Eröffnung war auch der deutsche Generalkonsul in Königsberg, Michael Banzhaf, zugegen, der sich über die Ausstellung aus zwei Gründen freute: „Erstens ist das Interesse so groß, dass uns das auch an das gemeinsame deutsch-russische Erbe erinnert. Der zweite Grund ist ein persönlicher: Ich bin gelernter Historiker und habe vor meiner Tätigkeit im Außenministerium zwei Jahre im Bayerischen Staatsarchiv gearbeitet.“ Es sei daran erinnert, dass eine der ersten Veranstaltungen, die der Generalkonsul nach seinem Amtsantritt in Königsberg besuchte, die Eröffnung des historischen Modells der Stadt Tilsit am Tag der Stadt im September vergangenen Jahres war.

Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, wandte sich mit einer klaren und symbolischen Rede an die Besucher der Ausstellung: „Zukunft braucht Vergangenheit. Wie ein Baum seine Wurzeln benötigt, ist für die Entwicklung einer Gesellschaft ihre historische und kulturelle Vergangenheit notwendig. Unter diesem Motto haben wir vor einigen Jahren die Veranstaltung ‚Deutsch-Russisches Forum‘ ins Leben gerufen, und zu den Ergebnissen zählt die bereits erwähnte Ausstellung über Labiau sowie die Ausstellung, die Sie nun sehen. Diese Region hat eine 800-jährige preußische, deutsche und russische Geschichte. Und wir von der Landsmannschaft sind froh, dass die hier lebenden Menschen sich nicht nur für diese Geschichte interessieren, sondern sie auch zum Fundament für die Entwicklung ihrer Gesellschaft machten. Dieses Fundament ist eine wichtige Grundlage für eine gedeihliche Entwicklung des Gebietes in Freiheit und Wohlstand für unsere künftige Zusammenarbeit.“ Um dies zu untermauern, schenkte Grigat dem Gebietsarchiv im Namen der Landsmannschaft Ostpreußen die Ausstellung.

Wolfgang Freyberg, erinnerte daran, dass die Schau im Anschluss noch im Stadtmuseum Tilsit gezeigt werden wird. Er dankte der Landsmannschaft und dem Gebietsarchiv für die erfolgreiche Vorbereitung der Ausstellung und sagte, dass alles gut organisiert gewesen und ohne Probleme vonstatten gegangen sei. Die Organisatoren hatten zirka ein halbes Jahr lang Material in deutschen Archiven gesucht und für die Ausstellung vorbereitet. Dazu gehört eine Grenzkarte aus dem Jahr 1934. Laut Freyberg erlaubte sie es, die Grenze zwischen Ostpreußen und Litauen zu überqueren. So war es den Bewohnern der deutschen Provinz möglich, in Litauen Lebensmittel zu günstigeren Preisen zu kaufen, das heißt, es existierte damals etwas Ähnliches, was es heute zwischen dem Königsberger Gebiet und Polen gibt.

Danach konnten die Gäste sich die Ausstellung in Ruhe anschauen. Auf 28 reich illustrierten Tafeln in deutscher und russischer Sprache wurde eine Fülle von Informationen präsentiert. Sie informierten über die Geschichte der Stadt von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Es gab unter anderem Tafeln, die über verschiedene Seiten im Leben der Stadt berichteten: Szenen des Weltkriegs, die Handelsstadt, religiöse Gemeinden, das Industrieviertel, Verkehrsknotenpunkte zählten zu den Themen. Schwarz-Weiß- und Farbfotografien, Postkarten, Diagramme und Karten halfen, die Atmosphäre des städtischen Lebens nachzuempfinden und in verschiedene Epochen einzutauchen.

Die Ausstellung läuft noch bis Ende Juni, danach geht sie nach Tilsit. *Jurij Tschernyschew*

Bürger wählen, was für die Region von Bedeutung ist

Kulturgemeinschaft ließ per Internet über einen »Kulturkanon Ermland und Masuren« abstimmen

Die Bewohner des südlichen Ostpreußens haben in einer Umfrage einen Kulturkanon der Region gewählt. Es ging darum, das wichtigste Ereignis im Laufe der Jahrhunderte und das berühmteste Werk zu benennen.

Die Ergebnisse der Online-Umfrage wurden am 18. März auf der Burg in Allenstein bekannt gegeben. Sie wurde von der Kulturvereinigung „Borussia“ zusammen mit der Stiftung „Borussia“ organisiert.

Die Bürger der Region hatten vom 1. Januar bis zum 29. Februar die Gelegenheit, ihre Stimmen zu 240 Vorschlägen abzugeben. Sie waren von 36 Experten vorbereitet worden. Unter diesen Fachleuten waren die Vertreter der wichtigsten Institutionen, kulturellen Organisationen, der Wissenschaft und der nationalen Minderheiten.

Als Folge der Internetaktion entstand die Rangliste der beliebtesten Symbole, die mit dem südlichen Ostpreußen verbunden sind. Diese waren in vier Kategorien unterteilt. Es waren: „Raum“, „Ereignisse“, „Werk“, „Persönlichkeit“.

Die masurischen Alleen gewannen in der Kategorie „Raum“ als untrennbares Symbol der Landschaft der Region. In der Kategorie „Ereignisse“ gewann die Schlacht von Tamnnenberg. Die Arbeit „De Revolutionibus Orbium Coelestium“ (Über die Kreisbewegungen der Himmelskörper) aus dem Jahre 1543 von Nicolaus Copernicus würdigten die Befragten als wichtigstes „Werk“. Der kürzlich verstorbene Allensteiner Arzt Paweł Adamus erhielt die meisten Stimmen in der Kategorie „Persönlichkeit“ .

Die Experten erstellten innerhalb der Kategorien eine eigene Rangfolge. In der Kategorie „Raum“ gewannen Frauenburg und Domburg, in der Kategorie „Ereignisse“ die Schlacht von Tannenberg von 1410, in der Kategorie „Werk“ der Roman das „Heimat Museum“ von Siegfried Lenz, und in der Kategorie „Persönlichkeit“ der berühmte Astronom Nicolaus Copernicus.

Alleen und Copernicus führend

Es waren auch Werke wie „Geschichte von Masuren. Beitrag zur Geschichte des Landes und der preußischen Kultur“ von Max Toeppen, „Auf den Spuren der Wehmut“ von Melchior Wankowicz oder „Namen, die keiner mehr kennt“ von Marion Gräfin Dönhoff genannt worden.

Sowohl Experten als auch die Befragten nannten in der Kategorie „Ereignisse“ neben der Schlacht von Tannenberg auch die Volksabstimmung in Ostpreußen von 1920, die Gründung des Staates des Deutschen Ordens in Preußen 1230/1231, die Schlacht von Tannenberg 1914 sowie das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Übernahme der Verwaltung des südlichen Ostpreußens durch Polen im Jahr 1945.

Professor Robert Traba war Initiator der Umfrage über einen Kulturkanon der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Er betonte in seinem Kommentar zu den Ergebnissen, dass „die Suche nach dem Kulturkanon eine Notwendigkeit ein Gleichgewicht zwischen den Leistungen der Vergangenheit und den Traditionen und der Gegenwart und der Zukunft“ zu entdecken. Er glaubt, dass die Ergebnisse des Kulturkanons interessant, aber nicht überraschend seien, weil immer noch zu sehr vergessen werde, dass die Regionen trotz der Namen, die zu ihnen gehören, nicht aus einem Guss seien. Nach seiner Meinung ist die gegenwärtige Woiwodschaft Ermland-Masuren nicht nur das Ermland und Masuren, sondern auch seit Hunderten von Jahren Elbing sowie Deutsch Eylau, Löbau oder Preußisch Holland und Bartenstein. Obwohl sie nie zu einem historischen Ermland oder ethnographisch definierten Masuren gehört hätten, hätten auch ihre Traditionen ein vielfältiges und reiches Bild der Region geschaffen.

Traba gab zu, dass die Wahl des kürzlich verstorbenen Allensteiner Arztes Paul Adamus inmitten der historischen Persönlichkeiten überrascht hat. Dies zeige, dass die Kriterien des Kanons in der öffentlichen Wahrnehmung unmessbar seien, der vorzeitige Tod des Doktors Adamus deute darauf hin, dass die Menschen suchen und sich nach universellen Werten wie Ehrlichkeit und Engagement für andere sehnen.

Die Kulturgemeinschaft „Borussia“ ist im Jahr 1990 in Allenstein gegründet worden. Sie setzt sich für die Bildung und die Vertiefung einer Kultur des Dialogs und der Toleranz zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, Religionen, Traditionen sowie für die Mitgestaltung der Zivilgesellschaft ein.

Leszek Chaburski



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Fortsetzung folgt – so könnte man in jeder Kolumne schreiben, denn unsere Ostpreußische Familie läuft ja nahtlos weiter, Woche für Woche, Ausgabe für Ausgabe. Fortsetzung folgt – diese Anmerkung kann man speziell auch bei manchen Angelegenheiten machen, die wir glücklich beendet glaubten, von denen wir meinten: Da kommt nichts mehr. Irrtum: Nach drei sehr unterschiedlichen Fällen, die Gesangbücher betrafen, kommen nun Nr. 4 und 5 auf den Tisch, und auch hier handelt es sich um eine ganz besondere Geschichte, und sie berührt einen schon sehr. Denn sie betrifft zwei sehr alte und sehr schwere Gesangbücher, die eine alte Ostpreußin im Fluchtgepäck mitnahm, und die sie bis zu ihrem Tod als ihr kostbarstes Gut hütete. Ihr Enkel hat sie uns übersandt, denn er meint, wenn jemand in der Lage sei, die Bücher an die „richtige Stelle" weiter zu geben, dann wären wir es. Das ehrt uns sehr, und wir werden uns auch bemühen, seinen Wunsch so gut wie möglich zu erfüllen. Der Enkel, **Manfred Hofer** aus Leichlingen, ist mit seinen 88 Jahren auch schon lange im Seniorenalter und möchte nicht, dass diese von ihm sorgsam verwahrten Bücher in der Papiertonne landen. Das wäre auch nicht zu verantworten, denn die Gesangbücher stellen eine Besonderheit dar, da das eine in deutscher, das andere in litauischer Sprache gehalten ist. Dabei muss das letztere aus dem 19. Jahrhundert stammen, die Seiten mit der Titelei sind leider nicht mehr vorhanden. Bei dem deutschen Gesangbuch handelt es sich um eine Ausgabe des 1902 in Gumbinnen gedruckten Evangelischen Gesangbuches für Ost- und Westpreußen, unter Zustimmung der Provinzial-Synode vom Jahre 1884 herausgegeben vom Königlichen Konsistorium der Provinzen Ost- und Westpreußens.

Als die Familie Hofer im November 1944 ihren Heimatort Weidenfließ (früher Blindupönen), Kreis Tilsit-Ragnit verlassen musste, war die 1857 geborene Großmutter **Auguste Ussat** bereits 88 Jahre alt. Trotzdem packte sie die beiden schweren, mit metallenen Verschlüssen versehenen „Gebetbücher", wie sie die beiden Bände mit den Liedertexten nannte, in einen Rucksack und ließ ihn nicht vom Rücken, wohin der Fluchtweg die alte Frau auch verschlug. Ihr Enkel Manfred Hofer berichtet darüber:

„Mit zwei schwer beladenen Pferdewagen begaben wir uns auf die Flucht und kamen bis Königsberg, wo unsere Familie durch die Kampfhandlungen auseinander gerissen wurde. Mein Vater wurde kurzerhand zum Volkssturm beordert. Meine Schwester und ich sind auch getrennt worden. Meine Großmutter und ihre Tochter – meine Mutter – waren fortan auf sich alleine gestellt. Sie konnten nur das Allernotwendigste mitnehmen. Aber diese beiden Gebetbücher waren Omas wertvollster Besitz, von denen sie sich nie trennte. Sie schleppte den Rucksack auf ihrem langen Fluchtweg, der über Pillau, die Halbinsel Hela und über die Ostsee nach Dänemark in das Flüchtlingslager Aalborg führte. Erst 1948 fand unsere Familie sich wieder zusammen."

Großmutter Auguste konnte die Vereinigung noch erleben, sie verstarb vier Jahre später im Alter von 95 Jahren. Für die Familie wurden die beiden Gebetbücher, die Auguste Ussat hinterließ und aus denen sie bis zu ihrem späten Tode Kraft geschöpft hatte, nicht nur zum Andenken an die Großmutter, sondern auch zu einer kleinen Familienchronik. Denn die Großmutter hatte seit dem Jahr 1913 handschriftliche Eintragungen vor allem in dem litauischen Gesangbuch vorgenommen, die eine Art „Sterbeurkunde" sind, denn es handelt sich um die Dokumentierung der Todesdaten ihrer nächsten Angehörigen. Dass die Großmutter dafür das litauische Gesangbuch wählte, dürfte daran liegen, dass es wahrscheinlich aus dem Besitz ihrer Mutter stammte, die vermutlich aus einer litauischen Familie kam, und es ist anzunehmen, dass das Buch schon ihr gehört hatte. Auch Auguste sprach fließend Litauisch, die Eintragungen sind aber in deutscher Schrift gehalten. Der älteste Vermerk steht auf der inneren Einbandseite: „Meine Mutter verstarb am Sonnabend, den 18. Januar 1913, beerdigt am Mittwoch, den 22. Januar!" Fünf Jahre später folgt eine Eintragung über den Tod ihres Bruders und im Jahr 1922 über den ihres Ehemannes: „Mein Mann ist gestorben am Donnerstag, den 30. März, abends um halb 7 Uhr und beerdigt am Mittwoch, den 5. April." Der letzte Vermerk stammt aus dem Jahr 1940 und betrifft den Tod von einer Tante **Berta**. Das deutsche Gesangbuch könnte man mit Recht als „Gebetbuch" bezeichnen, denn in ihm ist fast jeder freie Platz mit handgeschriebenen Gebeten ausgefüllt, alle in deutscher Schrift mit Bleistift geschrieben, schon halb verlöscht und deshalb sehr schwer zu lesen. Aber durch diese Eintragungen gewinnen beide Bücher, die Auguste Ussat dazu verhalfen, Krieg, Flucht, Internierung und den endgültigen Verlust der Heimat zu überstehen, an Zeugniskraft über ein Leben in tiefer Gläubigkeit. Kein Wunder, dass der Enkel schreibt: „Betonen möchte ich noch, dass es uns äußerst schwer fällt, die Bücher aus der Hand zu geben."

Sie liegen nun bei mir und warten darauf, einen Platz finden, der ihrer Geschichte gerecht wird. Und er scheint auch schon gefunden zu sein, denn ich habe erste Gespräche mit Herrn **Günter Uschtrin** geführt. Der Chronist des Kirchspiels Coadjuthen im Memelland ist nicht nur Verfasser einer für ein kleines Kirchspiel einmaligen Dokumentation – dem Buch „Wo liegt Coadjuthen" –, sondern hat auch in der Verbindung der ehemaligen Bewohner zu den heutigen Bürgern des Ortes viel bewirkt. Als Nachfahre einer seit Jahrhunderten dort ansässigen Familie hat er es zu Wege gebracht, dass die deutsche Vergangenheit in der alten Patronatskirche sichtbar ist in Form von Gedenktafeln für die in den Weltkriegen Gefallenen und hörbar im Spiel der mit deutschen Spenden ermöglichten neuen Orgel – ein Brückenschlag über Zeiten und Grenzen hinweg. Die beiden Gesangbücher – das eine in deutscher, das andere in litauischer Sprache – würden diesen Brückenschlag geradezu symbolisieren, wenn sie einen geeigneten Platz in dem schönen Gotteshaus finden. Doch das ist erst ein Vorschlag, den ich Herrn Uschtrin unterbreitet habe, und wir werden demnächst die weiteren Schritte besprechen. Ich glaube, Herr Manfred Hofer wird mit dieser Lösung sicherlich einverstanden sein.

Meine Geburtstagspost „zum Hundertsten" birgt so manche Überraschung, die über den eigentlichen Rahmen hinausgeht. So bekam ich einen herzlichen Glückwunsch von den Gästen, die am „Theodor Gottlieb von Hippel Familientag" auf dem Harderhof in Hamburg-Moorfleet teilnahmen. Erfreut nahm ich das von Frau **Gisela Harder** übermittelte Dankeschön – „dafür, dass Sie uns über so viele Jahre hinweg jede Woche mit der Ostpreußischen Familie die Heimat wiedergeben" – in Empfang. Mit der Kulturreferentin der Kreisgemeinschaft Mohrungen stehe ich seit Langem in Verbindung, aber dass sie nun einen Familientag zum 275. Geburtstag des Königsberger Schriftstellers und Gelehrten auf ihrem schönen Hof arrangierte, machte mich wissbegierig, denn was bedeutete „Familientag"? Also nachgefragt und siehe da: Diese Bezeichnung ist berechtigt, denn Gisela Harders Mutter **Erika**, eine geborene **von Hippel**, ist eine Nachfahrin des Staatsmannes, der in der preußischen Erhebung eine große Rolle spielte und den Aufruf „An mein Volk" verfasste. Geboren wurde er als Lehrersohn in Gerdauen – und nun kann Frau Harder mit einer Neuigkeit aufwarten, die sie schon in ihrer Gratulation andeutete: Die am Familientag auf dem Harderhof Versammelten beschlossen, eine Gedenktafel anfertigen zu lassen, die am Schulhaus in Gerdauen angebracht werden soll. Auf der Tafel wird in deutscher und russischer Schrift eine Inschrift darauf hinweisen, dass hier 1741 Theodor Gottlieb von Hippel geboren wurde. Wir werden über dieses Vorhaben berichten, sobald wir von Frau Harder Näheres erfahren haben.

Und dabei wären wir bei der Nachlese oder besser Spätlese meines 100. Jahrganges, denn noch immer kommen Glückwünsche und füllen weiter den Gratulationskorb. Und besonders freue ich mich, wenn mir mitgeteilt wird, dass und wie unsere Ostpreußische Familie dazu beigetragen hat, Wünsche zu erfüllen oder Wege zu weisen, die letztendlich zu einem Erfolg führten. So konnte mir eine Leserin aus Ludwigsburg mitteilen, dass sich ihre Familienprobleme endlich gelöst hätten – nach langen Jahren des Schweigens nun eine erfreuliche Nachricht. Vor zehn Jahren hatte die verzweifelte Mutter nach einem ihrer Söhne gesucht, von dem sie wusste, dass und wo er lebte, aber er wich ihr und allen Mitsuchern aus. Wir hatten in unserer Kolumne den Sohn aufgefordert, sich bei seiner Mutter zu melden, aber die Probleme, die ihn damals beschäftigten, ließen dies wohl nicht zu, oder er wollte sie nicht damit belasten. Und nun kam es im vergangenen Jahr endlich zu einer glücklichen Lösung: Der Sohn suchte seine Mutter auf, als diese im Krankenhaus lag und die Ärzte sie schon aufgegeben hatten, und mit ihm kamen Schwester und Bruder, der diesen Besuch mit Hinweis auf ihren schweren Krankenstand bewirkt hatte, sodass die Mutter nun ihre drei Kinder um sich hatte. Nachdem sie auf Drängen der Kinder operiert wurde, lebt sie nun heute wieder daheim, muss zwar dreimal in der Woche zur Dialyse, aber das nimmt sie gerne in Kauf, wie sie schreibt: „Ich darf trotz aller Behinderung im täglichen Leben mich noch weiterhin an meinen Kindern und meinem jüngsten Enkel, der Natur, der schönen Musik und viel Lesestoff erfreuen. Mein so lange verschwundener Sohn ruft mich mehrmals in der Woche an und erfreut mich immer wieder mit aufmunternden Gesprächen. Und wenn der liebe Gott es will, darf ich auch noch im Juni dieses Jahres meinen 90. Geburtstag begehen!" Und diese Hoffnung teilen wir mit Ihnen, liebe Heimatgefährtin, und freuen uns über den nun eingekehrten Familienfrieden, der Ihnen die Beschwerden, die Krankheit und Alter mit sich bringen, so viel leichter machen wird. Über die 100 wollen wir noch gar nicht sprechen

Ich hatte sie auch nicht im Visier, als ich 90 wurde. Selbst unser damaliger Sprecher, Herr Wilhelm von Gottberg, räumt jetzt ein, dass es ihm vor zehn Jahren ausgeschlossen schien, dass er mir auch zum 100. Geburtstag gratulieren würde. Nun hat er es doch getan, und ich habe mich sehr darüber gefreut, denn er findet in seiner Gratulation auch anerkennende Worte für unsere Familienarbeit: „Ihr wacher Geist erfordert eine tägliche Konzentration auf das Wesentliche. Für Sie ist das Wesentliche zu einem erheblichen Teil die Ostpreußische Familie." Ja, das Wesentliche! Ich muss daran denken, was meine Lehrerin mir vor 85 Jahren in das Poesiealbum geschrieben hatte: „Mensch, werde wesentlich, denn wenn die Welt vergeht, dann fällt der Zufall weg, das Wesen, das besteht!" Eine Welt ist für uns vergangen, unsere Heimatwelt, aber sie lebt in uns weiter. Wie es auch eine Frau **Anneliese Junghans** aus Osnabrück in Ihrem Glückwunsch zum Ausdruck bringt: „Wir Heimatvertriebene fühlen uns durch die Ostpreußische Familie immer wieder wie mit einem mentalen Band miteinander und der Heimat verbunden. Das tut so gut!" Ein wundervolles Schlusswort, danke, liebe Frau Junghans!

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Laufen und Tagen

Wie der 775. Jahrestag der Schlacht bei Liegnitz vor Ort begangen wird

Zum 750. Jahrestag der Schlacht eines vereinten deutschen und polnischen Ritterheers gegen die Mongolen auf der Wahlstatt bei Liegnitz hatten die deutsche und die polnische Post erstmals eine gemeinsame Briefmarke herausgebracht. Zum 9. April 2016 steht nun das „kleine Jubiläum" des 775. Jahrestages an.

Eine örtliche Läufergruppe, die als „Vereinigung jeglicher Aktivität und des Amateursports" (Zawisza) auftritt und von kommunalen Gliederungen unterstützt wird, hat sich dazu ein Halbmarathon einfallen lassen. Pikanterweise spielt die Abkürzung „Zawisza" auf den legendenhaften Deutschordensritter Zawisza Czarny von Garbow an, der dem Orden abschwor. In der Schlacht von Tannenberg der polnisch-litauischen Union gegen den Orden soll der Ritter vermutlich deutscher Herkunft die polnische Fahne gerettet haben.

Der Halbmarathon soll den Amateursportgedanken fördern und „Zivilisationskrankheiten vorbeugen" helfen. Man wolle für die Notwendigkeit des Baus von Fahrrad- und Gehwegen werben sowie die Berücksichtigung körperlicher Aktivitäten bei der Stadtplanung. Die Veranstalter nennen als eine weitere Motivation jedoch auch die Absicht, mit der Veranstaltung „die patriotische Haltung unter den Einwohnern von Liegnitz und seiner Umgebung" zu fördern, indem an die Schlacht bei Wahlstatt erinnert und damit eines wichtigen Ereignisses der polnischen Geschichte gedacht werden solle. So führt die Trasse vom Oppelner Piastenschloss, der ehemaligen Residenz der Herzöge von Oppeln in ihrer Residenzstadt Oppeln bis zum historischen Schlachtfeld.

Weniger sportlich dürfte die historische Tageskonferenz zur Schlacht verlaufen, die das Priesterseminar der Diözese Liegnitz veranstaltet. Den letzten der vier Vorträge wird der Professor Romuald Szeremietiew zu dem Thema „Schlacht von Liegnitz – Polen als Vorposten des christlichen Europas" halten. Ein deutscher Referent ist nicht vorgesehen.

Edmund Pander



Bild: Pander

Ankündigungsplakat für den Halbmarathon

Brennende Merkel

ONR-Demo zur Asypolitik in Breslau

Aus Anlass der Attentate in Brüssel hatte das Nationalradikale Lager (Obóz Narodowo-Radykalny, ONR) für vergangenen Sonnabend zu einer „Manifestation zur Verteidigung des christlichen Erbes Europas" aufgerufen. Kahlgeschorene junge Männer dominierten die Szene. Unter ihnen waren auch zahlreiche Fans des Fußball-Erstligisten Slask Wroclaw. Schon auf dem Weg in die Innenstadt waren deren Transparente zu erkennen, mit denen sie sich auf das kommende Heimspiel gegen den Klub Sportowy Cracovia einstimmte, wobei das O in „Cracovia" in Form des Judensterns dargestellt war. Papst Johannes Paul II. war Anhänger des als bürgerlich-intellektuell geltenden Klubs aus Krakau, dem Rechtsradikale eine „verjudete" Anhängerschaft attestieren.

Als Einpeitscherin agierte vor dem Breslauer Rathaus Justyna Helcyk. Die regionale ONR-Führerin, blonde Mittzwanzigerin und Chemiestudentin rechnete mit der Breslauer Obrigkeit ab, der sie falsche Ideale vorwarf und eine Kulturpolitik, die blasphemische und pornografische Darbietungen unterstütze.

Immer wieder wurden ihre Ausführungen, von dem sich reimenden Schlachtruf „Opami taj si rodaku, Polska tylko dla Polaków" (Besinne Dich Volksgenosse, Polen nur für Polen) unterbrochen. Auf den Plakaten war unter anderem zu lesen: „Heute Immigranten, morgen Terroristen" oder „Sie haben Allah, weil sie das Kreuz nicht wollten."

Schließlich verbrannte Roman Zielinski Bilder von Angela Merkel. Zielinski ist Autor des Buches „Jak pokochalem Adolfa Hitlera" (Wie ich Adolf Hitler lieben gelernt habe), dessen Veröffentlichung ihm ein halbes Jahr gemeinnütziger Arbeit einbrachte. *E.P.*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Napierski, Helene, geb. **Witzki**, aus Winsken, Kreis Neidenburg, am 12. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Hoffmann, Ella, geb. **Koose**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 10. April
Kohse-Grebenstein, Frida, geb. **Augstein**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 14. April
Oehm, Elsbeth, geb. **Malessa**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 12. April
Rubsch, Luise, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 10. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Krolczik, Hildegard, geb. **Olschewski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 12. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Arndt, Anny, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April
Schwan, Gertrud, geb. **Schidlowski**, aus Paradies, Kreis Mohrungen, am 14. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Achenbach, Kurt, aus Schuggern, Kreis Ebenrode, am 13. April
Körner, Hedwig, geb. **Prengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. April
Milius, Gustav, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. April
Schlette, Gertrud, geb. **Schäfer**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 11. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fröse, Willy, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. April
Herold, Johanna, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Juckel, Ursula, geb. **Wohlgemuth**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 14. April
Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Balsam, Alma, geb. **Kirstein**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 9. April
Däumel, Irmela, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. April
Elste, Gertrud, geb. **Gollub**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. April
Jessolat, Erich, aus Schwanen, Kreis Ebenrode, am 9. April
Krug, Ingeborg, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. April
Lukasczyk, Hildegard, geb. **Wittke**, aus Sielacken, Kreis Wehlau, am 11. April
Mildner, Ruth, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April
Peter, Elizabeth, geb. **van den Pluijm**, aus Wehlau, am 14. April
Saborowski, Ida, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 8. April
Schnitzer, Else, geb. **Bärenstrauch**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 12. April
Schulewski, Hildegard, geb. **Dombrowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April
Siemokat, Hans, aus Altsnappen, Kreis Schloßberg, am 10. April
Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beyer, Emma, geb. **Mauer**, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 14. April
Bludau, Erika, aus Lyck, am 14. April
Brozio, Walter, aus Lyck, Morgenstraße 10, am 8. April
Klein, Margarete, geb. **Dorroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. April
Kossak, Helga, geb. **Grícksch**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April
Krohn, Ellinor, geb. **Hinz**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 8. April
Kusch, Günther, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 8. April
Macheit, Gisela, geb. **Rose**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 10. April
Schulz-Harbrücker, Ilse, aus Lötzen, am 14. April
Schwidder, Gertrud, geb. **Godzinski**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. April
van Balen, Herta, geb. **Bogdahn**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 14. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Borutta, Gerhard, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April
Breitmoser, Robert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April
Haupt, Fritz, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 8. April
Henseleit, Ursula, geb. **Bartnick**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 9. April
Kirschbacher, Paul, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April
Lindemann, Karl-Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April
Michaelis, Helmut, aus Mossycken, Kreis Samland, am 9. April
Rasch, Helga, geb. **Kaminski**, aus Lötzen, am 8. April
Scheerenberger, Heinz, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 10. April
Skupsch, Christine, geb. **Richter**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Struck, Hildegard, geb. **Girod**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. April
Szilinski, Helene, geb. **Dehn**, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 12. April
von Bostell, Ingeburg, aus Königsberg, am 14. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alex, Elfriede, geb. **Kasten**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 11. April
Arnold, Gertrud, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 12. April
Christofzik, Hans, aus Lisken, Kreis Lyck, am 11. April
Dittrich, Gerda, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April
Dmytrow, Margarete, geb. **Bonk**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 10. April
Dronsek, Herbert, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 8. April
Kannenberg, Elfriede, geb. **Czaczkowski**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 12. April
Klaus, Elfriede, geb. **Arndt**, aus Lehndorf, Kreis Samland, am 12. April
Klein, Reinhold, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. April
Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April
Mlynek, Eva, geb. **Stallzus**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 14. April
Pille, Hedwig, geb. **Nientkewitz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. April
Radeck, Horst, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, und Eisermühl, Kreis Lötzen, am 8. April
Rogowsky, Margot, geb. **Remscheidt**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. April
Unverricht, Fritz, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. April
Zerner, Rose, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boerner, Erika, geb. **Schaknat**, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 9. April
Burchard, Elisabeth, aus **Disselberg**, Kreis Ebenrode, am 10. April
Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April
Falk, Willi, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 10. April
Flade, Helene, geb. **Fink**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. April
Froriep, Marie, geb. **Kochanowski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. April
Jahoff, Waltraut, geb. **Reich**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Janotta, Gertrud, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 13. April
Krooß, Hildegard, geb. **Markowski**, aus Allenstein, am 7. April
Lemke, Brigitte, geb. **Scheumann**, aus Ortelsburg, am 9. April
Moser-Schrader, Waltraut, geb. **Schrader**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 10. April
Perske, Irma, geb. **Rimkus**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 11. April
Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April
Raeder, Hans, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. April
Ramminger, Gerhard, aus Kiefernberg, Kreis Schloßberg, am 10. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Aschendorf, Herbert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 9. April
Augustat, Ruth, geb. **Kollmann**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 9. April
Bahlmann, Ingrid, geb. **Knopff**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 8. April
Blischke, Anneliese, geb. **Sinofzik**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Danielzik, Gerda, geb. **Brandstädter**, aus Gregerswalde, Kreis Lötzen, am 12. April
Duus, Christel, geb. **Trox**, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Goertz, Lieselotte, geb. **Kroll**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 9. April
Häflinger, Frieda, geb. **Perkampus**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 11. April
Kowalewski, Erwin, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 14. April
Lischke, Doris, geb. **Mattukat**, aus Fuchsberg, Kreis Samland, am 8. April
Ludwig, Eva, geb. **Link**, aus Germau, Kreis Samland, am 13. April
Misfeldt, Anni, geb. **Zwinckmann**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 9. April
Möller, Waltraud, geb. **Willamowski**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 11. April
Mottel, Ewald, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 14. April
Müller, Dorothea, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. April
Polok, Lieselotte, geb. **Gallmeister**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Preuß, Eva, geb. **Schulz**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 13. April
Reetz, Adelheid, geb. **Pentzek**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. April

Reiß, Frieda, geb. **Rogowski**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 8. April
Remmers, Liesbeth, geb. **Kecker**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 8. April
Romeike, Hans, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 10. April
Schiminski, Lucie, geb. **Gerigk**, aus Jomendorf, Kreis Allenstein, am 8. April
Stocks, Maria, geb. **Dormeyer**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 13. April
Vogelgesang, Arno, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April
Wagner, Lydia, geb. **Goy**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 11. April
Weihs, Herbert, aus Jorksdorf, Kreis Labiau, am 8. April
Wetzelt, Hildegard, geb. **Nitzkowski**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beck, Ursula, geb. **Richard**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 12. April
Brettschneider, Klaus, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. April
Dibowski, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Gollnow, Margarete, geb. **Wisbar**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 11. April
Grigutsch, Ruth, aus Milken, Kreis Lötzen, am 9. April
Grothaus, Lieselotte, geb. **Leißner**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. April
Hoppe, Elisabeth, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. April
Jelowik, Helmut, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. April
Kempa, Alice, geb. **Kibath**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 12. April
Koch, Gertrud, geb. **Spriewald**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Lask, Manfred, aus Statzen, Kreis Lyck, am 8. April
Lusardi, Reintrud, geb. **Podbielski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 9. April
Pawlack, Erwin, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. April
Petruck, Herta, geb. **Marquardt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April
Piotrowski, Gert, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 8. April
Pönopp, Gerhard, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 8. April
Radtke, Edith, geb. **Jegelka**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 14. April
Spindler, Christel, geb. **Kalinka**, aus Lyck, am 11. April
Tobaschus, Dieter, aus Grunau, Kreis Sensburg, am 14. April
Uhl, Helga, geb. **Wallis**, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 8. April
Widderich, Ilsetraut, geb. **Klein**, aus Pillau, Kreis Samland, am 11. April
Wolters, Hildegard, geb. **Petereit**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 14. April
Wysotzki, Bärbel, aus Treuburg, am 10. April
Zwölfer, Anne, geb. **Haub**, aus Treuburg, am 10. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Büttler, Peter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. April
Haupt, Ursula, geb. **Rohmann**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 9. April
Mai, Ulrich, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 11. April
Peetz, Dietmar, aus Neidenburg, am 9. April
Samorski, Helga, geb. **Totzek**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 12. April
Uschkamp, Dietrich Walter, aus Treuburg, am 10. April



Behrens, Wilhelm, und Ehefrau Lisa, geb. **Hartwig**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 10. April
Krupka, Günter, und Ehefrau Renate, geb. **Fritsch**, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 11. April

TERMINE DER LO

2016
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. bis 16. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

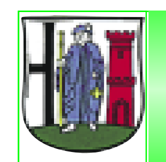
Zeitzeugen gesucht

Die Geschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen (BdV) erreichen zahlreiche Anfragen von Lehrern, Studenten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie Journalisten nach Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung, die beispielsweise im Rahmen einer Unterrichtsstunde bereit sind, sich im persönlichen Gespräch Fragen zu ihrem Schicksal und ihren Erlebnissen stellen zu lassen. Ein Zeitzeuge, der authentisch erzählen kann, ist als Multiplikator für das Vermitteln des Lebens in der Heimat, des erlebten Leides, aber auch des Ankommens in der neuen Heimat unübertroffen.

Aus diesem Grund bitten wir alle diejenigen, die sich in der Datenbank registrieren lassen möchten, sich schriftlich bei Roland Zillmann (BdV) zu melden: BdV-Bundesgeschäftsstelle, Grundsatz- und Jugendfragen, z. Hd. Herrn Roland Zillmann, Godesberger Allee 72–74, 53175 Bonn.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

Korrektur

Das gemeinsame Jahrestreffen der Stadt- und Kreisgemeinschaft Allenstein am Sonnabend, 10. September, im Schloss Horst in Gelsenkirchen beginnt nicht um 15 Uhr, wie in der Ausgabe 12, Seite 16 der *PAZ*, berichtet, sondern schon um 13 Uhr.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Treffen in Gera

Sonnabend, 23. April, Gera: Nachbarschafts-Treffen mit Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit im Penta-Hotel, Gutenbergstraße 2.

Zweite Flugreise

Schnell ausgebucht war die Flugreise nach Ostpreußen, die Dieter Wenskat im Mai organisiert. Um allen Interessenten gerecht zu werden, bietet er daher vom 20. bis 26. September eine ähnliche zweite Tour an. Im Unterschied zur Mai-Reise wird es zudem verschiedene Abflugorte in Deutschland geben, sodass die Anreise bequemer wird. Die Mindestteilnehmerzahl liegt bei 18 Personen, die maximale Gruppengröße bei 20 Personen. Hier das Tagesprogramm (Änderungen vorbehalten):

1. Tag: Am Vormittag Linienflug mit LOT Polish Airlines wahlweise ab Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg oder München nach Warschau und von hier gemeinsamer Weiterflug nach Danzig. Ankunft ist um 14.25 Uhr. Am Flughafen in Danzig werden Sie von Ihrer polnischen Reiseleitung empfangen, anschließend Transfer zum Hotel „Wolne Miasto“ direkt in der Danziger Altstadt. Am Nachmittag erwartet Sie Ihre Reiseleitung zu einem geführten Rundgang in die prächtig restaurierte Altstadt. Anschließend bleibt genügend Zeit für eigene Unternehmungen. Die Danziger Altstadt hat neben historisch Wertvollem und Sehenswertem auch ein quirliges Nachtleben mit kleinen Bars, urigen Kneipen und trendigen Musikclubs zu bieten.

2. Tag: Nach dem Frühstück holt Sie Ihre russische Reiseleitung, die Sie während des gesamten weiteren Reiseverlaufes begleiten wird, am Hotel in Danzig ab. Busfahrt nach Norden über den polnisch-russischen Grenzübergang und nach Osten bis nach Tilsit. Unterwegs sind Besichtigungsstopps an der restaurierten Kirche von Arnau am östlichen Rand von Königsberg sowie des Klosters in Sandfelde südlich von Tilsit vorgesehen. Am Nachmittag Stadtführung durch Tilsit. Beim Gang durch Hohe Straße mit ihren heute hübsch restaurierten Jugendstilfassaden können Sie die einstige Schönheit der Stadt erahnen. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

3. Tag: Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge. Am Nachmittag geht es durch den südlichen Teil der Elchniederung. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und erleben Ostpreußen als Naturparadies. Sie unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Eichwaldes und besuchen bei Lauknen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist auch der Tisch zu einem gemeinsamen Mittagessen gedeckt. Am Nachmittag Weiterreise in das Samland bis nach Cranz an der ostpreußischen Ostseeküste. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

5. Tag: Der heutige Tagesausflug führt nach Königsberg. Bei der Stadtrundfahrt durch die frühere Provinzhauptstadt besuchen Sie Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste. Am neuen Fischdorf werden Sie im Restaurant zu einem gemeinsamen Mittagessen erwartet, anschließend unternehmen Sie eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel. Ein weiterer Höhepunkt der Reise ist der Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

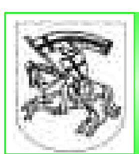
6. Tag: Ganztägiger Ausflug auf die Kurische Nehrung. Die rund 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee und ist durch eine atemberaubende Naturlandschaft mit den höchsten Wanderdünen Europas gekennzeichnet. Bei Rossitten besuchen Sie die berühmte Vogelwarte. Beim anschließenden Spaziergang auf die Ephadüne haben Sie einen besonders schönen Ausblick auf das Haff, die Nehrung und die Ostsee. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

7. Tag: Nach dem Frühstück Transfer über die russischen-polnische Grenze bis zum Flughafen Danzig. Über Warschau erfolgt dann die Heimreise.

Anmeldung und weitere Informationen bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



Danziger Flughafen: Am 20. September wird die Reisegruppe von Dieter Wenskat hier eintreffen. Nach einer Übernachtung geht es per Bus weiter Bild: Artur Andrzej/Wikipedia



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Ortstreffen

Sonnabend, 23. April, Timmendorfer Strand: 24. Ortstreffen Neukuhren im Hotel Gorch Fock, Strandallee 152, 23669 Timmendorfer Strand. Telefon (04503) 899111.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

Montag, 25. bis Freitag, 29. April, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Gästehaus Maria Friedensthal, Im Friedensthal 46.

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Treffen in Berlin

Donnerstag, 21. April, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Thema: „Landleben in Ostpreußen“. Informationen: Marianne Becker, Charlottenstraße 41, 12247 Berlin, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Straße der Jugend 2, 17268 Templin, Telefon (03987) 208082.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zum 70. von Brunhilde Schulz



Am 2. April feierte Brunhilde Schulz ihren 70. Geburtstag. Die geborene Sauerländerin hat während der ersten Ostpreußenreise gemeinsam mit ihrem Mann Siegfried (gebürtiger Heiligenbeiler) Ostpreußen kennen- und lieben gelernt. Brunhilde und ihr Mann sind nun schon mehrere Jahre ehrenamtlich für die Kreisgemeinschaft tätig. Im März 2011 wurde sie zur Beisitzerin im Vorstand gewählt. In dieser Funktion übernahm sie die Arbeit im Bereich Publikation. Mit sehr großem Elan und schriftstellerischen Fähigkeiten bringt sie sich in verschiedenster Art ein, unter anderem als Schriftleiterin für das Heimatblatt. Ihr Motto: Unmöglich – gibt es nicht – alles wird sofort erledigt!

Ausgezeichnet wurde Brunhilde Schulz im September 2015 für ihr Engagement für die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil mit der Silbernen Ehrennadel. Die jährliche Reise in die ehemalige Heimat ihres Mannes steht für das Ehepaar Schulz fest auf dem Terminkalender. Ihr Wissen über den Kreis Heiligenbeil ist umfangreicher als bei so manchem „Einheimischem“.

Stellvertretend für den Vorstand gratuliere ich Brunhilde Schulz recht herzlich zum Geburtstag und wünsche ihr für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem aber Gesundheit! *Elke Ruhnke, Kreisvertreterin*



Gratulation zum Geburtstag: Brunhilde Schulz ist am 2. April 70 geworden Bild: privat

Sondertreffen Zinten-Land

Freitag, 15. bis Sonntag, 17. April, Altenau: 28. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land in der Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.

HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Heimatbrief Nummer 17

Heimatbrief der Kreisgemeinschaft Heilsberg







Mit vielfältigen Themen und Berichten auf rund 100 Seiten ist jetzt der Heimatbrief Nummer 17 der Kreisgemeinschaft erschienen. „Den Schwerpunkt bildet Guttstadt“, schreibt Erwien Popien, Schriftleiter und Kreisvertreter. im Editorial. Die 13-seitige, reichbebilderte Titelgeschichte „Heilsberg und Guttstadt – Perlen des Ermlands“ wurde vom Kulturzentrum Ostpreußen beigesteuert. Herr Popien versendet den Heimatbrief auf Anfrage als PDF-Datei. Er kann auch in einer gedruckten Version angefordert werden. Info: Erwin Popien, Eichendorff-Straße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus14@gmail.com.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 9. April, 16.05 Uhr, WDR: Porträt Helmut Schön – Der Mann mit der Mütze.

Sonnabend, 9. April, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Mythos auf dem Prüfstand (3): Jack the Ripper.

Sonnabend, 9. April, 20.15 Uhr, ARD-alpha: Geschichte Mitteldeutschlands (76): Mathilde von Quedlinburg – Vom Mädchen zur Machtfrau.

Sonnabend, 9. April, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Heinz Erhardt.

Sonnabend, 9. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Deutsche Spuren in Russland – Von Zaren, Siedlern und Soldaten. Dokumentation, D/R 2015.

Sonnabend, 9. April, 21 Uhr, Phoenix: Als die Russen kamen ... und gingen.

Sonnabend, 9. April, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Loriot – Eine Erinnerung.

Sonnabend, 9. April, 22.05 Uhr, 3sat: Max Frisch, Citoyen. Porträt, CH 2008.

Sonntag, 10. April, 11.55 Uhr, ProSieben: Marie Antoinette. Kostümdrama, USA 2006.

Sonntag, 10. April, 20.15 Uhr, WDR: Die große Ostseekreuzfahrt.

Sonntag, 10. April, 20.15 Uhr, Einsfestival: Das Ende der Geduld. Fernsehspiel über Kirsten Heisig, D 2014.

Sonntag, 10. April, 21 Uhr, Arte: Die Bartholomäusnacht. Historientragödie, F/D/I 1994.

Sonntag, 10. April, 22.15 Uhr, ARD-alpha: Felix Graf Luckner – Der Retter von Halle.

Sonntag, 10. April, 23 Uhr, ARD-alpha: Emil Nolde – Das graphische Werk.

Montag, 11. April, 21.55 Uhr, Arte: Die Gräfin. Historienfilm über Elisabeth Báthory, F/D 2009.

Montag, 11. April, 22.30 Uhr, RTL: Letzte Hoffnung Zivilklage – Wenn mutmaßliche Mörder frei herumlaufen.

Dienstag, 12. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 125 Jahren: Der Historiker Hans Rothfels geboren.

Dienstag, 12. April, 20.15 Uhr, ZDF: Wie korrupt ist Deutschland – Der große Check.

Dienstag, 12. April, 20.15 Uhr, WDR: Karl May – Das letzte Rätsel.

Mittwoch, 13. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 175 Jahren: In Dresden wird das Königliche Hoftheater eröffnet.

Dienstag, 12. April, 22.30 Uhr, BR: Citizenfour. Dokumentation über Edward Snowden, USA/D/GB 2014.

Donnerstag, 14. April, 20.15 Uhr, Tagesschau24: Im Land der Lügen – Wie uns Politik und Medien mit Zahlen manipulieren.

Donnerstag, 14. April, 21 Uhr, Phoenix: Milliarden für Millionäre – Wie der Staat unser Geld an Reiche verschenkt.

Freitag, 15. April, 8.55 Uhr, Arte: Die Ahnen der Queen. Dokumentation, D 2013.

Freitag, 15. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 25 Jahren: Die Europäische Bank für Entwicklung nimmt in London ihre Tätigkeit auf.

Freitag, 15. April, 13.50 Uhr, Arte: Salomon und die Königin von Saba. Monumentalepos, USA 1959.

Freitag, 15. April, 23.30 Uhr, ZDFinfo: Geheimakte Honekker.

Freitag, 15. April, 0.15 Uhr, ZDFinfo: Margot Honecker – Die wahre Geschichte.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag „Des Kaisers Keramik“

Neumünster – Sonnabend, 16. April, ab 10 Uhr, Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): Um 15.30 Uhr beginnt der bebilderte Vortrag von Dr. Jörn Barfod, Lüneburg, über „Des Kaisers Keramik“. Cadiner Keramik (1902 bis 1945) gehört zu den namhaften Besonderheiten der ostpreußischen Kulturgeschichte.

Auf seinem Gutsbetrieb Cadinen am Frischen Haff, nahe Elbing, ließ Kaiser Wilhelm II. in einer bestehenden Ziegelei 1902 bis 1904 eine Kunstkeramikmanufaktur einrichten. Er folgte damit einer gegen 1900 verbreiteten Modeliebhaberei für „Majolika“-Gefäße. Er ließ aber auch für den Architekturbereich kunstkeramische Bauzier herstellen nach Entwürfen bekannter Architekten und Künstler. In Repräsentationsbauten, Geschäftshäusern und Villen fanden die Baukeramiken um 1905 bis 1914 Eingang. In der Förderung dieser Keramiken nach historischem Stil sah Wilhelm II. eine pädagogische Aufgabe, zur Geschmacksbildung des Volkes beizutragen.

Die Verwendung der Cadiner Keramik war oft auch ein sichtbares Bekenntnis zum Kaiser und zur Monarchie. Nicht zufällig zeigt die Manufakturmarke Cadinens die Kaiserkrone. Dies blieb auch nach 1920 so. In den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts setzte sich die Produktion der Cadiner Keramik fort. Selbst vom Exil in den Niederlanden aus überwachte und genehmigte Wilhelm weiterhin die Entwürfe für die Produktion. Allerdings musste jetzt gewinnorientiert gearbeitet werden. Damit änderte sich der Stil der Stücke zum Aktuelleren, auch zum expressiven Figurenstil der 1920er Jahre. Allerdings vermied man allzu experimentelle Richtungen. Zeitlos wirkt daneben der Verkaufserfolg der späten Produktionsperiode, die Tierplastik ab Anfang der 1930er Jahre. Mit Kriegsende 1945 endete auch die Cadiner Keramikproduktion.

Der Eintritt für den Vortrag „Des Kaisers Keramik“ ist – wie immer – frei. Das Heimatmuseum selbst ist ab 10 Uhr geöffnet, und bietet auch die Gelegenheit, die Sonderausstellung „Masuren – Weite und Heimlichkeit. Die Landschaft in Werken ostpreußischer Künstler“ zu besuchen.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Seminar

Freitag, 8., bis Sonntag, 10. April, Göttingen: Seminar „Die christlichen Konfessionen und ihre Gotteshäuser im Kreis Lyck“, Anmeldung: Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.

Regionaltreffen

Sonntag, 24. April, Lübeck: Regionaltreffen-Nord im Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1. Beginn: 11 Uhr. Kontakt: Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

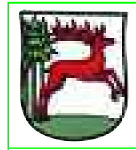
Heimatgruppen

Heimatgruppe Darmstadt: Sonnabend, 9. April, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Griechisches Grillrestaurant, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt: Stammtisch.

Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück: Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen zum gemütlichen Beisammensein. In diesem Jahr besteht die Heimatgruppe seit 40 Jahren. Gäste sind herzlich willkommen.

Heimatgruppe Schwerin: Mittwoch, 20. April, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt: Gemeinsames Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimatgruppe Köln: Mittwoch, 27. April, Restaurant Em Kappeseng, Aachener Straße 1332: Gemeinsames Treffen. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen in Herne

Sonntag, 17. April, Kulturzentrum Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1, 44623 Herne: Treffen des Landbezirkes 10 (Lehmanen, Groß Schöndamerau, Rohmanen).

Sonntag, 24 April, Kulturzentrum Herne: Treffen der Landbezirke 01 (Altkirchen, Klein Jerutten), 02 (Deutschheide, Wilhelmsthal), 03 (Erben, Rheinswein, Wildenau), 04 (Farienen, Friedrichshof), 05 (Fürstenwalde, Lindenort/Liebenberg).



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Seeburger

Sonnabend, 16. April, Maternushaus, Kardinal-Frings-Straße 1, 50668 Köln: „Seeburger Kaffeeklatsch“.

Neuwahlen

Bei der außerordentlichen Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft am 15. März in Neuss stand die Neuwahl des Kreisausschusses auf der Tagesordnung. Die 14 anwesenden Kreistagsmitglieder wählten als ...

...Kreisvertreter: Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen,

...stellvertretenden Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss,

...Schatzmeister: Siegfried Schrade,

...Schriftfürerin: Waltraud Wiemer,

...Karteiführerin: Ursula Schlempke,

...Geschäftsfüherin und Redakteurin des Rößeler Heimatboten: Gisela Heese-Greve.

...Archivar: Erwin Weinert.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspiel Hoverbeck

Sonnabend, 9. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel: 20. Treffen des Kirchspiels Hoverbeck (15. Ortstreffen Seibongen). Das Weinhaus, zu dem auch das „Gästehaus Korf“ mit Übernachtungsmöglichkeiten aller Art gehört, liegt in der Ortsmitte, nicht weit vom Rhein. Auch Landsleute aus dem gesamten Kirchspiel Nikolaiken sind willkommen. Da keine besonderen Einladungen erfolgen, wird bis zum 2. April, besonders zur Vorbereitung für den Wirt, um schriftliche oder telefonische Ankündigung der Teilnahme gebeten. Anmeldungen: Burgundel Kisza, Leibnizstraße 9, 67551 Worms, Telefon (06241) 935669, oder Edith Gorski (für Seibongen), Starenweg 27, 50997 Köln, Telefon (02236) 44632.

Kirchspiel Warpunen

Sonnabend, 23. April, Bad Sassendorf: Treffen des Kirchspiels Warpuhnen im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1, 69505 Bad Sassendorf ab 9.30 Uhr. Vom ursprünglichen Zweijahresturnus des Treffens wird abgesehen und der Termin dem jährlichen Treffen des Kirchspiels Sorquitten angepasst. Aus organisatorischen Gründen wird um rechtzeitige schriftliche oder telefonische Ankündigung der Teilnahme gebeten. Anmeldungen: Alfred Thiel, Halstenbeker Straße 91, 22457 Hamburg, Telefon (040) 5503181 oder Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 603634.

Kirchspiel Sorquitten

Sonnabend, 23. April, Bad Sassendorf: 21. Treffen des Kirchspiels Sorquitten ab 9.30 Uhr im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1. Damit während der Feierstunde keine Unruhe aufkommt, wird dringend um pünktliches Erscheinen gebeten. Die Meldung der Teilnahme ist unbedingt erforderlich. Weitere Informationen: Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 60363. Herzlich eingeladen sind alle Landsleute aus dem Sorquitter Kirchspiel und deren Angehörige. Auch neue Gäste sind willkommen.

Oberschule Sensburg

Dienstag, 26. April, Willingen: 64. Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg im Hotel „Waldecker Hof“, Korbacher Straße 24, 34508 Willingen, Telefon (05632) 79880. Weitere Informationen: Renate Pasternak, In den Birken 50, 42113 Wuppertal, Telefon (0202) 722846.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Sonntag, 19. Juni: Auch in diesem Jahr nimmt der BJO am kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg bei Solingen mit einem Infostand teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/

Sonnabend, 8. Oktober: 21. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg. Informationen: www.facebook.com/events/8758 47179173086/

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreus sen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 13. April, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schlossstraße 92, Stuttgart: Zwei Diavorträge von Karla Weyland, Landeskultur und Landesfrauenreferentin der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Hessen.

Der erste Vortrag ist Ruth Geede, geboren am 13. Februar 1916 in Königsberg, gewidmet. Die 100-jährige (!) Schriftstellerin, Mundartdichterin, Autorin und Journalistin ist noch heute für die *Preußische Allgemeine Zeitung* tätig und gestaltet als „Mutter der Ostpreußischen Familie“ wöchentlich eine ganze Seite. Während einst Bundeskanzler Helmut Kohl das Wort von der „Gnade der späten Geburt“ prägte, spricht Ruth Geede von der „Gnade der frühen Geburt“.

Im zweiten Vortrag geht es um den Kranich. Seine Schönheit und die spektakulären Balztänze haben schon in früher Zeit die Menschen fasziniert. In der griechischen Mythologie war der Kranich Apollon, Demeter und Hermes zugeordnet. Er war ein Symbol der Wachsamkeit und Klugheit und galt als „Vogel des Glücks“. In der Dichtung wird der Kranich symbolisch für etwas „Erhabenes“ in der Natur verwendet

Zwei Vorträge mit anschließender Diskussion erwarten die Besucher. Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei, über eine Spende freuen wir uns.

Frauengruppe – Sonnabend, 23. April,10 bis 16 Uhr, Hotel Wartburg: Landesfrauentagung. Ab 14 Uhr findet der kulturelle Teil der Tagung statt, zu dem die Mitglieder der Kreisgruppe der Ostpreußen und der Westpreußen sowie Gäste herzlich eingeladen sind.



Göppingen: Lebhafte Gespräche, Wahlen und spannende Vorträge beim Treffen in der „Frisch-Auf“-Gaststätte Bild: Meister

Göppingen – Am traditionellen Treffpunkt in der „Frisch-Auf“-Gaststätte versammelten sich die eingeladenen Ost-und Westpreußischen Landsleute mit ihren Angehörigen am 19. März diesen Jahres. Bei Kaffee und Kuchen wurden lebhafte Gespräche geführt, bis Margit Korn um 15 Uhr die Versammlung offiziell eröffnete. Als besonderen Gast konnte Sie unsere Landesvorsitzende Uta Lüttich aus Stuttgart sehr herzlich begrüßen. Zum Schluss ihrer Ansprache erhoben wir uns, und Margit Korn verlas dann die Namen unserer im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder. Es war eine recht hohe Anzahl, die uns alle doch sehr nachdenklich und betroffen machte.

Nun begann Vera Pallas, die Leiterin unserer Göppinger Frauengruppe, mit ihrem Bericht über die Arbeit aus dem vergangenen Jahr. Dann wurde von Margit Korn der Kassenbericht verlesen und von Frau Lutz, als Prüferin, in allen Belangen bestätigt. Die Anwesenden entlasteten dann durch einstimmiges Handzeichen die Kassiererin und die Vorstandsschaft.

Im Protokoll war nun der nächste Punkt die Aussprache über die Situation in der Vorstandsschaft. Seit Herr W. Korn aus privaten Gründen seine Ämter als zweiter Vorsitzender der Vorstandsgruppe im Herbst niedergelegt hatte, hatte seine Frau diese Arbeit zusätzlich übernommen. Nun sollte durch Neuwahlen diese Situation wieder bereinigt werden. Aber da die meisten der Anwesenden bereits weit über 70 Jahre alt sind, und nur sehr wenige junge Leute noch dazugehören, gab es leider keinerlei Meldungen oder Vorschläge. Es wurde dann, unter dem zustimmenden Beifall der Anwesenden, die Vereinbarung beschlossen, dass das bisherige Vorstandsteam, Margit Korn als Kassiererin, Vera Pallas, als Frauengruppenleiterin, sowie Ingrid Meister als Schriftführerin mit den bisherigen Beisitzern die Geschicke der Göppinger Landsmannschaft bis zu einer angekündigten Neuwahl im nächsten Jahr weiterführen werden.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung hatte Margit Korn nun auch Erfreuliches zu verkünden: „Wir dürfen sechs Jubilare in diesem Jahr für ihre Treue zur Landsmannschaft ehren“. Sie rief nun die Jubilare auf, nach vorne zu kommen, um ihre Ehrenurkunde entgegen zu nehmen. Es waren dies für 65 treue Jahre Eva Aukschlat und für 60 Jahre Waltraud Schönhaar. Die nächsten beiden Urkunden gingen an unseren Ehrenvorsitzenden Günter Rudat und an seine Frau Maria, Beide wurden belohnt für 40 Jahre Treue zum ostpreußischen Heimatverein. Stellvertretend für seine schon über 90-jährigen Eltern, nahm Klaus D. Rudat unter viel Beifall die Urkunden sowie ein Frühlingsblumentöpfchen für jeden mit. Die letzten beiden Urkunden erhielt nun das Ehepaar Bernd und Mathilde Bimbinneck, Sie wurden für 15 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Es bekamen nun alle anwesenden Jubilare auch ein Töpfchen mit Frühlingsblumen geschenkt.

Nun konnten wir noch einem sehr heimatlichen Vortrag von Uta Lüttich lauschen. Sie beschrieb das Brauchtum in Ostpreußen an den Osterfeiertagen, das Spiel der Kinder mit den Eiern, wie auch das wohl doch noch allseits bekannte und be-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

liebte „Schmackostern“! Dazu passte im Anschluss ein Sketch, den Margit Korn und Vera Pallas vortrugen.

Es wurden zwischendurch einige schöne Frühlingslieder gesungen, und dann haben wir gemeinsam unser Ostpreußenlied zum offiziellen Ende der Veranstaltung angestimmt. Der Nachmittag endete harmonisch beim gemeinsamen Verzehr von ostpreußischer Grützwurst mit Sauerkraut und Salzkartoffeln, zu dem es sich Familie Bayreuther vom Göppinger BdV nicht hatte nehmen lassen, zu uns zu kommen und teilzunehmen. *Ina Meister*

Ludwigsburg – Donnerstag, 21. April, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Metzingen – Die Landsmannschaft der Ostpreußen-Westpreußen und Pommern in Metzingen will die Erinnerung an die verlorene Heimat wachhalten. Mehrere Veranstaltungen im Jahr sollen das Brauchtum bewahren. Der Vorsitzende Heinz Scheffler dankte bei der Jahreshauptversammlung den Mitgliedern, dass sie auch 70 Jahre seit der Heimatvertreibung so treu zur Gemeinschaft halten. Er gedachte der verstorbenen Mitglieder und begrüßte drei neue Mitglieder.

Georg Weiß war mehr als 20 Jahre lang Vorstandsmitglied, schied nun aber wegen seiner Erkrankung aus dem Vorstand aus. Mit großem Dank für die zuverlässige Mitarbeit wurde er von der Landsmannschaft mit einem kleinen Geschenk verabschiedet. Bei der anschließenden Neuwahl konnte Ulrich Kurowski als Beisitzer gewonnen werden. Der Vorstand setzt sich daher aus Heinz Scheffler, Erster Vorsitzender, Horst Sauff, Zweiter Vorsitzender, Kassiererin und Schriftführerin Dagmar Voss, Beisitzer Gerda Haushalter und Ulrich Kurowski, Kassenprüfer Helga und Peter Brulow zusammen. Geehrt wurden für zehn Jahre Mitgliedschaft mit Nadel und Urkunde Irmgard Isensee, Hilmar Isensee, Dr. Günter Lobert, Ilse Scheffler und Anneliese Weiß.

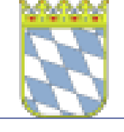
Folgende Veranstaltungen sind geplant: Am Sonntag, 3. Juli, soll ein Ausflug in Richtung Schwarzwald stattfinden. Er wird auch für Mitreisende geeignet sein, die nicht gut zu Fuß sind. Zuerst geht es in die „Welt der Riesenkristalle, Mineralien und Fossilien“. Der Familienbetrieb zeigt unwahrscheinliche Naturwunder, prämiert beim deutschen Schmuck- und Edelsteinwettbewerb. Natürlich kann man auch ein schönes Schmuckstück einkaufen. Danach steht ein gemeinsames Mittagessen auf dem Programm.

In Rottweil gibt es dann eine weitere Attraktion anzusehen. Dort wurde der höchste Turm Baden-Württembergs gebaut. Er ist höher als der Fernsehturm und das Ulmer Münster. Seine 232 Meter hohe Aussichtsplattform ist die höchste in Deutschland. Danach lädt Freudenstadt, die heimliche Hauptstadt des Schwarzwaldes, zum Bummeln ein. Heimfahrt ist um 17.30 Uhr. Am Sonnabend, 8. Oktober, ist die Herbst-Feier im Hotel-Restaurant Bohn mit Königsberger-Klopsen, Tombola, Musik und Tanz. Die Weihnachtsfeier ist am 2. Advent, dem 4. Dezember.

Zum Abschluss der Versammlung führte Heinz Scheffler noch einen Film von seiner Baltikum-Reise im letzten Jahr vor.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 16. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe.

Weinheim – Mittwoch, 13. April, 14.30 Uhr, Café St. Barbara, Am Schlossberg: Treffen der Frauengruppe unter dem Motto „Der Tag ist nicht mehr grau, der Frühling kommt.“ Thema des Nachmittages sind Erinnerungen, Gedanken und Gedichte an die geliebte Heimat.




BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. April, 16 Uhr, Orangerie: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Dazu heimatliches Essen.

Bamberg – Mittwoch, 20. April, 15 Uhr, Monatstreffen, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag zum Thema „Der Charakter der Ostpreußen“.

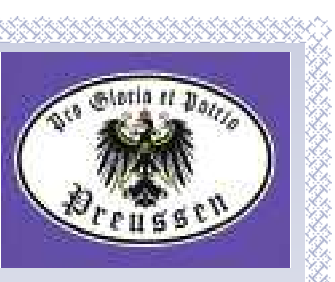
Kitzingen – Freitag, 15. April, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: gemütlicher Kaffeenachmittag mit Ehrungen.

Landshut – Dienstag, 19. April, 14 Uhr, Gasthof Zur Insel, Badstraße 16, 84028 Landshut: Infos zu den geplanten Ausflügen.

Nürnberg – Dienstag, 26. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (gegenüber Endstation der U1): Heimat Ostpreußen mit anschließender Jahreshauptversammlung. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Preußische Gesellschaft

Mittwoch, 4. Mai., 19 Uhr, Hilton-Hotel, Gendarmenmarkt: Nariman Reinke, deutsche Soldatin mit marokkanischen Wurzeln, Vorsitzende des Vereins „Deutscher Soldat e.V.“ spricht bei der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg über Integration, die Flüchtlingskrise und die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten.



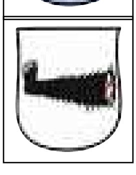
Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



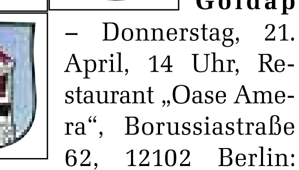
Rastenburg – Sonntag, 10. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



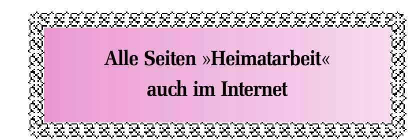
Frauengruppe – Mittwoch, 13. April, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Gemeinsames Treffen unter dem Motto „Langsam beginnt der Frühling“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 19. April, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest mit gemeinsamen Essen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

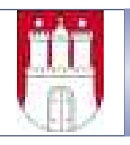



Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 21. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Vortrag „Landleben in Ostpreußen“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Königsberg – 29. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg: Frühlingsfest. Ein gemütlicher Nachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel sowie Liedern und Erzählungen um den herannahenden Frühling zu begrüßen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Wetzlar – Montag, 11. April, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: „Notgeld aus Ostpreußen“ lautet das Thema des Vortrages beim Treffen der Kreisgruppe. Dazu zeigt Karla Weyland (Rauschenberg) einen Lichtbildervortrag. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441)770559.

Wiesbaden – Dienstag, 12. April, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag der Frauengruppe unter dem Motto „Die Natur erwacht“. – Donnerstag, 14. April, 12 Uhr, Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert werden Königsberger Klopse. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte bis spätestens 8. April bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, anmelden. Das Haus Waldlust ist über die ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße, zu erreichen. – Donnerstag, 21. April, 8.30 Uhr, Hessischer Landtag, Besuchereingang Grabeneingang: Besuch des Landtags. Die Programmpunkte: Miterleben der Plenarsitzung von der Besuchergalerie aus, Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Astrid Wallmann, Besichtigung des Stadtschlosses. Teilnahme nur nach Anmeldung bis 11. April bei Frau Steffen, Telefon (0611) 844938.

– Bericht –

Auf der Tagesordnung der Jahreshauptversammlung standen wieder Wahlen des Vorstands und der Kassenprüfer. Der bisherige Schriftführer Heinz Kroehnert, der diese Aufgabe 18 Jahre wahrnahm, kandidierte für eine weitere Amtszeit nicht mehr. Für seine Mitarbeit und in Würdigung der Leistungen und Verdienste sprach ihm der Vorsitzende Dieter Schetat Dank und Anerkennung aus und überreichte dem langjährigen Mitglied Urkunde und Weinpräsent.



Dank und Anerkennung für Heinz Kroehnert (l.): Dieter Schetat überreichte eine Urkunde und ein Präsent Bild: privat

Nachfolgerin des ausgeschiedenen Schriftführers wurde Christa Gintaut, die zuvor dessen Stellvertreterin war. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig in ihrem Amt bestätigt: Dieter Schetat (Vorsitzender), Helga Kukwa (stellvertretende Vorsitzende), Christian Wnuck (Schatzmeister), Christa Gintaut (Schriftführerin) sowie Irmgard Steffen, Bernd Sievers und Helmut Zoch (Organisation, Technik und Mitgliederbetreuung). Auch die Kassenprüfer Margot Schittko, Irmgard Gethöffer und Eberhard Krause bleiben für eine weitere Amtszeit in ihrer Funktion.

Vor den Wahlen war der gesamte Vorstand für das Geschäftsjahr 2015 einstimmig entlastet worden. Besondere Anerkennung der Rechnungsprüfer erhielt Schatzmeister Christian Wnuck für seine einwandfreie Kassenführung.

Nach dem Gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Landsleute und der Opfer von Krieg, Flucht und Vertreibung berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat in seinem Geschäftsbericht über die vielfältigen Veranstaltungen der Landsmannschaft, verbunden mit Informationen über das Geschehen in den Heimatgebieten. Bei den monatlich Zusammenkünften mit überwiegend heimatbezogenen Themen kamen auch gesellige Stunden nicht zu kurz wie Sommer-Gartenfest, Närrischer Kreppelkaffee und den Feiern zum Erntedankfest und zu Weihnachten. Zudem traf man sich auch gerne in der Frauengruppe bei Gesang, Dia-Vorträgen und Ausflügen unter Leitung von Helga Kukwa sowie zu den traditionellen Stammtischen mit meist heimatlichen Gerichten, damit diese nicht in Vergessenheit geraten.

Mit Geldspenden zur Weihnachtszeit greift die Landsmannschaft drei deutschstämmigen Familien in Ost-und Westpreußen unter die Arme, deren kleine Rente meist nicht für das Allernötigste reicht wie beispielsweise für Heizmaterial und Medikamente. Nach wie vor bereitet Dieter Schetat der „biologische Faktor“ Sorge, weil sich dadurch der Kreis der „Erlebnisgeneration“ zunehmend verringere. Von 177 Mitgliedern vor drei Jahren ist die Zahl auf 160 geschrumpft. „In Zukunft liegt es an der „Bekenntnisgeneration“, die Landsmannschaft aufrechtzuerhalten“, meinte der Vorsitzende.

Nach dem offiziellen Teil der Versammlung zeigte Dieter Schetat Lichtbilder aus dem Vereinsleben, die Höhepunkte und herausragende Ereignisse der Verbandsarbeit im vergangenen Jahr in Erinnerung riefen.

Alle Seiten »Heimatarbeit«
auch im Internet



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Gemeinsames Treffen. Informationen: Frau Anders, Telefon (05351) 91111.

Osnabrück – Freitag, 15. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 14. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Rintelner Gruppe wird sich der Referent Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo anhand von Beispielen mit „Liedern aus Ostpreußen“ befassen. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus nah und fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Zum zentralen Thema wurden bei der Delegierten-, Frauen- und Kulturtagung Russland und die deutsch-russischen Beziehungen. Hans Eifler, bei den Landsleuten als Referent bekannt und geschätzt, hatte das Thema „Russland – eine Großmacht kämpft um ihr Leben“ angegeben. Der zweite Referent Willy Wimmer, ehemaliger verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und parlamentarischer Staatssekretär, hatte lediglich ein „aktuelles Thema“ in Aussicht gestellt. Dann machte er deutlich, dass „ein gedeihliches Verhältnis zur Russischen Föderation“ für die Deutschen von besonderer Aktualität sei. Mit den Russen, „unseren großen Nachbarn“, gute Beziehungen zu pflegen, sei eine notwendige Voraussetzung zur Wahrung des Friedens, betonte Wimmer. Er bedauerte, dass man-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

che der Chancen, die sich mit dem Ende des Kalten Krieges ergeben hätten, nicht genutzt worden seien. Auch die Hoffnung, zwischen Berlin und Königsberg werde es eine Eisenbahnverbindung geben wie vor dem Krieg, habe sich leider nicht erfüllt.

Doch der Referent wies mehrfach darauf hin, dass Ostpreußen eine wichtige Rolle in der Wetterlage in Europa spiele, besonders das nördliche Ostpreußen mit seiner prekären Insellage. „Ostpreußen ist ein Indikator für das Verhältnis zu Russland“, sagte Wimmer mit Blick auf die russische Enklave.

Das Verdienst der Vertriebenen um ein friedliches Miteinander lobte er, sprach aber offen aus, dass Amerika Feindschaft zwischen Deutschland und der Russischen Föderation wolle. Er entwarf ein Schreckensszenario von einer „Roten Linie“ quer durch Europa, die den westlichen Teil unter amerikanische Kontrolle bringen und die Deutschen vom russischen Nachbarn trennen würde. Sein Aufruf, friedliche Lösungen zu suchen, endete in einer Warnung vor der Vernichtung nicht nur Europas, die heute eintreten kann. „Einen Krieg in Europa, weder einen konventionellen noch einen nuklearen, überleben wir nicht.“

Noch massiver führte Hans Eifler diese Botschaft weiter. Seit 1949 gebe es das „Feindbild Russland“, und er machte die „angloamerikanische Presse“ dafür verantwortlich. Dabei sei heute mit dem Ende der SU ein anderes Russland da, das seine Weltmacht 1990 verloren habe. Dieses Russland brachte Eifler den Landsleuten nahe, ein riesiges Land bis zur chinesischen Grenze, das zur Hälfte aus Hoch- und Mittelgebirgen besteht, ausgedehnte Sumpfgebiete hat und zum größten Teil unbewohnt ist. Das Verkehrs- und Bauwesen steht hier vor besonderen Herausforderungen. Das Land befinde sich im Zangengriff: Menschenmassen an der chinesischen Grenze, muslimische Staaten, von der Scharia beherrscht, als bedrohliche Nachbarn und die Nato, in der die USA mit einer antirussischen Politik großen Einfluss hätten.

Eifler ließ die Geschichte seit Perestroika und seit der Abkehr vom Stalinismus Revue passieren und brach eine Lanze für Putin, der die Gesetzunsicherheit und Korruption eingedämmt und einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführt habe. Die Sanktionen hätten jedoch Einbußen bewirkt, und damit kamen beide Referenten endgültig auf einen Nenner. Hatte Wimmer die Deutschen aufgefordert, sich nicht in eine Feindseligkeit zu Russland manövrieren zu lassen, sondern ihre eigenen, friedlichen Interessen zu vertreten, so benannte Eifler die Schäden, die die Sanktionen gegen Russland der deutschen Seite zufügen.

Es ist nachvollziehbar, dass die Vorträge lebhafte Diskussionen auslösten. Andere Punkte der Tagesordnung mussten verschoben werden, aber das lässt sich organisieren. *Bärbel Beutner*

Der Vortrag von Willy Wimmer „Ostpreußen ist ein Indikator für das Verhältnis zu Russland“ lässt sich auch im Internet einsehen: www.youtube.com/watch?v=x7vyiInjoZw

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe. – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.

Bielefeld – Donnerstag, 21. April, 15 Uhr, Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 18. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 9. April, 16 Uhr, GHH: Feier zum 70-jährigen Bestehen des BdV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Die Festansprache hält BdV-Präsident Bernd Fabritius. – Donnerstag, 14. April, 9.30 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt nach Kevelaer. – Dienstag, 19. April, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Der müde Lord“ – Lesung mit Dieter Roth in Kooperation mit der Landsmannschaft Siebenbürger Sachsen. – Sonnabend, 23. April, 14 Uhr, Konferenzraum im Parterre, GHH: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf. Zum Abschluss wird der Ostpreußenfilm „Land, Leute und ihre Verhältnisse 1913 bis 1945“ gezeigt.



Dortmund: Im Gerhart-Hauptmann-Haus feiert der Landesverband Nordrhein-Westfalen des Bundes der Vertriebenen (BdV) am 9. April sein 70-jähriges Bestehen. Die Festansprache hält BdV-Präsident Bernd Fabritius Bild: Fabritius

Köln – Dienstag, 19. April, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41 – 43: Versammlung der Ostpreußenrunde. Weitere Informationen: Günter Donder, Telefon (0221) 7123572.

Neuss – Sonntag 17. April, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: „Frühlingsfest“ mit Tanz und Vorträgen. Informationen: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon, (02131) 3843400.

Wesel – Sonntag, 10. April, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Frühlingsfest mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis 31. März bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder bei Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 18. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde, Lutherstraße 6–10: Film über das Oberland und den Oberlandkanal.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – 7. Mai, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Flucht, Vertreibung und Integration stehen im Mittelpunkt dieses Nachmittages. Dazu werden Landsleute über ihre persönlichen Erlebnisse sprechen.

– Bericht –

Am 19. März waren alle Kreisvertreter aus den verschiedenen Vertreibungsgebieten herzlich in das Hotel Lengenfelder Hof im vogtländischen Lengenfeld eingeladen. Selbstverständlich nahmen wir als Vertreter der Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna auch daran teil.

Da der Landesvorsitzende Frank Hirche als Mitglied des Landtages zu einer Sondersitzung gemeinsam mit dem Ministerpräsident Stanislaw Tillich und dem Botschafter Polens abberufen wurde, übernahm seine Vertretung der Vorsitzende der Kreisgruppe Dresden Herr Fiolka. Er begrüßte alle Teilnehmer und bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen. Herr Fiolka hielt Rükkblick auf das Jahr 2015 und seine Veranstaltungen. Ein besonderer Höhepunkt war das jährliche Chöretreffen und der zentrale Tag der Heimat, der hart erkämpfte Ehrentag aller Heimatvertriebenen, um zwei aufzuzählen. Herr Fiolka sprach uns allen aus dem Herzen, die Hoffnung aussprach, dass wir auch für die Zukunft weiterhin fest und in guter Freundschaft zusammen halten.

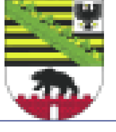
Die Schatzmeisterin gab dann einen Bericht ab und informierte uns über die Finanzen. Dr. Gall sprach über seine ehrenamtliche Arbeit im Vogtland. Es wurde deutlich, wie viel Liebe und Mühe eingesetzt wurde, um eine wunderbare Heimatstube in Auerbach entstehen zu lassen. Mit großem Erfolg entstand eine wertvolle Sammlung aus den verschiedensten Vertreibungsgebieten, Der Kontakt zu anderen Heimatstuben im Vogtland wird gepflegt.

Herr Zempel, vom Haus der Heimat berichtete über seine ehrenamtliche Arbeit und die Aktivitäten im Haus der Heimat in Reichenbach (Oberlausitz) Kurt Weihe berichtete über die Arbeit mit der Jugend und seine Erfolge. Er hat es geschafft eine Arbeitsgruppe zu bilden, wo Schüler mit Bernstein arbeiten und gemeinsam gestalten.

Der Kontakt zur Gerhart-Hauptmann-Schule in Limbach-Oberfrohna besteht schon seit vielen Jahren. Kurt Weihe führt Busfahrten mit Lehrern und Schülern zum Haus der Heimat durch. Sehr wichtig ist dabei auch die wertvolle moralische und finanzielle Unterstützung des Berliner Rechtsanwälte-Ehepaares. Ingeborg Christoph und ihr Gatte Karl-Heinz erhalten dafür den allerherzlichsten Dank, denn ohne diese großzügige Unterstützung wäre es kaum möglich, so gute Erfolge zu haben.

Nach einer interessanten und spannenden Podiumsdiskussion machten wir uns alle auf den Weg, die Heimatstube im alten Rathaus zu besichtigen. Von der großen Sammlung der Heimatvertriebenen waren alle begeistert, so wunderbar gestaltet und sehenswert war sie. Es ist sehr zu empfehlen, sich die Ausstellung im alten Rathaus in Auerbach im Vogtland anzuschauen.

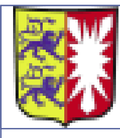
Als krönenden Abschluss des erfolgreichen Tages erfreute uns der Chor Silberklang mit Heimatliedern. Ein schöner erlebnisreicher Tag ging für uns zu Ende. Danke an alle, die dazu beigetragen haben. *Hannelore Kedzierski*



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 22. April, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 26. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



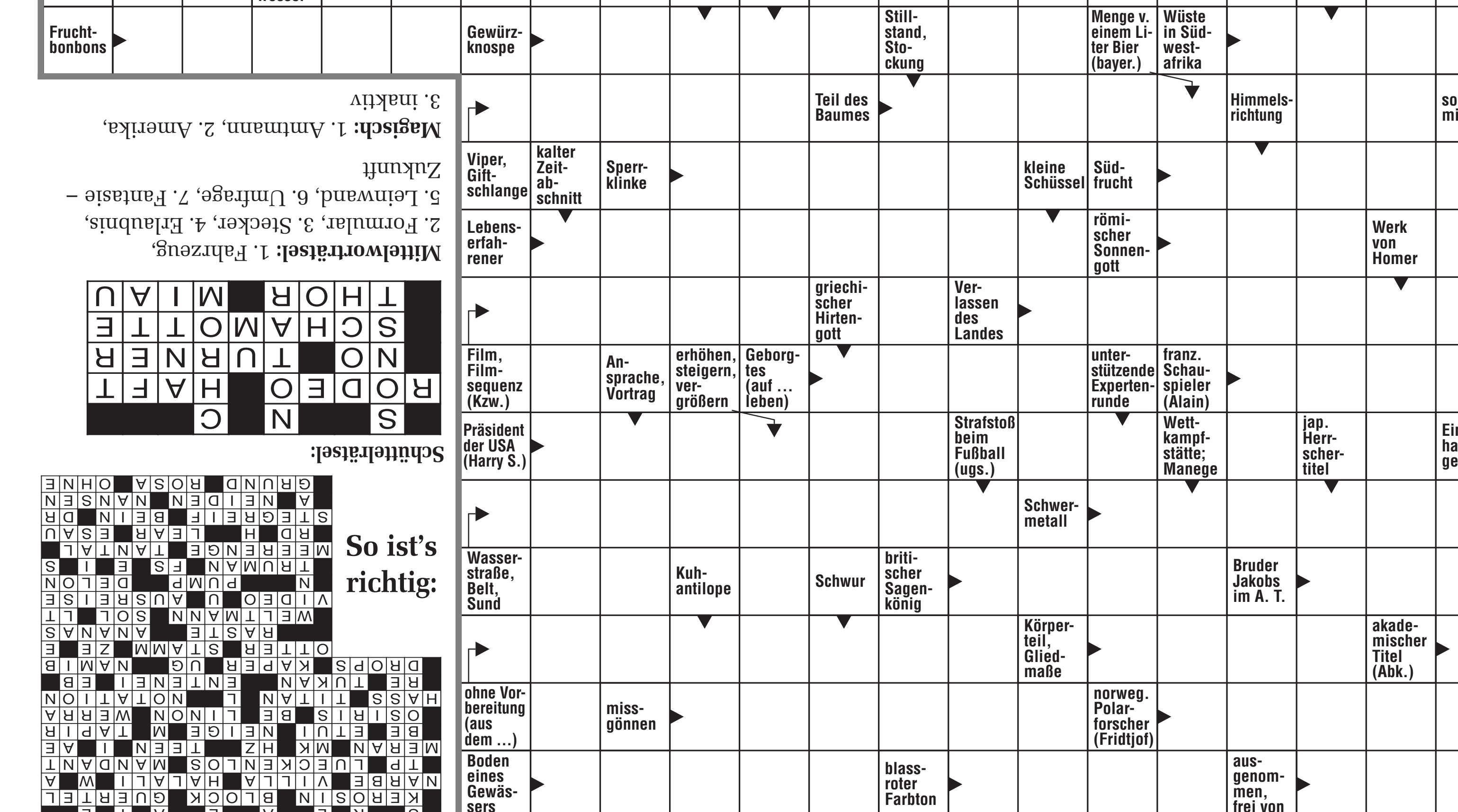
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 21. April, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Monatstreffen mit Dr. Gie Vanderhult. und Alfred Klindwort. Unter dem Motto „Helfen, wo der Pfeffer wächst“ sprechen die Fachärztin für Plastische Chirurgie und der Orthopädietechniker-Meister über ihr ehrenamtliches Engagement auf Madagaskar. Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen sind herzlich eingeladen.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Feierstunde anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

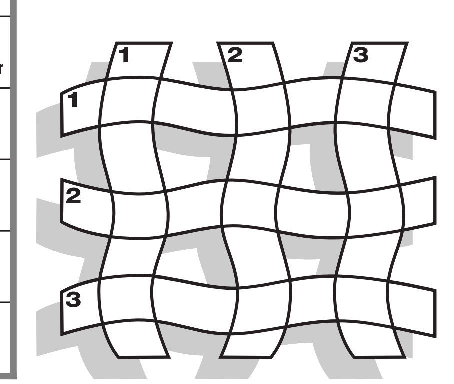
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

NOSST		CDHO	ANORT		CHMOR		AINT	AEFT	ERTU
					AFHT				
DEOOR			ENRRTU						
ACEHMOST									
HORT					AIMU				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für die bevorstehende Zeit.

1	WASSER		BRIEF
2	STEUER		BLOCK
3	NETZ		LEISTE
4	START		SCHEIN
5	FILM		HELD
6	BLITZ		WERT
7	FIEBER		VOLL



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Beamtentitel (gehobener Dienst)
2 Doppelkontinent
3 untätig

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

„Deutscher Osten“ vor 35 Jahren mit der Vorführung des inzwischen historischen Dokumentarfilms vom 17. Juni 1981.

Flensburg – Freitag 22. April, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé: Kaffeetafel mit einem Vortrag von Gorm Casper, Geschäftsführer der Tourismus Agentur Flensburger Förde.

Neumünster – Mittwoch, 13. April, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: „Samarkand – Zentralasien. Ein Stück des Weges auf der Seidenstraße“ – Dia-Vortrag von Horst Lessing.

– Bericht –

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Neumünster, fand am 9. März in der Stadthalle statt. Nach der Begrüßung und Eröffnung folgte die Feststellung der Beschlussfähigkeit. Die Vorsitzende Brigitte Profé konnte viele Mitglieder in der Stadthalle zur Jahreshauptversammlung begrüßen. Wir vermissen allerdings leider wieder viele aus unserer Mitte. Es verstarben: Renate Gnewuch, Horst Alex, Karlheinz Grube, Maria Dombrowski, Ilse Jänicke und Erwin Schuran.

Auf ein erfolgreiches Jahr können wir zurückblicken. Neue Mitglieder wurden begrüßt. Ein Jahr voller Erlebnisse, neuer Eindrükke, neuer Begegnungen mit interessanten und informativen Monatstreffen, ein lebendiges Jahr, das vom Vorstand viel Arbeit und Einsatz forderte, aber auch Freude und Erfolg brachte.

Dann folgte der Kassenbericht durch die Kassenwartin Elfi Borowski. Die Kassenprüferin Elfriede Schink bescheinigte den Mitgliedern eine gesunde Kassenlage ohne Beanstandungen. Es folgte der Antrag auf Entlastung. Aus gesundheitlichen Gründen gab Elfi Borowski ihr Amt als Kassenwartin ab. Die Vorsitzende danke ihr für die treue Amtszeit mit einem Blumenstrauß.

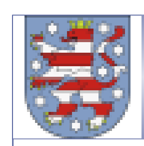
Einstimmig neu gewählt wurde die stellvertretende Kassenwartin Hildegard Henning für das Amt der Kassenwartin. Das Amt der Stellvertretung konnte nicht neu besetzt werden. Als Kassenprüfer für weitere zwei Jahre stehen Edith Sprotte und Hannelore Sefkow zur Verfügung.

Es folgte der kulturelle Teil mit vielen Frühlingsliedern und lustigen Vorträgen. Die Vorsitzende Brigitte Profé dankte allen Mitgliedern für ihr Erscheinen und dem Vorstand und Helfern für ihre Hilfe, Unterstützung und das Vertrauen ihr gegenüber.

Mit Spannung und Vorfreude sehen wir der nächsten Veranstaltung entgegen. Mit Landsmann Horst Lessing sehen und hören wir einen Dia-Vortrag über Samarkand in Zentralasien. Gäste sind bei uns immer herzlich willkommen! *Brigitte Profé*

Schönwalde – Freitag, 22. April, 19 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Eisenach – Dienstag, 12. April, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Meiningen – Freitag, 15. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte Wolkenlos, Jerusalemer Straße 21. 98617 Meiningen: Frühlingsfest.

Kartätschen und Stechuhr

Neue Dauerausstellung im Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau

Das Brandenburg-Preußen Museum ist ein privates Museum zur preußischen Geschichte in Wustrau bei Berlin. Im September 2000 wurde es eröffnet. Auf einer Fläche von 350 Quadratmetern werden Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung in Brandenburg und Preußen von 1415 bis 1918 dargestellt. Gründer des Museums ist der Bankier und Historiker Ehrhardt Bödecker. Im Jahr 2013 übergab der 91-Jährige die Leitung an seinen Sohn Andreas Bödecker. Seit dem „Wachwechsel“ haben Andreas Bödecker und sein wissenschaftliche Leiter Stephan Theilig die Dauerausstellung des Museums ihn Wustrau bei Berlin gründlich überarbeitet. Eine Reihe von beeindruckenden Exponaten ist hinzugekommen. Jüngst wurde die neue Ausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt.

Zu den Befreiungskriegen werden neben dem 1813 gestifteten Eisernen Kreuz stark korrodierte Kanonenkugeln, Kartätschen und Patronentaschenschnallen von Preußen, Russen und Franzosen gezeigt. Polnische Studenten gruben sie an der Katzbach aus. Hier fand eine der ersten Schlachten des Befreiungskrieges gegen Napoleon statt.

Die meisten Tafeln für das 19. Jahrhundert sind neu getextet und neu bebildert worden. Zudem sind weitere Themen hinzugekommen: Preußens späte Industrialisierung und die bürgerliche Revolution von 1848. Ebenfalls neu: Am Beispiel der Cholera-Epidemien wird das Elend der Hinterhofwohnungen in den Großstädten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts thematisiert. Bei der Mädchenbildung wird anschaulich gemacht, dass über 40 Prozent aller Mädchen und Frauen zwischen 15 und 65 arbeiten mussten, um sich und ihre Familien zu ernähren. Mit einer sehr frühen Stechuhr aus einem rheinischen Bergbaubetrieb illustriert das Museum das Ringen der Gewerkschaften um den Acht-Stunden-Tag. Schließlich wurde auch die Darstellung des 1. Weltkrieges grundlegend überarbeitet bis hin zum Ausbruch der Revolution im November 1918.



PS-Träume fürs wilhelminische Kinderzimmer: Spielzeugautos aus Blech (l.) und Modelle aus Holz (r.) Bild: Brandenburg-Preußen Museum

„Spielzeug und Spielzeugherstellung als Spiegel der Gesellschaft im Kaiserreich“ – unter diesem Motto steht eine weitere zentrale Neuerung: eine Vitrine mit großen Teilen der historischen Spielzeugsammlung der im April letzten Jahres verstorbenen Ehefrau des Museumsstifters, Anneliese Bödecker.

Die Massenherstellung von Spielzeug in Deutschland ist ein Beispiel für den in der Breite der Gesellschaft gestiegenen Wohlstand. Auch die Politisierung der Kinderzimmer in Form von Kolonialspielzeug, Militärspielzeug und vor allem die Auswirkung der Propaganda für die Flottenrüstung wird gezeigt. *PAZ*

Das Museum ist von April bis Oktober dienstags bis sonntags zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet, von November bis März zwischen 10 und 16 Uhr. Weitere Informationen: Brandenburg-Preußen Museum, Eichenallee 7a, 16818 Wustrau, Telefon (033925) 70798, Telefax (033925) 70799, wustrau@brandenburg-preussen-museum.de, www.brandenburg-preussen-museum.de

Adel im Interview

So lebte es sich auf ostpreußischen Gütern





Die besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels auf Gut Groß Klitten der Familie von Gottberg, dem Rittergut Juditten der Familie von Kuenheim, dem Gut Lenken der Familie von Sperber und elf weitere ostpreußische Gütern und Landschlössern beschreiben die Tondokumente von Befragungen noch lebender Zeitzeugen, die diese Güter bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bewohnten.

Diese Tondokumente sind in die neue Publikation „Unbeschwerte Zeit!? – Jugendjahre auf ostpreußischen Gütern und Landschlössern“ des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen eingebettet.

Gegenwärtig besteht die letzte Gelegenheit, durch persönliche Befragungen diese besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels festzuhalten, die 1945 unwiderruflich zu Ende ging. Im Frühjahr 2014 begann das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen deshalb dieses Zeitzeugenprojekt.

Vertreter von adligen Familien wurden zu ihren Wohnsitzen, Kindheitserlebnissen oder zum Alltagsleben interviewt. Aber auch Themen wie Stellung der Familie zur damaligen Politik und Flucht aus Ostpreußen wurden behandelt. Auf diese Weise sind persönliche Erlebnisse berichtet worden, wie sie in anderen Erinnerungswerken in dieser Konzentration und Vielfalt kaum zu finden sind. Unterschiedliche Perspektiven haben sich zwangsläufig ergeben und zeichnen ein facettenreiches Bild Ostpreußens und seines dort oft schon jahrhundertelang lebenden Adels.

Bis ins Jahr 2015 sind insgesamt 16 Interviews geführt worden. Die interessantesten Passagen wurden den entsprechenden Themen zugeordnet und fanden Platz auf zwei CDs. Das Begleitheft stellt in kurzen Texten die adligen Wohnsitze und die Familiegeschichten vor. Zahlreiche historische Abbildungen werden, soweit die Güter heute noch bestehen, durch aktuelle Bilder ergänzt.

Eine ganz besondere Lebenswelt

Projektleiter war Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen. Seine Mitarbeiter in Ellingen und er waren verantwortlich für die Erarbeitung und Gestaltung des Heftes. Als Projektmitarbeiterin, zuständig für die Interviews, die inhaltliche und technische Zusammenstellung der CDs, konnte Gabriela Czarkowska-Kusajda gewonnen werden, die bereits erfolgreich das Zeitzeugenprojekt „Allenstein – Stadt unserer Jugend“ initiiert und mitgestaltet hat.

Ein solches Vorhaben ist für Ostpreußen bisher noch nicht realisiert worden. Sein besonderer Reiz liegt im akustischen und optischen Zusammenspiel, in der Kombination von Hör- und Leseerlebnis. Besonders zu danken ist Hans-Heinrich von Knobloch und dem von ihm geleiteten Verband „Der Historische Ostpreußische Adel“. Mit seiner Hilfe war es möglich, die notwendigen Interviewpartner zu finden. Allen Personen, die zu den inhaltsreichen Auskünften bereit waren, gebührt größter Dank. Nur so konnte das Projekt in dieser Form realisiert werden. Finanzielle Unterstützung stellte dankenswerterweise das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Verfügung.

Das 40-seitige, reich bebilderte Heft mit den beiden CDs kann für neun Euro zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden bei: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

M. Fritsche

Farbenfrohes Flickwerk

Bunt genäht hält länger und sieht schöner aus – Die Handarbeit des Quiltens ist längst zu einer kreativen Kunstform erblüht

Ursprünglich aus dem alten Ägypten stammend, haben sich Quilts vor allem in den USA verbreitet. Das Steppen unterschiedlicher Stoffarten zu Tischdecken oder Wandteppichen hat sich zu einer kunstvollen Handarbeit entwickelt, der man sogar eigene Ausstellungen widmet.

Handarbeit mit Nadel und Faden liegt wieder im Trend, unterstützt durch Modejournale und Angebote für Einsteiger in Fachgeschäften und selbst in den Supermärkten. Ganz oben auf der Beliebtheitsskala rangiert das Stricken, während Quilten und Patchwork nach wie vor ein Ausnahmehobby sind. Es ist zeitaufwendig und erfordert viel Übung. Schnelle Erfolge wie beim Stricken können nicht erzielt werden.

Wen aber die Begeisterung für dieses kreative Hobby erfasst hat, den lässt sie oft nicht wieder los. Quilten oder Steppen wird meistens mit Patchwork ausgeübt und gehört in den Bereich der Kunsthandarbeit. Anders als oft vermutet, ist diese Nähtechnik keine Erfindung aus der Zeit des Wilden Westens, obwohl Patchwork und Quilten seinerzeit in den USA eine Volkskunst waren. Das Wort „Quilt“ hat einen anglo-französischen Ursprung und bezeichnete im 13. Jahrhundert eine Matratze mit weicher Füllung. Für warme Bettdecken und Wandbehänge wurde das Wort „Quilt“ seit dem 16. Jahrhundert verwendet. Auch der Begriff „Patchwork“ kommt aus dem englischen Sprachraum und bedeutet Flickwerk oder Flickarbeit.

Ein Quilt wird aus drei Lagen Stoff genäht: einer Oberseite, einer wärmenden Zwischenlage (Vlies) und einer Unterseite. Die Lagen werden durch Steppstiche miteinander verbunden und zusammengehalten. Man steppt mit einfachen, geraden Nähten, die sich kreuzen, und füllt größere Freiflächen mit Mustern aus, die mit bunten Zierfäden aufgestickt werden. Dabei wird sowohl mit der Nähmaschine als auch von Hand genäht. Heutzutage sind vor allem Quilts beliebt, deren Oberseite aus verschiedenen Stoffstücken und -bahnen zusammengesetzt ist. Hier kommt das Patchwork zum Einsatz, weshalb Quilten und Patchwork manchmal miteinander verwechselt werden. Bunte und gemusterte Wandbehänge, Topflappen, Tisch- und Bettdecken, Taschen und Bildkunstwerke werden in Quilt- und Patchwork-Technik hergestellt.

Seine Blüte erlebte das farbenfrohe Flickwerk im 19. Jahrhundert in Amerika. Aus der Not wurde eine Tugend: Frauen der Siedlerfamilien nähten Stoffreste, darunter noch verwertbare Teilstücke von abgetragenen Textilien, passgenau zusammen. Es entstanden faszinierende ornamentale und pflanzliche Muster sowie Kombinationen aus verschieden gemusterten Stoffen. Die Flickwerksarbeiten wurden anschließend entweder gequilted und zu Decken verarbeitet, als Kissenhüllen verwendet oder als Blickfang in Kleidungsstücke eingenäht. In den kargen Blockhütten waren die gemusterten, farbenfrohen Decken und Wandbehänge oftmals das einzige Schmuckstück.


Bild: John Higby, Museum Tuch + Technik Neumünster

Moderne Kunst: Quiltarbeit von Niraja Cheryl Lorenz im Museum Tuch + Technik in Neumünster

Berühmt sind die präzis ausgeführten, kleinteiligen Patchwork-Arbeiten der Amishen-Frauen. Typisch sind die leuchtenden Farben und ein großes Spektrum an geometrischen Formen. Diese Kunstform war bei der ultrakonservativen Religionsgemeinschaft das einzige Zugeständnis an eine „weltliche“ Ästhetik. Allen Amishen-Quilts sind die schwarzen Flicken gemeinsam. Das Schwarz und der schwarze Quiltfaden waren ein Zugeständnis der Nähkünstlerinnen an die strengen Vorschriften ihrer Gemeinschaft, deren Mitglieder teilweise bis heute schwarze und blassblaue Kleidung tragen.

Kunst des Quiltens auch in Ausstellungen

Der Ursprung des Quiltens liegt im Orient. Die ältesten erhaltenen Textilien stammen aus dem alten Ägypten und entstanden vor mehr als 3000 Jahren. Man nimmt an, dass die Technik entweder durch Händler nach China und Japan gelangte oder sich parallel auch im Fernen Osten entwickelt hat. Seit mehreren Jahrtausenden wird in China Winterkleidung aus Quilts geschneidert. Durch englische Kreuzfahrer, die gesteppte Wämser unter ihren Rüstungen trugen, kam das Quilten im Mittelalter nach Europa.

In den Klöstern nähten die Nonnen wärmende Gewänder für Kleriker und bestickten gequiltete Wandbehänge. Im späteren Mittelalter verwendete man Quilts in den zugigen, unbeheizten Behausungen als Bettdecken und Vorhänge. Um 1800 waren Quilts in Großbritannien und den USA Bestandteil jeder Aussteuer. Besondere Muster und Techniken wurden von Generation zu Generation weitergegeben. In einzelnen Fällen ließ sich das Alter historischer Quilts bestimmen, wenn Zeitungen als Einlagepapier verwendet wurden.

Jedes Erzeugnis ist ein Unikat, und der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Man kann, aber man muss nicht ausschließlich mit neu fabrizierten Stoffen arbeiten. Für viele Hobby-Quilterinnen gilt zuvorderst das Motto „Aus Alt mach Neu“, denn jedes Stückchen Stoff einer Patchwork-Arbeit hat seine eigene Geschichte.

In vielen Orten haben sich Patchwork- und Quilt-Näherinnen zusammengeschlossen, um gemeinsam zu arbeiten und Ideen auszutauschen. In einigen Gruppen wird das frühere amerikanische Brauchtum der „Quilting Bees“ gepflegt. Bei diesen Treffen arbeiten die Teilnehmerinnen wie einst die Frauen und Mädchen in der Frühzeit der USA gemeinsam an einem großen Hochzeitsquilt, den jeweils die nächste Braut oder Silberbraut aus der Gruppe erhält. Mit Ausstellungen auf Kunsthandwerksmessen und Kursangeboten sorgen diejenigen Quilterinnen, die es zur Perfektion gebracht haben, für die Weiterentwicklung dieser Handarbeitskunst. *D. Jestrzemski*

Im Museum Tuch + Technik ist in Neumünster noch bis zum 28. August die Ausstellung „Color Improvisations 2“ der Quilt-Künstlerin Nancy Crow zu sehen. Info: www.tuch-und-technik.de

Wieder richtig aufgeräumt

Auf zum großen Frühjahrsputz – Das gilt auch für Geist und Seele

Alles muss raus – was als Werbespruch für den Schlussverkauf bekannt ist, kommt vor allem zum Frühling hin im persönlichen Bereich zum Tragen. Dann ist nämlich Frühjahrsputz angesagt. Zum einen in der Wohnung, zum anderen aber auch in Geist und Seele.

Die guten Vorsätze zum Beginn des neuen Jahres halten oft nicht lange. Zu den am häufigsten genannten gehören: Mit dem Rauchen aufhören, regelmäßig Sport treiben, mehr Zeit mit der Familie verbringen, gesünder essen. Oft sind die Vorhaben bereits Ende Januar wieder begraben worden. Die Macht der Gewohnheit ist stärker als der Wille zur Veränderung, oder? Doch jetzt bloß nicht sich selbst in ein negatives Licht rücken, den Kopf hängen lassen und sich sagen: „Mir fehlt eben die notwendige Disziplin“! Wo etwas Neues Platz finden soll, muss Raum dafür vorhanden sein oder etwas anderes weichen. Stimmt's? Zunächst steht also das Loslassen, Aufräumen und Wegschaffen an. Genau das fällt nämlich oft schwer.

Hier reicht es nicht aus, sich mit entsprechenden Putzmitteln auszustatten. Besser ist es, gleich auch die nicht mehr funktionierenden Lampen auszutauschen, das Scharnier der quietschenden Tür zu ölen und einige Säcke bereitzuhalten, in die überflüssige Gegenstände, ungeliebte Kleidungsstücke und alte Deko entsorgt werden können. Wem die Motivation dazu fehlt, dem vermittelt ein Feng-Shui-Buch den fehlenden Kick. Denn Aufräumen hilft nach dieser Lehre nicht nur dabei, eine neue wohltuende Ordnung in den Haushalt zu bringen.

Mit der fernöstlichen Feng-Shui-Lehre kommt die Energie wieder zum Fließen, nicht nur im Haus, sondern auch im Leben. Der Anblick der umgeräumten Küche, des endlich aufgehängten Bildes im Flur und der freien Flächen im Wohnzimmer wird mit Stimmungsaufhellung belohnt.


Bild: Colourbox

Wieder für klare Sicht sorgen hilft auch der Seele

Eine Fastenkur im Frühjahr hilft, den Körper zu entschlacken. Fastenkuren gibt es mit unterschiedlichen Prinzipien. Längst nicht immer wird vollständig auf die Nahrungsaufnahme verzichtet. Einen sanften Einstieg bieten Saftfasten und Basenfasten. Keine Sorge, Wirkung zeigen auch diese Kuren. Und das zeigt sich nicht nur bei den Pfunden, die purzeln. Auch die Psyche lässt los, wenn der Darm auf Vordermann gebracht wird. Entspannter, konzentrierter und lebendiger – so fühlen sich viele Menschen nach einer Fastenkur. Und diese Wirkung hält einige Zeit vor.

Wer den inneren Kompass wieder ein wenig justiert und die Route korrigiert hat, fühlt sich motiviert, den nächsten Schritt zu wagen, und widmet sich vielleicht erneut dem Vorhaben, seinem guten Vorsatz eine neue Chance zu bieten. Wenn wir gute Vorsätze in die Tat umsetzen wollen, kostet das viel Energie. Warum? Gewohnheiten zu ändern ist eine der schwierigsten Aufgaben überhaupt. Hirnforscher wissen, dass es ohne Hilfe von außen kaum möglich ist, die Persönlichkeit in größerem Umfang zu ändern.

Im Yoga wird geraten, etwa 40 Tage am Stück täglich zu praktizieren. Erst dann wird es zu einer Gewohnheit. 40 Tage lang täglich eine Stunde spazieren gehen, egal wie das Wetter ist, das fällt leichter, wenn der Startschuss schon im März gefallen ist. Es ist länger hell, und die Temperaturen sind im moderaten Bereich. Und 40 Tage lange Tee statt Kaffee trinken ist zum Beginn eines Urlaubs viel einfacher umzusetzen. So schafft man sich einen Rahmen, der viel Unterstützung bietet. *Stephanie Sieckmann*

Sehnsucht nach Frühling

Zürich treibt mit dem »Sächsilüüte« im April den Winter aus

Zürich feiert jedes Jahr – meistens am dritten Aprilwochenende – mit Begeisterung sein traditionelles Frühlingsfest. Am Sechseläuten, oder „Sächsilüüte“, wie es in der Zürcher Mundart heißt, kommen mehr als 7000 Teilnehmer in historischen Kostümen, darunter 3000 Kinder und Jugendliche. Bei dem Fest, das diesmal vom 15. bis 18. April stattfindet, formen 350 Reit- und 150 Zugpferde, fast 30 Musikkorps sowie 50 Wagen und Kutschen eine der größten und farbigsten Veranstaltungen in Europa, zu der das Zunftleben für die Öffentlichkeit besonders sichtbar wird und die der Stadt einen Hauch ihrer Vergangenheit zurückgibt.

Seinen seltsamen Namen hat das Fest der Tatsache zu verdanken, dass seit dem 14. Jahrhundert im Sommerhalbjahr um sechs Uhr eine Glocke vom Großmünster den Feierabend verkündete; das erstmalige Läuten dieser Glocke bot jeweils den Anlass zu einem kleinen Frühlingsfest. Den Auftakt zum großen Fest bildet am Sonntagnachmittag ein Umzug, bei dem Kinder in historischen Kostümen durch die Stadt paradieren. Der mitgeführte Böögg, ein riesiger Schneemann aus Watte, weist bereits auf das spektakulärste Ereignis des folgenden Tages hin.

Am Montagnachmittag ziehen die Mitglieder der insgesamt 25 städtischen Zünfte – ausschließlich Männer – ebenfalls kostümiert und mit Musikbegleitung durch die beflaggte Stadt. Seit dem Jahr 2000 geht dem Zug inoffiziell die Gesellschaft zu Fraugmünster – die erste Frauenzunft – voraus. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts waren die Zünfte Vereinigungen von Handwerkern und beteiligten sich an der Stadtregierung. Seither üben sie nur noch gesellschaftliche Funktionen aus, zu denen unter anderem die Pflege des Sechseläutenbrauches gehört. Um sechs Uhr abends strömt dann das Volk ans Bellevue am See, wo der mit Dutzenden von Sprengkörpern gespickte Böögg – Symbol des Winters, dessen man überdrüssig ist – verbrannt wird. 40 bis 50 Stunden Arbeit stecken in jedem Böögg.


Bild: Zürich Tourism/Caroline Minjolle

Winter ade: Bald brennt der Böögg

„Das Kniffligste ist jeweils das Anbringen der äußeren Schicht aus Watte“, sagt Heinz Wahrenberger – und er muss es wissen: In diesem Jahr baut er den Böögg zum 48. Mal, gemeinsam mit seinem „Lehrling“ Lukas Meier, der das Amt dereinst übernehmen wird. „Den 50. möchte ich noch schaffen – aber man weiß ja nie, was kommt.“

Während die Flammen am schneeweißen Böögg lecken, umkreisen ihn die Reitergruppen der Zünfte unter den Klängen des „Sächsilüütä-Marsches“, eines alten Jägermarsches, bis er krachend das Zeitliche segnet. Je schneller dies geschieht, desto rascher soll, so der Glaube, der ersehnte Frühling Einzug halten. Am Abend besuchen sich die Zünfte dann gegenseitig in ihren Häusern, wobei scherzhaft-deftige Reden gewechselt werden. „Diese gegenseitigen Besuche stärken seit jeher die freundschaftlichen Bande unter den Zünften“, erklärt Andreas Weidmann, Pressechef des Zentralkomitees der Zünfte Zürichs. *Andreas Guballa*



Streit um Klimakiller

Die Mär vom bösen CO_2

Blickt man auf die Rückseite, so fällt das Auge auf die Frage „Gibt es den Klimawandel?“ Diesen gibt es, soweit wir in die Erdgeschichte zurückblicken können, nur erklären können wir ihn nicht! Ein Blick in den Inhalt verrät es. Es geht um „Bauernfang“ und die Verfestigung einer Ideologie. Daher ist das Buch auch vornehmlich an „Lehrer und Schüler“ gerichtet. Doch derartige Exponate gibt es wie Sand am Meer, aber selten von einem Meteorologen wie Sven Plöger, der stolz schreibt, dass er als „Bester Moderator im deutschen Fernsehen“ ausgezeichnet wurde.

Würde er sich nur aufs Wetter beschränken. Es birgt noch unendlich viele Rätsel, die gelöst werden müssten. Er hat recht: „Wetter können wir unmittelbar mit unseren Sinnesorganen fühlen“ und „Klima ist Statistik, und dafür haben wir keine passenden Sinnesorgane“. Er wird noch klarer: „Klima ist die Mittelung des Wetters über einen Zeitraum von 30 Jahren.“ Plöger: „Weil Wetter nicht Klima ist, sind natürlich auch Wettervorhersagemodelle und Klimaprojektionsmodelle etwas Verschiedenes.“ Er stimmt zu, dass Klimavorhersagen „inhaltlich völlig unsinnig sind“. Soweit ist er ehrlich.

Autoren stützen Ideologie

Doch sodann schließen sich die Autoren der „Kakophonie der Experten- und Semiexpertenmeinungen“ an und schreiben sich um ihren guten Ruf. Dabei wollten sie den „Klimawandel ideologiefrei“ erklären. Sie wiederholen stereotyp, was schon seit 30 Jahren propagiert wird und sich fast zum Glaubenssatz verdichtet hat, nur mit anderen Worten. Dabei sagen sie noch einmal: „Wir können Wetter zwar mitteln, aber das Ergebnis ist kein ‚Normalwetter‘.“ Richtig, das Wetter richtet sich nicht nach seinem eigenen Mittelwert, sondern es bestimmt ihn, von Klimaperiode zu Klimaperiode, stets aufs Neue.

Damit man Ehrfurcht vor den Klimamodellbastlern habe, werde immer wieder betont, wie komplex die Klimamodelle seien. Dabei seien es die primitivsten Modelle, die von den Wettervorhersagemodellen durch deren Verstümmelung entstanden sind. Warum dieses harte Urteil? Hat man je gesehen, dass eine Luftdruckverteilung über Jahre und Jahrzehnte vorhergesagt worden ist? Nein, es gibt nur bunte Karten mit Mustern zukünftiger Temperaturverteilungen. Zwischen den roten bis dunkelroten Erwärmungszonen gibt es willkürlich blaue Abkühlungszonen, die nicht erklärt werden können. Dabei hat man die CO_2-Moleküle mit einheitlicher „Strahlungskraft“ ausgestattet und setzt einen einheitlichen globalen Anstieg voraus. Warum ist die Erwärmung nicht einheitlich? Dabei sollten die Klimamodelle doch schlaue „Wenn-dann-Maschinen“ sein. So fällt man zurück auf Svante Arrhenius, der 1896 die billige Erklärung für die Eiszeiten und Warmzeiten erfunden hatte. Steigt der Anteil an CO_2, wird es wärmer, fällt er, wird es kälter! So bleibt es bei dem Widerspruch: CO_2 ist kein „Klimakiller“, aber man kann von ihm als „Klimakiller“ nicht lassen, weil man dann keine Argumente hätte, um die Industrienationen an den Pranger zu stellen und die „Große Transformation“, die Rückkehr in vorindustrielle Zustände, zu fordern und damit das Ende des Zeitalters der Nutzung fossiler Energieträger.

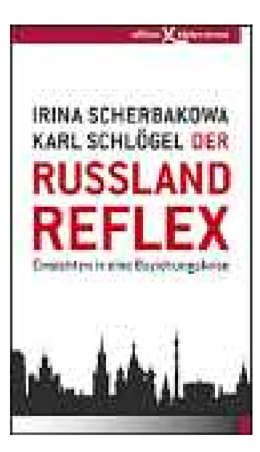
Entsprechend bekommen die „Klimaskeptiker“ ihr Fett weg. Dabei bejahen sie den Klimawandel, nur nicht die stümperhaften Erklärungsversuche, die alles auf das böse CO_2-Molekül reduzieren. Doch die Natur spendet Trost und Hoffnung, dass wir nicht in die „Kleine Eiszeit“ zurückfallen müssen. Hierfür gibt es auch Hinweise in dem Buch, wo ab und an die Wahrheit sich Bahn bricht: „Wenn das Eis in der Arktis schmilzt, dann steigt der Meeresspiegel nicht“ und „in der mittelalterlichen Warmzeit, die in Grönland vom 10. bis 14. Jahrhundert dauerte, war es im Süden Grönlands wärmer und die Vegetation stärker ausgeprägt als heute“. Wie dezent: Es wuchsen dort kräftige Bäume. Und da bei nur 280 ppm statt heute 400 ppm CO_2-Gehalt.

Summa summarum: Ein Buch, das ob seiner Suggestionskraft ungeeignet ist für „Lehrer und Schüler“. *Wolfgang Thüne*

***Sven Plöger/Frank Böttcher: „Klimafakten“**, Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2015, broschiert, 184 Seiten, 14 Euro*

Bedrückende Aussichten

Zwei Publikationen nehmen kritisch Russlands Wandel seit Putin unter die Lupe



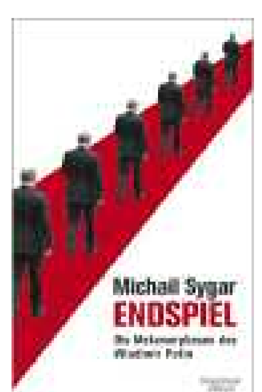
In Russland sind neue, „ja faschistoide“ Zustände entstanden, eine „im Kern aggressive, nationalistische Ideologie“. So sagte es die russische Bürgerrechtlerin Irina Scherbakowa vor einem Jahr im Gespräch mit dem deutschen Osteuropa-Historiker Karl Schlögel in Berlin. Das Gespräch hat die Körber-Stiftung in Hamburg jetzt dokumentiert und damit die bedrückenden Ansichten zweier prominenter Kenner der heutigen Situation in Putins Russland.

Scherbakowa engagiert sich seit Jahren in der Menschenrechtsorganistion „Memorial“, die bald nach der politischen Wende mit großem Elan an die Aufdeckung des stalinistischen Terrors ging. Inzwischen, sagt sie, habe der Wind längst umgeschlagen. Immer stärker werde heute die Sowjetzeit in ihrer Gesamtheit positiv bewertet; das komme der von der Regierung und vor allem von Putin selbst geförderten Rückbesinnung auf Russlands Größe und Weltgeltung entgegen. Alle Hoffnungen auf demokratische Erneuerung seien verflogen, „ich fühle mich heute ohnmächtiger denn je“.

Der bis 2013 an der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder lehrende Karl Schlögel hat sich immer als Brückenbauer zwischen Deutschland und Russland verstanden. Heute, so sein resignierendes Fazit, herrsche ein Zustand der Sprachlosigkeit, das Verhältnis zwischen beiden Völkern entspreche einer Zeitenwende. Erstaunlich genug für einen Historiker gibt er zu bedenken, ob es nicht mitunter besser wäre, „sich von der Last der Geschichte (zu) emanzipieren“, also nicht ständig alles Handeln von der Erinnerung an Vergangenes bestimmen zu lassen. Nötiger denn je seien heute Analysen der jeweils konkreten Situation, was jenseits allen Wunschdenkens auch heiße, den russischen Präsidenten als brutalen, „frivolen“ Machtmenschen zu sehen: „Putin ist ein gefährlicher Mann. Er hat alles aufs Spiel gesetzt und kaputt gemacht.“

Schlögel und Scherbakowa hatten zu Beginn des Gesprächs erzählt, wie sie zu Russland beziehungsweise zu Deutschland kamen, er durch die Faszination von etwas ganz Fremdem, sie durch frühe und intensive Begegnungen mit deutscher Kultur. Im Gespräch, im beiderseitigen Kontakt zu bleiben sei heute wichtiger denn je; am Ende des Buches klingt ein fast trotziger Optimismus an, auch die momentane böse Zeit werde vorübergehen.

Einen Blick in das Innere der Macht kann der Leser mit dem Buch von Michail Sygar werfen. Sygar leitet den wohl letzten unabhängigen Fernsehsender „Doschd“ (Regen) in Russland, der hauptsächlich übers Internet sendet. Er beschreibt die Wandlungen des Systems Putin von der ersten Präsidentschaft im Jahr 2000 bis heute und tut das auf höchst originelle Weise, indem er weniger Putin selbst charakterisiert, sondern dessen engste Berater in ihrer Einflussnahme auf den Präsidenten vorstellt. Soweit von außen zu beurteilen, verfügt Sygar über eine intime Personenkenntnis und hat offenbar persönlichen Zugang zu den meisten Protagonisten. Darunter sind solche, die über Jahre das Vertrauen Putins hatten oder noch haben, aber auch solche, die inzwischen in Ungnade gefallen sind und auf zweitrangigen Posten sitzen. Der Untertitel der russischen Ausgabe lautete denn auch „Die ganze Kreml-Kamarilla“.



Dieser Beraterstab bewirkte, so Sygar, eine Wandlung, die „Metamorphose“ des Wladimir Putin. Der anfangs durchaus reformwillige und zu demokratischen Erneuerungen bereite Putin sei mehr und mehr zu einem autoritären Herrscher geworden, habe sich von Werten wie Menschenrechte und Demokratie abgewendet und – auch aus Enttäuschung über den Westen – alte russische Tugenden wieder zum Fundament seiner Politik gemacht, mit der Folge, dass Russland heute ein nationalistischer, von Verfolgungswahn („Verrat des Westens“) bestimmter Staat sei. Russland trumpfe weltpolitisch auf, halte sich nicht an Völkerrecht und internationale Abmachungen und strebe mit aller Kraft eine gleichberechtigte Stellung neben den USA an.

Sygars Buch bringt viele spannende Details, die man mit größtem Interesse liest, etwa zum labilen Verhältnis zwischen Putin und Medwedjew, mit dem er im Präsidentenamt alternierte. Über seine These, Putins gegenwärtiges Image („das eines schrecklichen Zaren“) sei ohne sein Mitwirken, sondern von seinem Gefolge, von den Partnern im Westen und den Medien erdacht worden, mag man streiten. Nur deren Spielball gewesen zu sein, kann man angesichts von Putins oft bewiesener Entscheidungsstärke und Rücksichtslosigkeit nicht recht glauben. Aber richtig ist wohl, dass schwer vorstellbar ist, er könne eines Tages aus freien Stücken wieder abtreten. *D. Klose*

***Irina Scherbakowa /Karl Schlögel: „Der Russland-Reflex. Einsichten in eine Beziehungskrise“.** Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2015; gebunden, 144 Seiten, 17 Euro*

***Michail Sygar: „Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin“.** Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2015, broschiert, 400 Seiten, 16,90 Euro*



Wie man sein Vermögen schützt

Autor Michael Grandt sieht Deutschland bereits am Abgrund

Der Eurocrash wird kommen. Das sei so sicher wie das Amen in der Kirche, glaubt Michael Grandt, Autor der Publikation „Ihre Vorsorgemappe. So schützen Sie Ihr Vermögen“. In der Einleitung schränkt er ein, dass es sich bei den Ratschlägen um seine persönliche Einschätzung handelt und er keinen Anspruch auf Richtigkeit erhebt. Der Band ist nicht nur Ratgeber, sondern auch ein politisches Werk. In den ersten Kapiteln zieht Grandt gegen Politikerlügen zu Felde, mit denen diese Wähler ruhig stellen wollen. Der als Enthüllungsjournalist bekannte Autor, dessen Bücher es auf die Bestsellerlisten vom „Spiegel“ und dem „Managermagazin“ schafften, hat auch an Fernsehreportagen für Privatsender wie RTL und Pro7 mitgewirkt.

Grandt selbst schenkt Politikern wenig Glauben. Die ersten Kapitel beschäftigen sich daher mit „Lügen“ wie „Deutschland profitiert vom Euro“, der Schuldenlüge, der Arbeitslosen- und Rentenlüge und zeigt, wie wir mit manipulierten Statistiken hinters Licht geführt werden. Er beleuchtet die bisherigen Anlagemöglichkeiten wie Lebens- und Rentenversicherungen, Bausparverträge, Festgeld und lehnt sie alle als zu unsicher bei Krisen ab.

Vieles davon ist bekannt. Als alternative Sicherung gegen Inflation und Vermögensvernichtung schlägt Grandt Sachwerte statt Geldwerte als Risikoabsicherung vor. Denn Geld kann wertlos werden, eine Währungsreform hält der Autor für unausweichlich, wenn weitere Staaten wie Griechenland vor der Pleite stehen. Was passiert, wenn ein Staat zahlungsunfähig wird, haben die Beispiele Griechenland und Zypern gezeigt: Über Nacht schlossen Banken und die Verbraucher kamen nicht an ihr Geld. Grandt selbst setzt auf eine gesunde Mischung aus konjunkturunabhängigen Aktien, Edelmetallen wie Gold und Silber, Immobilien, Anleihen und Rohstoffe, in die Otto Normalverbraucher investieren sollte.

Unerwähnt lässt Grandt, wann er den Crash erwartet. Zudem scheint der Ratschlag an Kleinanleger, nicht alles auf eine Karte zu setzen, zu kurzsichtig: Wer das eigene Haus als Alterssicherung nutzen will, hat oft gar keine Möglichkeit, zusätzlich in andere Anlageformen zu investieren, da er in der Regel sein ganzes Geld für die jahrelange Hypotheken-Tilgung aufwenden muss. *Manuela Rosenthal-Kappi*

***Michael Grandt: „Ihre Vorsorge-Mappe. So schützen Sie ihr Vermögen. Die wichtigsten Praxistipps“.** Finanzbuchverlag München 2016, broschiert, 127 Seiten, 9,99 Euro*

Stimmen gegen das Vergessen

Erika Steinbach wehrt sich in ihrem neuen Buch gegen die Gleichsetzung der Deutschen mit »Flüchtlingen« von heute

Die traumatischen Erfahrungen der 15 Millionen Vertriebenen aus den Ostgebieten sollten für die deutsche Gesellschaft auch heute noch von Interesse sein, denn sie prägen die nationale Identität unseres Volkes auf ganz maßgebliche Weise. Dennoch berühren die politischen und menschlichen Nachwirkungen der wohl größten humanitären Katastrophe aller Zeiten die gegenwärtig so zahlreichen selbstgerechten Gutmenschen in keiner Weise – im Gegensatz zum Schicksal der indischen Tiger, des südamerikanischen Regenwaldes, der Brocken-Anemone, und natürlich der tatsächlichen oder vermeintlichen „Flüchtlinge“ aus aller Welt, welche Tag für Tag illegal in die Bundesrepublik kommen. Umso wichtiger ist es, dass sich immer wieder Mahner finden, die trotz des Widerstands der „Politisch-Korrekten“ daran erinnern, dass die Menschenrechte unteilbar sind und deshalb ebenso von jenen Deutschen beansprucht werden dürfen, welche das Pech hatten, in der Hitler-Diktatur zu leben und dafür dann mit dem Verlust ihrer Heimat zu zahlen.

Eine dieser Stimmen gegen das Vergessen ist die CDU-Bundestagsabgeordnete und langjährige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) Erika Steinbach. Das beweist sie nun wieder einmal mit ihrem Buch „Flucht, Vertreibung, Mahnung“, das als komplett überarbeitete und aktualisierte Neuauflage des 2010 bei Universitas erschienenen Bandes „Die Macht der Erinnerung“ daherkommt.

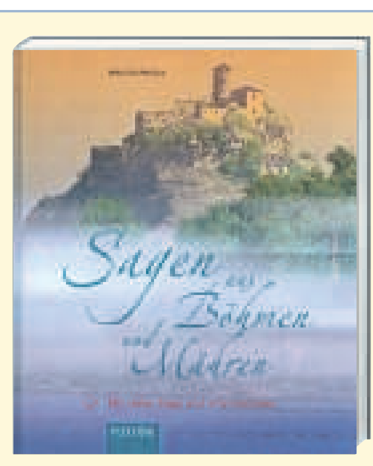
In ihrer Publikation schildert Steinbach zum einen die Umstände der Flucht der eigenen Familie aus Westpreußen sowie das Ankommen im Westen und zum anderen das Schicksal der vielen übrigen Menschen, die sich gleichfalls vor der heranrückenden Roten Armee zu retten versuchten oder später aus Polen und der Tschechoslowakei sowie weiteren Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang“ vertrieben wurden. In diesem Zusammenhang wehrt sie sich ganz vehement gegen die Gleichsetzung der Deutschen, die ihre Heimat seinerzeit allesamt gezwungenermaßen aufgeben mussten, mit den „Flüchtlingen“ von heute, zu denen auffallend viele Armutszuwanderer zählen, denen es nur um ein Ausbeuten der hiesigen Sozialsysteme geht.

Desgleichen verweist die Autorin auch darauf, wie unredlich es sei, voller Abscheu über die Konzentrationslager des Dritten Reiches zu sprechen, ohne zugleich die Tatsache anzuerkennen, dass in denselben oder eilends neu errichteten Einrichtungen nach der „Befreiung“ am 8. Mai 1945 zahllose unschuldige deutsche Zivilisten unter ganz ähnlich erbärmlichen Bedingungen zu Tode kamen wie die Opfer der Nationalsozialisten. Aber genau das passiere täglich, so Steinbach, sofern die heutigen Relativierer das Leiden der Menschen aus den Ostgebieten nicht gleich noch zynisch als „gerechte Strafe“ für ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk hinstellen.

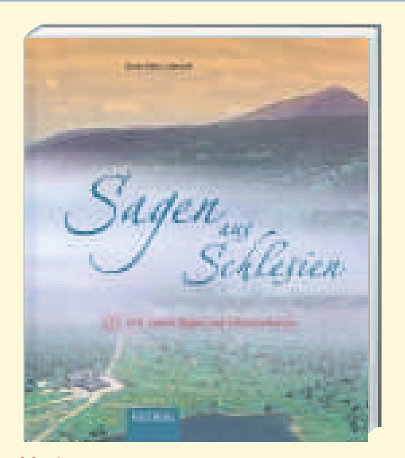
Wenn die frühere Vorsitzende des BdV sich mit solchen Haltungen auseinandersetzt, spürt man den Zorn aus jeder Zeile ihrer Ausführungen – und wer gegen die Gehirnwäsche resistent blieb, die der Gesellschaft hierzulande seit 1968 verabreicht wurde, der teilt diesen Zorn natürlich. Dabei argumentiert Steinbach nicht nur emotional, sondern bietet ebenso eine Vielzahl konkreter Fakten, die auch jene überzeugen sollten, die sich dem Thema eher rational nähern wollen. Immerhin wird daraus eindeutig ersichtlich, welche Dimensionen die Gewaltorgie gegen alles Deutsche in weiten Teilen Europas annahm und dass diese die Untaten der Nationalsozialisten manchmal sogar noch übertraf, wie im Falle der millionenfachen brutalen Massenvergewaltigungen mit oftmals tödlichem Ausgang.

Trotzdem aber – und das ist das Deprimierende – wird dieses lesenswerte Buch wohl kaum etwas in den Köpfen und Herzen derer bewirken, die die Vertriebenen und deren Funktionäre wie eben Steinbach gebetsmühlenartig als „rechts“ denunzieren, um dann anschließend wieder selbstzufrieden in ihre realitätsblinde „Refugees-welcome“-Seligkeit zurückzufallen. *Wolfgang Kaufmann*

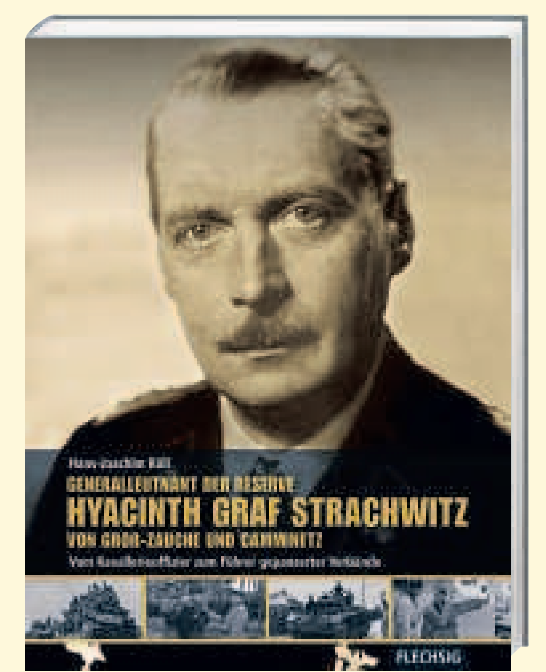
***Erika Steinbach: „Flucht, Vertreibung, Mahnung. Menschenrechte sind nicht teilbar. Erfahrungen meines Lebens“**, Herbig Verlag, München 2016,. gebunden, 251 Seiten, 22 Euro*



Sagen aus Böhmen und Mähren
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575690 Gebunden 7,95 €



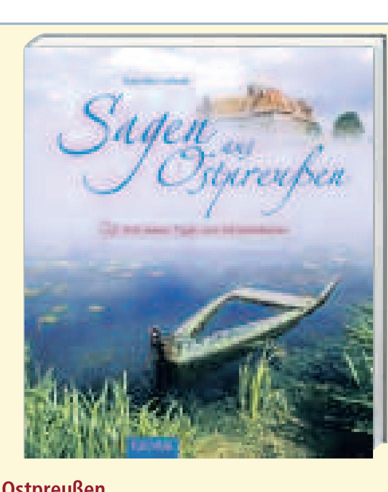
Sagen aus Schlesien
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575624 Gebunden 7,95 €



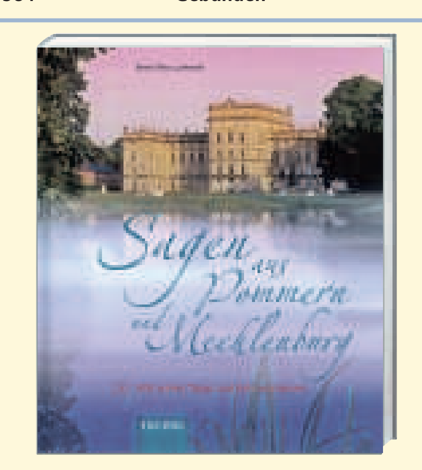
Hans-Joachim Röll
Generalleutnant d. Res. Hyacinth Graf Strachwitz
Vom Kavallerieoffizier zum Führer gepanzerter Verbände
Dies ist die Geschichte von Hyacinth Graf Strachwitz. Am 30. Juli 1893 in Groß-Stein in Oberschlesien geboren, gehörte er einem alten schlesischen Adelsgeschlecht an. Nach seiner Kadettenzeit in Lichterfelde ins Regiment „Garde du Corps" aufgenommen und von Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Leutnant der Reserve befördert, nahm er am Ersten Weltkrieg als Führer von berittenen Fernspähtrupps im feindlichen französischen Hinterland teil. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er als Führer gepanzerter Verbände im Balkanfeldzug, in Russland, beim Vorstoß auf Stalingrad, der Schlacht um Charkow und bei den Abwehrkämpfen im Frühjahr 1944 im Rahmen der Heeresgruppe Nord. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, war er einer der höchst ausgezeichneten Soldaten des Zweiten Weltkriegs. 220 SW-Abb. 193 Seiten.
Nr. P 540015 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Günter K. Koschorrek
Vergiss die Zeit der Dornen nicht
Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad
Günter K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht. Diese überarbeitete Neuauflage des Werkes wurde durch zahlreiche, noch nie gezeigte Bilder angereichert. 341 Seiten
Nr. P 540016 Gebunden 14,95 €



Sagen aus Ostpreußen
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575584 Gebunden 7,95 €



Sagen aus Pommern und Mecklenburg
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575691 Gebunden 7,95 €

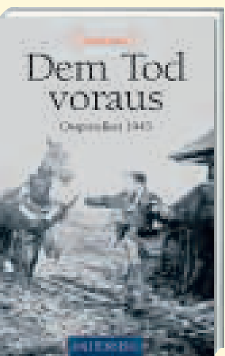


Adolf Galland
Die Ersten und die Letzten
Jagdflieger im Zweiten Weltkrieg
„Wo bleiben unsere Jäger?". Diese Frage haben Bevölkerung und Truppe in den Jahren der schweren alliierten Luftangriffe immer wieder gestellt. Sie zu beantworten, versucht Adolf Galland in seinem Buch „Die Ersten und die Letzten". Er berichtet von seinem unermüdlichen Kampf für den Ausbau der deutschen Jagdwaffe, den er in seiner Zeit als General der Jagdflieger geführt hat – von Siegen und Niederlagen. Diese mit über 200 Bildern erweiterte Neuauflage der Autobiografie des ehemaligen Generals der Jagdflieger liefert ein authentisches Bild der deutschen Luftwaffe und ermöglicht uns einen spannenden und aufschlussreichen Blick hinter die Kulissen der militärischen Führung und Entscheidungen des Zweiten Weltkrieges. 208 S/W-Abbildungen, Format 17 x 24 cm. 400 Seiten.
Nr. P 540030 Gebunden 16,95 €



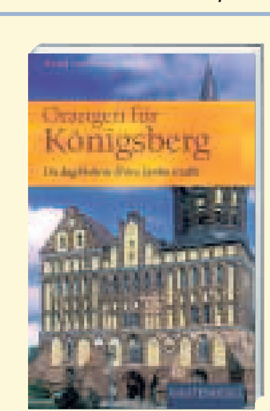
Helma Herrmann-Schlicht
Eine Mutter und sieben Kinder
Schicksalstage in Ostpreußen 1945–1948 174 Seiten
Nr. P 533129 Geb. 14,95 €

Ostpreußen 1945. Mit ihrer Mutter und sechs Geschwistern, erlebt Helma Schlicht, gerade 10 Jahre alt, den Einmarsch der Russischen Armee in Ostpreußen und die Besatzungszeit bis 1948. Der tägliche Kampf ums Überleben beginnt. Immer in der Angst vor russischen Übergriffen, besteht der Alltag im Beschaffen des Nötigsten. Durch den Einfallsreichtum der Mutter findet sich aber immer ein Weg, etwas zu essen, eine Unterkunft und ein paar Kleidungsstücke zu organisieren. Das Glück des Tages besteht darin, ein sättigungsähnliches Gefühl zu haben. 1948 muss die Familie ihre Heimat verlassen. Der erschütternde Erlebnisbericht aus der Sicht eines Kindes ist ein wertvolles Dokument dieser entbehrungsreichen Zeit.



Herbert Noé
Dem Tod voraus
Ostpreußen 1945
Ein Zeitzeugenbericht.
67 S/W-Abbildungen
168 Seiten/Gebunden
Nr. P 533131 Geb. 14,95 €

„Wir mussten mit den Wölfen heulen", das ist die Erkenntnis von Herbert Noé, als er 1945 nach vier Jahren Einsatz an der Ostfront, einem Todesurteil vor einem russischen Militärgericht und seiner Flucht aus dem Gefangenenlager, nach Hause kommt. Schon im gleichen Jahr schreibt er in teilweise erschütternder Direktheit nieder, was er in den letzten Kriegsmonaten im eingeschlossenen Königsberg in Ostpreußen und nach seiner Gefangennahme erlebte, um nichts in Vergessenheit geraten zu lassen. Seine schriftlichen Ausführungen werden durch zahlreiche Originalfotografien von Begebenheiten und Schauplätzen aus der Zeit ergänzt.



Astrid von Menges (Hrsg.)
Orangen für Königsberg
Die dageblieben Elvira Syroka erzählt
240 Seiten/Gebunden
Nr. P 533143 14,95 €

Über 65 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind. 1930 in Lichtainen bei Osterode geboren wurde sie mit ihrer Familie 1945 von der Roten Armee nach Königsberg verschleppt. Die nächsten 3 Jahre waren ein Kampf ums Überleben. Mit dem letzten Flüchtlingstransport 1948 gelang es ihren Eltern und ihren beiden Schwestern in den Westen auszureisen. Sie selbst blieb durch unglückliche Umstände zurück und richtete sich in diesem Leben ein.



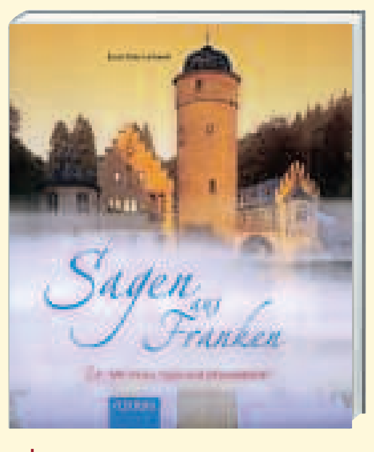
Günter Emanuel Baltuttis
Auf verlorenem Posten
Ostpreußen 1944/1945
222 Seiten
Nr. P 533117 Geb. 14,95 €

Ein bewegender Erlebnisbericht über die letzten Tagen in Ostpreußen: Ein junger Soldat, gerade einmal 18 Jahre alt, erlebt die letzten drei Monate an der Front in Ostpreußen. Schon die erste Nacht führt zu einer maßlosen Ernüchterung und lässt ihn das ganze Grauen des Krieges spüren. Die Erfahrungen sind niederschmetternd – Kälte, Nässe, Schlafmangel, mangelhafte Ausrüstung und Ausbildung lassen die Zweifel an der politischen und militärischen Führung schnell wachsen. Der Autor Günter Emanuel Baltuttis wurde 1926 geboren und erlebte als Freiwilliger die letzten Kriegsmonate in Ostpreußen. Als Verwundeter erlebt der Autor das unbeschreibliche Flüchtlingselend beim Treck über die Kurische Nehrung.

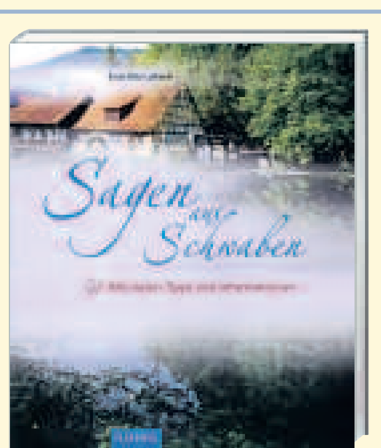


Franz Kurowski
Hauptmann Hans-Joachim Marseille
Der erfolgreichste Jagdflieger des Afrikafeldzuges
Dies ist die Geschichte von Hauptmann Hans-Joachim Marseille, dem erfolgreichsten Jagdflieger des Afrikafeldzuges. Am 13. Dezember 1919 in Charlottenburg geboren, meldete sich Jochen, wie er von seinen Kameraden und Freunden genannt wurde, nach dem Abitur freiwillig zur Luftwaffe. Bereits während seiner Ausbildungszeit zeigte sich das herausragende Talent des Fliegervirtuosen, aber auch seine draufgängerische Art, durch die er mehrfach mit seinen Vorgesetzten in Konflikte geriet. Nach Kampfeinsätzen an der Kanalküste wurde er mit seinem Geschwader nach Afrika verlegt, wo sein kometenhafter Aufstieg begann. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern fand er nach 158 Luftsiegen auf einem Probeflug mit einer nagelneuen Me 109 den Tod. Die vorliegende überarbeitete Neuausgabe wurde durch viele bisher unveröffentlichte Fotos ergänzt. 287 S/W- und 22 farb. Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 240 Seiten.
Nr. P 540066 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €

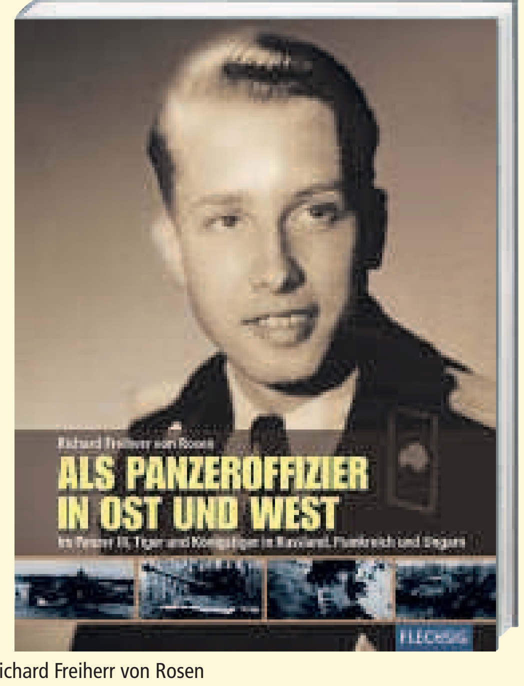




Sagen aus Franken
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten
Nr. P 575623 Gebunden 7,95 €



Sagen aus Schwaben
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 S.
Nr. P 575585 Gebunden 7,95 €



Richard Freiherr von Rosen
Als Panzeroffizier in Ost und West
Im Panzer III, Tiger und Königstiger in Russland, Frankreich und Ungarn
Am 22. Juni 1941 beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa" für Richard Freiherr von Rosen als Richtschütze im Panzer III der Krieg gegen die Sowjetunion. Im Rahmen der 4. Panzerdivision in der Heeresgruppe Mitte eingesetzt, erlebt er seine Feuertaufe beim schweren Kampf seines Regiments um Stary Bychow. Nach seiner Versetzung zur schweren Panzerabteilung 502 kämpft er ab Januar 1943 mit dem Panzer VI „Tiger" zunächst in der Kalmückensteppe. Noch im selben Jahr nimmt Rosen – jetzt als Leutnant und Zugführer bei der 3. Kompanie der Tigerabteilung 503 – an der Operation „Zitadelle", der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs teil. Es folgen Einsätze an der Invasionsfront in der Normandie und die Operation „Horthy" sowie die Rückzugskämpfe der schweren Panzerabteilung 503 in Ungarn mit „Königstigern". Format 24 x 30 cm. 445 Abb. 320 S.
Nr. P 540044 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 CD 12,95 €



Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 CD 12,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben.

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Asyl I: Aktivisten in der Kritik

Athen – In Griechenland wächst die Kritik an sogenannten „Flüchtlingshelfern“, meldet die „Epoch Times“. Im Hafen von Piräus hätten die Aktivisten regelrecht das Kommando übernommen. Ihnen wird das gezielte Anheizen der Situation vorgeworfen. So wie im nordgriechischen Idomeni, wo „Flüchtlingshelfer“ die Menschen offenbar aktiv zum illegalen Übertritt nach Mazedonien ermuntert haben, bei dem drei Personen ertranken. *H.H.*

Asyl II: Essen schließt Ämter

Essen – Die Stadt Essen ist nicht mehr imstande, die Flut von Asylverfahren zu meistern. Daher wurde nun die Schließung von sechs Bürgerämtern verkündet. Die Mitarbeiter der Ämter würden für die Registrierung von Asylbewerbern benötigt, heißt es in der Begründung. Bis zum 30. Juni müsse die Stadt die melderechtliche Registrierung abgeschlossen haben, weil der Kommune sonst erhebliche finanzielle Nachteile entstünden. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein neuer Sinn im Ifo-Institut

Der Mann mit der Schifferkrause wird zukünftig wohl seltener öffentlich in Erscheinung treten. Der Ökonom Hans-Werner Sinn, der mit seinem Lincoln-Bart jahrelang in Talkshows ungeschminkt seine Meinung sagte zur Schulden- und Finanzkrise, überlässt das Feld einem Jüngeren.

Seit Anfang April ist **Clemens Fuest** neuer Präsident des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, das Sinn zuvor 17 Jahre lang geleitet hatte. Es sind riesige Fußstapfen, in die der 47-jährige Volkswirtschaftler aus Münster tritt. Denn Vorgänger Sinn war einer der einflussreichsten Wirtschaftsexperten überhaupt. Sein Wort hatte Gewicht, und vor seiner Kritik, wie der gegen den Euro-Rettungsschirm und die Vergemeinschaftung der Bankenschulden in der Eurozone, zitterten die Mächtigen in Berlin.

Ob die Bundespolitiker von Fuest ähnlichen Gegenwind zu erwarten haben, wird sich zeigen. Der mit einer Kolumbianerin verheiratete Vater dreier Söhne, der



nach Lehrtätigkeiten in Köln und Oxford seit drei Jahren als Professor an der Universität Mannheim tätig ist, hat jedenfalls schon einmal politische Lobbyarbeit betrieben. So war er von 2007 bis 2010 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen.

Wenn es dem neuen Ifo-Chef gelingt, Abstand zur Politik zu halten, kann er ähnlich wie Sinn öffentlichkeitswirksam eine kritische und unabhängige Meinung vertreten. Einen ersten Anfang tat er in der „FAZ“, als er davor warnte, „die Eurozone zu einer Schulden-Haftungsgemeinschaft“ mutieren zu lassen. Für illusorisch hält er auch die Meinung, die Aufnahme von Flüchtlingen könne ein Geschäft für Deutschland werden und finanzielle Entlastung bringen. „Das können wir nicht erwarten.“ Positioniert sich da ein neuer Sinn? *Harald Tews*



Flurbereinigung in Panama

Gute Oasen, böse Oasen

Warum jetzt ausgerechnet Panama ins Visier kommt, wieso Konzerne weiter schummeln dürfen, und wie der Staat bei uns zuschlägt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Im Kinoklassiker „Arsen und Spitzenhäubchen“ bringen zwei reizende Tanten aus purem Mitgefühl einsame alte Männer um. Unter dem Vorwand, ein Zimmer zu vermieten, locken sie die Herren in ihr Haus und reichen ihnen ein Glas voll Wein, den sie mit Arsen, Strychnin und Zyankali gewürzt haben, um den armen Tropf „Gott näher zu bringen“, wie sie sagen.

Zur Entsorgung der Leiche ist ihnen etwas Besonderes eingefallen. Sie lassen ihren geisteskranken Neffen Teddy im Keller Löcher ausheben. Teddy hält sich für den verstorbenen US-Präsidenten Theodore Roosevelt und meint, dort unten den Panama-Kanal zu bauen. Die Tanten machen ihn glauben, die alten Männer seien am ansteckenden Gelbfieber verendet, woraufhin er sie in aller Eile unterm Kellerboden verscharrt.

Das Stück, das zunächst an einem New Yorker Theater erfolgreich war, kam als Film während des Zweiten Weltkriegs in die US-Kinos. Er sollte die Amerikaner sicherlich auch von den Schrecken des Krieges ablenken.

Jahrzehnte später erfahren wir zu unserer erheblichen Empörung, dass Tausende wohlhabender Leute tatsächlich einen „Panama-Kanal“ betreiben, in dem sie ihre anrüchigen Steuerleichen verbuddeln. Die Nachricht über die aufgedeckten „Panama-Papiere“ vergiftet die Stimmung wie der Wein der beiden Tanten deren Opfer.

Da haben wir's wieder: Die am ansteckenden Geld-Fieber erkrankten Reichen schaffen ihre Moneten schadlos außer Landes, derweil uns Kleine der Fiskus rabiat ausnehmen kann. Politiker stehen nicht abseits und heizen unsere Wut noch kräftig an – wie der SPD-Vize Ralf Stegner, der sofort die Vermutung nachschob, dass mit dem Kanalgeld möglicherweise auch Terror finanziert werden könnte.

Der beipflichtende Aufschrei der Politiker sollte uns misstrauisch machen. Handelt es sich bei dem Drama um die „Panama-Papiere“ am Ende gar ebenfalls nur um eine schwarze Komödie, die uns vom eigentlich Erschreckenden ablenken soll?

Alle paar Jahre wird uns irgendeine Steuer-Oase vorgeführt, welche die Akteure dann mit großem Mediengetöse trockenlegen. Vor allem die USA hauen auf die Pauke, wie wir uns am Beispiel der Schweiz erinnern können. Eigenartigerweise ändert sich am Gesamtproblem der globalen Steuerflucht aber nichts, gibt es nach wie vor keine strafbewehrte internationale Regelung, die solche Kniffe ein für alle Mal abstellt.

Mag das vielleicht daran liegen, dass ausgerechnet die Amis auf ihrem eigenen Gebiet Steuer-Oasen in Delaware und anderswo angelegt haben, die ebenfalls eifrig um die Milliarden nichtamerikanischer Anleger buhlen? Verbirgt sich unter dem biederen Spitzenhäubchen der „Steuergerechtigkeit“ nichts anderes als ein beinharter Wettkampf konkurrierender Oasen?

> Die Amis schreien wieder besonders laut, während sie in Delaware selbst ein Steuerparadies bauen

Jedenfalls bleiben nicht bloß Delaware und Co. völlig unbehelligt. Auch dürfen Weltkonzerne ihre in Deutschland gemachten Milliardengewinne unter den gänzlich ungerümpften Nasen unserer Politiker ins Ausland schummeln, derweil Stegner und seine Kollegen auf Privatleute losgehen, die ihr Geld in die Schweiz oder nach Panama schmuggeln.

Die Schummelei mit den Gewinnen funktioniert nach ganz simplen Tricks wie diesem hier: Der Konzern gründet eine Tochterfirma in der Steuer-Oase. An diese Tochter überträgt er dann seine Namensrechte. Daher muss das Unternehmen ab sofort Gebühren an die Scheinfirma in der Oase dafür bezahlen, dass es seinen eigenen Markennamen in Deutschland weiter benutzen darf. Die Höhe der Gebühren ist frei aushandelbar und entspricht – welch Zufall! – exakt dem Unternehmensgewinn, weshalb der Konzern in Deutschland auf dem Papier keinerlei Gewinn mehr macht. Und wo kein Gewinn anfällt, ist auch keine Steuer fällig. Fertig ist der Lack.

Niemand soll uns erzählen, dass es keine gesetzliche Möglichkeit gibt, diesem Schmu ein Ende zu machen. Man will es vermutlich einfach nicht. Aus gutem Grund: Welcher Politiker möchte sich schon auf dem nächsten Bilderberger-Treffen oder an der Hotelbar in Davos als Spielverderber beschimpfen lassen? Schließlich winken später, wenn man nicht mehr im Amt ist und die Leute nicht mehr so genau hingucken, phantastische Redner-Honorare, die natürlich nichts damit zu tun haben, was man als Politiker vorher getrieben oder eben vermieden hat.

Allerdings sollte man beim Absahnen behutsam vorgehen. Ex-Arbeitsminister Walter Riester etwa hatte der Versicherungsbranche mit der „Riester-Rente“ ein sagenhaftes Geschenk gemacht, für das seit mehr als zehn Jahren Millionen Versicherte bluten müssen. Als er sich später allzu sehr mit der beschenkten Branche einließ, räusperte sich die Anti-Korruptions-Gruppe „Transparency International“ derart laut, dass es schon ein wenig peinlich wurde für den Renten-Riester.

Aber sei's drum: Die gewöhnlichen heimischen Steuervermeider trifft man weder in Davos zum Weltwirtschafts-Gipfel noch beim Bilderberger-Treffen. Von denen dürfen daher ab und zu welche durchs Dorf gejagt werden, damit alle sehen können, dass „die Politik etwas tut für mehr Steuergerechtigkeit“.

Bei Otto Normalbürger zeigt der Staat nun mal gern seine ganze Härte, besonders, wenn es ums Eintreiben von Steuern und Abgaben geht, wie der Fall Sieglinde Baumert allen vor Augen geführt hat. Weil sich die 46-jährige Thüringerin weigert, die „Demokratie-Abgabe“ für den Staatsfunk zu entrichten, hatte man sie schon am 4. Februar ins Gefängnis geworfen, wie ganz Deutschland dieser Tage erfahren musste.

Musste? Nein, sollte! Am Beispiel der tapferen Frau sollen alle Deutschen erfahren, was ihnen blüht, wenn sie nicht für den teuersten Staatsfunk der ganzen Welt bezahlen. Um zu zeigen, dass es jeden treffen kann, auch Prominente, wurde zudem der AfD-Politikerin Beatrix von Storch wegen GEZ-Verweigerung das Konto gepfändet.

Allerdings waren die Reaktionen aus dem Volk auf die Inhaftierung von Sieglinde Baumert nicht ganz so geraten, wie es sich der MDR erhofft hatte. Nach einem bundesweiten Sturm der Entrüstung zog der Staatssender den Antrag auf Erlass eines Haftbefehls zurück, Sieglinde Baumert kam Montag frei. Die Forderung an sie bleibt jedoch 30 Jahre bestehen, und in drei Jahren kann sie schon wieder in Beugehaft genommen werden.

Die Thüringerin ist beileibe kein Einzelfall. „4,5 Millionen Beitragskonten waren am Stichtag 31.12.2014 in Mahnverfahren oder Vollstreckung“, zitiert eine Zeitung Christian Greuel, den „Sprecher der Beitragskommunikation von ARD/ZDF/Deutschlandradio“.

Also das muss man denen ja lassen: Die Formulierungskünste der Staatssender ließen jeden Propagandaminister vor Neid erblassen. Wenn jedem Haushalt, egal ob er Rundfunkgeräte besitzt oder nicht (wie Sieglinde Baumert), 17,50 Euro pro Monat abgepresst werden, nennen sie das „Demokratie-Abgabe“. Den Eintreibedienst haben sie „Beitragsservice“ getauft. Und wenn eine Frau an ihrem Arbeitsplatz von einem Gerichtsvollzieher in Begleitung zweier Polizisten abgeführt und noch am selben Tag in den Kerker geworfen wird, dann heißt das – „Kommunikation“?

Auf sowas muss man mal kommen! Geht das noch als Euphemismus durch oder ist es bereits Vergewaltigung von Wörtern?

Sollte in diesem Land die Todesstrafe wieder eingeführt werden, dürfte es diesen Staatssendern ein Leichtes sein, die drakonische Maßnahme als Ausdruck purer Einfühlsamkeit zu verkaufen, etwa so: Es geht keinesfalls darum, den Verurteilten besonders hart zu bestrafen. Vielmehr wollen ihm seine Betreuer eine zweite Chance geben, eine Chance zur Läuterung. Zu diesem Zweck bringt ihn der Scharfrichter morgen früh „näher zu Gott“.

MEINUNGEN

Die Wiener Zeitung „Krone“ (30. März) zitiert Österreichs Bundeskanzler ***Werner Faymann****, der* ***klare Worte an Berlin*** *zum Thema* ***Asylpolitik*** *richtet:*

„Es ist verkehrt, dass jemand belohnt wird, der einen Schlepper bezahlt, um in Deutschland die volle soziale Unterstützung zu erhalten – während jemand, der beim (Uno-Flüchtlingshilfswerk) UNHCR auf seine legale Einreise wartet, nichts kriegt.“

Clemens Fuest*, seit 1. April Nachfolger von Hans-Werner Sinn als Chef des Ifo-Instituts,* ***klagt*** *im Gespräch mit der „FAZ“ (31. März) die* ***Euro-Politik an*** *(siehe „Zur Person links unten):*

„Das Eurogrundgerüst ist nicht stabil. Wir haben immer noch die sehr hohe Verschuldung, das wird nur überdeckt von billigem Geld … Viele Kleinsparer fühlen sich enteignet. Die private Altersvorsorge wird durch die niedrigen Zinsen unattraktiv. Viele Menschen werden länger arbeiten müssen oder im Alter einen niedrigeren Lebensstandard haben. All das sind Nebenwirkungen der Niedrigzinspolitik.“

Thomas Hüse*, Politik-Berater von SPD-Chef* ***Sigmar Gabriel****, sieht im derzeit diskutierten* ***Parteiprogramm der AfD*** *eine echte Herausforderung für die Etablierten, wie er im „Focus“ (2. April) schreibt:*

„Der aggressive Neokonservatismus der AfD ist ein attraktives Angebot für viele Heimatlose im bürgerlichen Spektrum genauso wie für bislang ungebundene Wählergruppen. Die aktuelle CDU-Strategie gegen rechts, nämlich gemeinsam mit grünen Hilfstruppen das Heil links von der Mitte zu suchen, wird die AfD weiter stärken.“

Der frühere CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident ***Edmund Stoiber*** *verlangt im Gespräch mit dem „Spiegel“ (2. April) einen* ***Kurswechsel der*** *Schwesterpartei* ***CDU****, um den Vertrauensschwund der Etablierten beim Bürger aufzuhalten:*

„Es geht nicht mehr um links oder um rechts, sondern um eine völlig neue Definition der politischen Auseinandersetzung. Es geht um oben oder unten. Wieso gibt es immer mehr Menschen, die den Berliner Politikbetrieb für eine Eliteveranstaltung halten, in die sie sich überhaupt nicht einbringen können? Und Brüssel gilt natürlich als noch schlimmer. Diese Frage muss man sich stellen … Wir erreichen einen Teil der Menschen gar nicht mehr.“

In der „Welt“ (4. April) geißelt ***Ulf Poschardt*** *die Entscheidung des* ***ZDF****, eine geschmacklose* ***Satire*** *auf den türkischen Machthaber Recep Tayyip* ***Erdogan*** *nach Protesten aus Ankara* ***aus dem Programm*** *und sogar dem Archiv zu nehmen:*

„Das ZDF hat sich entschieden, den Beitrag wieder einzukassieren. Egal wie überlegt diese Entscheidung sein mag, sie hinterlässt einmal mehr den Eindruck, dass öffentlich-rechtliches Fernsehen politischen Einflussnahmen in einer Art ausgeliefert ist, die auch in einer freien Gesellschaft wie der unseren inakzeptabel ist. Erdogan wird triumphieren.“